Abonnementspreis
mit der wöchentlich viermal erscheinenden Unterhaltungs-Beilage „Buch der Arbeiterwelt". Bringerlohn 90 Pf.
Durch die Reichs-Post bezogen pro Vierteljahr M. 2,75. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde an Wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Nr. 3466.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. berechnet und bei mindestens 3maliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsannoncen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftszeit von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 52. | Dresden, Montag den 4. März 1907. | 18. Jahrg.

Justiz-Reformen.

Zu den Reformen, an die der Reichskanzler, wie er behauptet, für die nächste Zeit „denkt", gehört auch eine Neugestaltung unseres materiellen Strafrechts und der Strafprozeßordnung. Weder das heutige deutsche Strafgesetzbuch noch die Strafprozeßordnung genügen den Anforderungen des modernen Lebens und der modernen Wissenschaft. Seit Jahren hat gerade die sozialdemokratische Partei ihre Verbesserung gefordert und ihr Einfluß war stark genug, die Regierung wenigstens zu vorbereitenden Handlungen zu treiben. Kommissionen von Gelehrten und Praktikern — allerdings unter Ausschluß der Sozialdemokraten — sind seit langer Zeit tätig, um das Material zusammenzustellen und eine Klärung der Meinung herbeizuführen. Heiß wogt der Kampf zwischen den Anhängern der alten Vergeltungstheorie und den Freunden einer modernen, humanen, für Gesellschaft und Einzelindividuen gleich förderlichen Ausgestaltung des Strafrechts und des Strafvollzugs. Die besten Geister der Nation stehen auf der Seite der Neuerer; aber die verzopfte Bureaukratie und eine Anzahl akademischer Perücken hält zäh an dem Ueberlieferten fest und appelliert an die dumpfen Instinkte der Selbsterhaltung bei den herrschenden Klassen. Aufregende Einzelvorfälle, wie z. B. die Geschichte des Hauptmanns von Köpenick, der, ein Opfer der Justiz, nachher auf dem Verwaltungswege zum Gewohnheitsverbrecher, wenn nicht zum Muß-Verbrecher gemaßregelt wurde, zeitigten wohl einmal eine allgemeine Diskussion, auch einiges Interesse für Neuerungen; sonst aber bekümmert sich das Volk viel zu wenig um diese Dinge. Es wäre zu wünschen, daß die Reformfreunde mehr als bisher für ihre Bestrebungen einen Widerhall in der großen Oeffentlichkeit fänden.

Die völlige Wirkungslosigkeit des heutigen mechanischen Strafsystems im Großbetrieb unserer Justiz ergibt sich aus den Zahlen unserer Statistik über die rückfälligen Verbrecher. Wir unterhalten mit ungeheuren Kosten ein großes Heer von Polizisten, Staatsanwälten, Richtern und Gefängnisbeamten, anscheinend lediglich zu dem Zweck, um in einem geistlosen Verfahren auf diejenigen Verbrecher, die mehr oder weniger zufällig gefaßt worden sind, wohl abgemessene Strafen herabhageln zu lassen, ohne daß es uns doch auch nur im entferntesten gelänge, die Quelle des Uebels zu verstopfen. Unsere Strafrechtspflege sieht nur, förmlich hypnotisiert, auf das Verbrechen, kennt aber nicht den Verbrecher. Sie will vergelten nach dem alten biblischen Rezepte „Aug um Auge, Zahn um Zahn", anstatt daß sie den Schutz der Gesellschaft dadurch erstrebt, daß sie sich müht, den Verbrecher durch Auslöschung oder Umbildung seiner verbrecherischen Anlagen zu beseitigen.

In Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, hat man, wie auf so vielen anderen Gebieten so auch auf dem des Strafvollzugs, in keckem Wagemut die Stufe endloser Disputationen längst überschritten und ist zu ernsthaften Reformen durchgedrungen. Wenn es auch nicht angehen mag, Einrichtungen und Errungenschaften eines Volkes ohne weiteres auf ein anderes, mit anderer Entwicklung seiner gesellschaftlichen Zustände, zu übertragen, so ist es doch notwendig, daß wir uns über die Fortschritte, die jenseits unserer Grenzen gemacht sind, klar werden, um das, was auch für uns paßt, von dort zu holen. Diesem Zwecke dient eine umfassende Darstellung des modernen amerikanischen Besserungssystems, die der Rechtsanwalt Dr. Paul Herr in Hamm in Westfalen als Ergebnis einer Studienreise durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika herausgegeben hat. (Berlin 1907. Verlag von W. Kohlhammer.) Wir halten uns für verpflichtet, auf dieses wichtige Buch nachdrücklich hinzuweisen. Kurz zusammengefaßt sind die Grundlagen jener Art von Strafvollzug, die wir in den amerikanischen Besserungsanstalten vor uns sehen, folgende: Diejenigen, die sich gegen eine Vorschrift des Strafgesetzbuchs verfehlen, werden nicht zu einer bestimmten kurzfristigen Strafe verurteilt, sondern unterliegen der unbestimmten Verurteilung. Die Strafzeit verbringen sie in einem Hause, das nicht sowohl Gefängnis als Erziehungsanstalt ist. Legen sie dort deutliche Zeichen der Besserung an den Tag und haben sie zugleich die Kenntnisse und Fertigkeiten für die Begründung einer neuen Existenz erworben, so werden sie entlassen. Außerdem sind die Besserungsanstalten genau nach Alter, Geschlecht und Besserungsfähigkeit der verurteilten Menschen klassifiziert und in den Anstalten selbst werden die Insassen wieder in verschiedene Klassen, je nach ihrem Verhalten, eingeteilt. Nicht durch strenge, barsche Zucht sollen die Verurteilten gedemütigt und niedergedrückt werden, sondern ihre Selbstachtung soll gehoben, an ihre guten Instinkte soll appelliert und sie sollen angeleitet werden, durch eigene Anstrengung sich zu bessern. Die Grundlagen dieses ganzen Verfahrens sind schon im Jahre 1868 von der Neuyorker Gefängnisgesellschaft in dem Satz zusammengefaßt worden: „Nicht Rache gilt es zu üben, nicht die Strafe als solche gilt es zuzufügen; die Behandlung der Verbrecher in Gefängnissen geschieht vielmehr zum Schutze der Gesellschaft und in der Verfolgung des Zieles, den Verbrecher zu bessern, seine sittliche Wiedergeburt herbeizuführen."

Wie weit sind wir in unserem Strafvollzuge von diesen humanen Ideen noch entfernt! Alle Kenner dieser Dinge stimmen darin überein, daß der Strafvollzug ein Schandfleck unseres gesellschaftlichen Lebens ist und daß wir einen neuen Beccaria nötig hätten, der aufsteht und das Volk gegen die Greuel des modernen Gefängnis- und Zuchthauswesens aufruft. Greuel, die nicht sowohl und nicht nur in der brutalen Behandlung irgend eines einzelnen unglücklichen Insassen bestehen, sondern in der Vernichtung zahlloser Lebenskeime. Unsere Gefängnisse vernichten in ihren Insassen nur gar zu häufig die letzten Reste sozialer Widerstandsfähigkeit und gutartiger Triebe. Darum dürfen wir nicht müde werden, Reformen auf diesem Gebiete zu verlangen, nicht nur im Interesse der armen Sünder, sondern auch im Interesse der menschlichen Gesellschaft selbst.

Doch nicht nur auf diesem Gebiete des Strafvollzugs besteht, trotz Bülows Versprechungen und „liberaler Aera", noch nicht die geringste Aussicht auf einigermaßen ernsthafte Reformen. Ebensowenig ist das der Fall bezüglich der Mißstände im Strafprozeßverfahren. Seit Jahren ist eine Reform des Strafprozeßverfahrens angekündigt. Ein eigentlicher Regierungsentwurf existiert noch nicht oder liegt wenigstens noch nicht vor, wohl aber sind die Vorschläge der vorhin erwähnten staatlichen Kommission bekannt. Das Werk dieser Kommission, das im Mai 1905 veröffentlicht wurde, beseitigte aber keinen der Mängel, die als die drückendsten empfunden worden waren, enthielt dafür desto mehr Bestimmungen, die die Stellung des Angeklagten gegenüber dem Staatsanwalt und dem Richter weiter verschlechterten. Das schriftliche und geheime Vorverfahren sollte beibehalten werden, die allgemeine Einführung der Berufung wurde nur gegen „Kompensationen" zugestanden; das Wiederaufnahmeverfahren sollte beschränkt und das Recht des Angeklagten auf Vernehmung seiner Zeugen beseitigt werden. Strafkammern und Schwurgerichte sollten durch Schöffengerichte ersetzt werden, in denen der Einfluß des Laienelements dem der gelehrten Richter unterliegen mußte.

Nun hatte der Berliner Anwaltverein aus seiner Mitte eine private Strafprozeßkommission gebildet, deren Aufgabe sein sollte, sich an der Bearbeitung der Vorschläge zu beteiligen, welche die vom Reichsjustizamt einberufene Kommission für die Reform des Strafprozesses gemacht hat und machen würde. Diese private Kommission ist jetzt zu dem entscheidenden Schritt gelangt, die „positive Mitarbeit" an dem Werke der staatlichen Kommission zu verweigern, und sie begründet diesen Entschluß in der neuesten Nummer der Juristischen Wochenschrift mit einer Erklärung, in der es heißt:

„Die Kommission ist einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Vorschläge der staatlichen Kommission keine Grundlage für eine zeitgemäße Gestaltung des Verfahrens bilden, daß sie der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Strafverfahrens ebenso fernstehen wie dem gegenwärtigen Volksempfinden und den Volksbedürfnissen.

Der Arbeit der staatlichen Strafprozeßkommission ist damit ein wahres und nur zu gerechtfertigtes Todesurteil gesprochen worden. Wie aber das Reichsjustizamt, die verbündeten Regierungen und schließlich der Regierungsblock von Oldenburg bis Ablaß urteilen werden, bleibt ungewiß. Das Reichsjustizamt müßte die ganze Vorarbeit der Kommission preisgeben und das Reformwerk auf völlig neuer Grundlage aufbauen, wenn etwas Annehmbares geschaffen werden sollte. Dazu besteht aber natürlich nicht die mindeste Aussicht, denn Wünsche, die auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Vorverfahrens, Heranziehung aller Volksklassen zur Rechtsprechung, Unterstellung aller politischen und Preßangelegenheiten unter Geschworenengerichte hinzielen, kurz, die dem Reformwerke wirklich den Namen eines liberalen verdienen würden — solche Wünsche gehören unter dem Regime Bülow in die Kategorie der „perfiden und phantastischen Forderungen", die ein guter Patriot gar nicht zu denken, geschweige denn zu stellen wagt.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hielt am Sonnabend eine kurze Sitzung ab. Die Etatsdebatte plätscherte munter weiter. Der Domkapitular Schädler hielt eine langatmige Rede, der es aber doch nicht an ein paar recht guten Partien fehlte. Namentlich schöpfte er wahre Eimer aus dem unerschöpflichen Brunnen politischer Heiterkeit, der „konservativ-liberalen Paarung", und er schüttete sie ohne viel Federlesen über die Kartellmehrheit aus. Besonders dem Herrn Semler bekam das kalte Bad nach seiner Tropenreise schlecht. Er machte einen nervösen Zwi-

---

[47.]

Streber

Roman
von
Heinrich Keller.

Rupprecht, der mit dem Manne noch nie gesprochen hatte, brachte seinen Wunsch in ziemlich gönnerhaftem Ton vor, entsprechend dem armseligen Aussehen des Ladenbesitzers und der ganzen Umgebung. Er wollte, daß Schwalbe die Rede, die er in der Gemeindeausschußsitzung gehalten hatte, veröffentlichen solle und tat so, als ob er damit dem Zeitungsherausgeber einen Dienst erweisen würde. Aber Schwalbe ließ sich nicht täuschen. Er erkannte sofort, daß Rupprecht sehr viel daran gelegen war, und machte darum Schwierigkeiten, obwohl es ihm sehr erwünscht gewesen wäre, durch einen solchen aufsehenerregenden Beitrag der Nachfrage nach seinem Blättchen aufzuhelfen.

Und Rupprecht, der wiederum die Gründe von Schwalbes Zögern durchschaute, suchte sofort den Mann von der richtigen Seite zu packen.

„Ihnen wird das Verdienst gebühren, für eine gute Sache eingetreten zu sein, Herr Schwalbe," sagte er leichthin und begann nun, ganz nebenbei, von der Vereinsgründung zu sprechen.

„So, so," sagte Schwalbe gleichgültig. „Und wer soll denn an die Spitze des Vereins treten, wenn man fragen darf?"

Rupprecht erwiderte, daß er schon die angesehensten Männer Wildenaus hierfür gewonnen und natürlich auch Schwalbe für eine Vorstandsstelle in Aussicht genommen habe.

Nun sah er, daß Schwalbe größeres Interesse für die Sache bewies. Sofort zog er ein zusammengelegtes Blatt aus der Tasche und gab es dem anderen zu lesen. Es war ein Artikel, „Wildenau, erwach'!" betitelt. Der sollte zugleich mit der Rede in der nächsten Nummer erscheinen.

„Natürlich ohne Namen, lieber Herr Schwalbe. — Mir ist es ja nur darum zu tun, meine Ansichten im Volke zu verbreiten und der guten Sache zu dienen . . . Ich verlange kein Honorar und verzichte auch auf die Ehre der Autorschaft."

„Das glaub' ich," dachte sich Schwalbe im stillen, nachdem er das Manuskript gelesen hatte, in dem anschließend an die Aufforderung, dem neuen Verein „Gleichheit" recht zahlreich beizutreten, der „verdienstvolle und unerschrockene Vorkämpfer" Rupprecht als Retter des Volkes gefeiert wurde. —

Am Tage, an dem der Artikel im „Volksboten" erschien, kam der Volksschullehrer Weigand freudestrahlend zu Rupprecht und machte ihm ganz beglückt von diesem großen Erfolge Mitteilung.

Der Advokat saß noch in der Kanzlei, mit der Erledigung der letzten Arbeiten beschäftigt, als Weigand atemlos, mit einem verklärten Lächeln auf den Lippen, ins Zimmer stürzte und die Nummer des „Volksboten" in der hocherhobenen Rechten schwang.

„Herr Doktor, Herr Doktor!" rief er in übersprudelndem Entzücken, „haben Sie schon gelesen —? Da — in der Zeitung — über Sie —"

„Im Volksboten?" — Er blickte von seiner Arbeit gar nicht auf und schrieb emsig weiter. — „Ueber mich —? Was soll denn das sein? — Gleich, Herr Lehrer, gleich, ich muß erst das fertig machen. — So! — Also, was ist da los?"

„Lesen Sie nur, Herr Doktor! Das muß man gelesen haben. Man kann das nicht alles so wiedergeben. — Lesen Sie, Herr Doktor."

Er reichte Rupprecht das Blatt, der Advokat flog es rasch durch.

„Hm, allerdings —"

„Oh, Herr Doktor, das ist ein großer Erfolg!"

„Der guten Sache. — Freilich, freilich —"

„Ihr Erfolg, Herr Doktor. — Ja, das ist er. Das will viel heißen, Herr Doktor, wenn sogar dieser Schwalbe, den ich unter uns gesagt, für ziemlich anrüchig gehalten habe, sich an Ihren Ideen so begeistert hat, daß er solche Artikel schreibt . . . Freund des Volkes . . . warmfühlendes Herz . . . Darauf können Sie stolz sein, Herr Doktor! Nicht nur die Guten, sondern auch die Bösen folgen Ihrem Rufe!"

Ein feines Lächeln legte sich um Rupprechts Lippen, und aus seinen Augen blitzte es schalkhaft hinter den Brillengläsern hervor. Doch nur einen Augenblick. Dann gewann er seine Selbstbeherrschung wieder, und mit schwärmerischem Blick erklärte er, daß es für ihn in der Tat keine schönere Genugtuung und keinen besseren Beweis für die Richtigkeit der von ihm verfochtenen Ideen geben könne.

„Und wenn ich nichts anderes erreiche," rief er in selbstloser Genügsamkeit, — „das Bewußtsein, einige zum Nachdenken angeregt und das Beste — ich darf ja so sagen — meiner zweiten Vaterstadt angestrebt zu haben, wird mich immer erheben und befriedigen."

Weigand ereiferte sich mit großer Entschiedenheit.

„Nichts erreichen —? — Ah, da müßte man doch an der Menschheit verzweifeln, Herr Doktor! — Wenn man ihr das Gute so mundgerecht entgegenbringt —. Lesen Sie den Artikel aufmerksam durch, Herr Doktor! Da steht's haarklein darin . . . Ach ja, schön wäre es!" fügte er mit einem tiefen Seufzer hinzu.

Auch Rupprecht seufzte auf, zum Zeichen, daß er Weigands Gefühle sehr gut zu würdigen verstehe. Dann packte er seine Akten zusammen und schloß sie sorgfältig in den Schrank ein.

Weigand, der jeder Bewegung des Advokaten mit ehrfurchtsvoller Scheu gefolgt war, ergriff seinen Hut und ging leise, auf den Fußspitzen, zur Türe.

„Sie wollen jetzt fortgehen, Herr Doktor?" sagte er schüchtern, „an die Luft, nicht wahr? . . . Wenn man den ganzen Tag gearbeitet hat —. Lassen Sie sich durch mich nicht stören . . . Oder, wenn's Ihnen recht ist, darf ich mich Ihnen zur Begleitung anbieten? . . . Wir machen vielleicht zusammen einen Spaziergang über die Bahnstraße —"

„Sehr gerne, Herr Lehrer," erwiderte Rupprecht, über den sonderbaren Besuch lächelnd. „Diesen Teil der Stadt habe ich außer bei meiner Ankunft noch nie gesehen. — Also, wenn's gefällig ist, Herr Lehrer —"

Er machte eine herablassende Verbeugung gegen Weigand, und beide Herren gingen.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070304/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zwischenruf nach dem andern; ihm wurde aber von Herrn Schädler mit einer bajuwarischen Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig ließ, heimgeleuchtet. Auch der Reichskanzler bekam manchen Wasserstrahl aus der Schädlerschen Spritze. Es war schade, daß die übermäßige Länge der Rede ihren Eindruck abschwächte. Kürzer faßte sich Herr Gothein. Der Freisinnigen Vereinigung scheint es in der Paarung schon recht unwohl geworden zu sein. Im Wahlkampfe ist Herr Gothein von den Konservativen recht schlecht behandelt worden. Man hat ihn „Sauherdenton" und außerdem die Absicht vorgeworfen, die pommerschen Bauern katholisch machen zu wollen. Herr Gothein stellte ganz entschieden eine solche Missionstätigkeit in Abrede, verwahrte sich aber auch gegen nationalliberale Kulturkämpfereien und versprach namens seiner Fraktion energischen Widerstand gegen reaktionäre Pläne. Graf Posadowsky hielt ein Schutzzollkolleg. Seit der Regierungskurs gegen das Zentrum geht, scheint der Reichsgraf des Innern den Sozialpolitiker in den Schrank gestellt und den Agrarier hervorgeholt zu haben. Bei den persönlichen Bemerkungen, die wie ein Gewitterregen, würde Wiener sagen, über das Haus niedergingen, erinnerte der Präsident Graf Stolberg wieder stark an Fregge und an den Greis auf dem Dache in der berühmten Seestadt Leipzig.

Die Eröffnung der Duma.

Die Duma wird kommenden Donnerstag ohne besondere Feierlichkeit eröffnet werden. Anfangs sollte Graf Pahlen die Thronrede verlesen, er wurde aber wegen seiner schlechten Aussprache des Russischen später von dieser Aufgabe dispensiert. Hierauf trat die Regierung an den früheren Ackerbauminister Jermolow mit dem erwähnten Verlangen heran; aber auch dieser lehnte unter dem Vorwand eines Herzleidens ab. Daher wird die Thronrede von dem Vizepräsidenten des Reichsrates Golubew verlesen werden. Am Eröffnungstage der Duma bleiben alle Schulen geschlossen.

•

Petersburg, 3. März. Die Zahl der bis heute gewählten Reichsdumaabgeordneten beläuft sich auf 493. Davon gehören 311 der Linken an.

Die Schwarze Bande beim Zaren.

Aus Petersburg wird der Nat. Korresp. mitgeteilt: Hier findet eine Rede, die der bekannte Antisemit Kruschewan auf einem Meeting seinen Wählern gehalten hat, große Beachtung. Er sagte: Er werde in der Duma offen erklären, die Geduld des russischen Volkes sei erschöpft, es werde der Boden mit Blutströmen getränkt werden. Die Welt werde staunen über ein schreckliches Volksgericht.

Obgleich diese Rede bekannt ist, erfahre ich aus bester Quelle, daß die Dumadeputierten des Verbandes des russischen Volkes mit Kruschewan an der Spitze vom Zaren in Audienz empfangen werden sollen.

Ein derartiges Entgegenkommen der Schwarzen Bande gegenüber bei dem Ausbleiben allgemeinen Empfanges und einer Thronrede wird hier als direkte Provokation für die Majorität der Duma aufgefaßt. Sollte der Empfang stattfinden, wie man voraussetzt, so würde damit die politische Situation grell beleuchtet.

•

Petersburg, 3. März. (W. T.) Zwischen Stolypin und dem Generalgouverneur von Jekaterinoslaw Dawidow hat sich ein bemerkenswerter Konflikt abgespielt. General Dawidow hat als Protektor der „echt russischen Leute" in seiner Provinz ähnliche Vorgänge wie in Odessa geduldet, worauf er von Stolypin einen Art (!) Verweis erhielt. Infolgedessen verweigerte Dawidow offen jeden weiteren Gehorsam, weshalb er von Stolypin sofort abgesetzt wurde.

Ein Geheimdokument.

In Nr. 2 des Woennij Sojus (Der Militärverband) findet sich folgendes Geheimdokument:

Stab des Kiewer Militärbezirks.
Kanzlei des Generals du jour. — **Kopie von der Kopie. Geheim.**
9. November 1906.
Inspektions-Abteilung.
Nr. 1765. Stadt Kiew. — **An den Stabschef des 10. Armeekorps!**

Der Generalstab hat durch Zuschrift vom 31. Oktober d. J. zur Kenntnis gebracht, daß nach den vorliegenden Meldungen 8 revolutionäre Parteien revolutionäre Propaganda in der Armee treiben: die Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die Partei der Sozialrevolutionäre und der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland. Diese Parteien haben die Herbeiführung der Staatsumwälzung in Rußland mit Hilfe des bewaffneten Aufstandes in ihr Programm eingeschlossen. Zur Verwirklichung dieser Aufgabe haben die genannten Parteien mit Hilfe von besonderen [illegible] aus dem [illegible] [illegible] militärischen Organisationen in allen [illegible] der Militärbezirke [illegible] und in den großen Städten [illegible] Organisationen. Unabhängig von den 3 revolutionären Parteien [illegible] parteiloser, aber gleichfalls revolutionärer „Allrussischer Verband der Heeresangehörigen", der danach strebt, die [illegible] „bewußten" unter den Heeresangehörigen zum [illegible] [illegible]

einigen. Die militärische Masse dient in der ersten Zeit der Tätigkeit der militärischen Organisationen nur als Objekt der Beeinflussung, aber mit dem Wachsen der Organisation beginnen die Militärpersonen als aktive Mitglieder einzutreten. Indem ich das alles auf Befehl des [illegible] Generals zur Kenntnis bringe [illegible] Erlassung entsprechender Bestimmungen zur Ergreifung von Maßregeln gegen diese Pflanzstätten der Propaganda, lege ich das Verzeichnis der revolutionären Militärorganisationen bei.

Unterzeichnet: Stabschef Gen.-Leutn. Maurin.
Gegengezeichnet: Oberst [illegible]

Das Verzeichnis enthält sieben Organisationen der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, neun Organisationen der Sozialrevolutionären Partei, vier Organisationen des Bundes, drei parteilose Organisationen, einen Allrussischen Verband der Heeresangehörigen mit dem Zentralkomitee in Petersburg.

Bildung von Fraktionen der Linken in der Duma.

Allmählich treffen die Deputierten aus der Provinz in Petersburg ein, und die Frage der Bildung von Fraktionen innerhalb der Linken der Reichsduma tritt in den Vordergrund. Eine sozialdemokratische Fraktion hat bereits in der ersten Duma bestanden. Nun ist auch in der sozialrevolutionären Partei, wie der Towarischtsch mitteilt, die Mehrheit der Parteigenossen dafür, daß in der Duma eine selbständige sozialrevolutionäre Fraktion geschaffen werde, die sich streng an die Direktiven der Partei halten und in Gemeinschaft mit dem Zentralkomitee handeln soll.

In den Reihen der Volkssozialistischen Partei und der Arbeitsgruppe (Trudowiki) wird nach der Meldung des Telegraph die Frage einer möglichst nahen Vereinigung beider Parteien lebhaft erörtert. Man spricht von der Herausgabe eines gemeinsamen Organs. Diese Frage wird auf den Kongressen, die von der einen, wie der anderen Partei in nächster Zukunft einberufen werden, zur Sprache kommen, wobei die Trudowiki zu ihrem Kongreß die Vertreter aller sozialistischen Parteien, natürlich nur mit beratender Stimme, einladen.

In dem Verband der Autonomisten werden unter Anteilnahme der polnischen (außer den Nationaldemokraten), litauischen, lettischen und mohammedanischen Gruppen Beratungen abgehalten über die Aufgaben und die Organisation eines Dumafraktion des Verbandes.

• • •

Petersburg, 3. März. (Meldung der B. Z. a. M.) Heute früh umzingelten etwa 1500 Polizisten das Polytechnikum, und nahmen in mehreren Studentenwohngebäuden Haussuchungen vor, wobei an verschiedenen Stellen etwa ein Dutzend Bomben sowie 10 Schnellfeuergewehre, 2 Pfund Dynamit, Handgranaten und Patronen entdeckt wurden. Die Durchsuchungen dauerten bis zum Nachmittag. 15 nicht der Studentenschaft angehörige Personen, unter ihnen mehrere Frauen, wurden verhaftet.

Warschau, 2. März. Das Kriegsgericht verurteilte zwei Angeklagte zum Tode. An drei zum Strang Verurteilten wurde gestern in der Festung das Urteil vollzogen.

Reval, 2. März. Der ehemalige estländische Ritterschaftshauptmann Baron Budberg, Mitglied des Reichsrates und Besitzer des Gutes Wannamois, wurde, als er in Begleitung seines Koches und seines Kutschers von Wannamois nach dem Gute Fickel fuhr, von fünf unbekannten Personen überfallen. Baron Budberg und der Koch wurden getötet und beraubt; der Kutscher wurde verwundet.

Sewastopol, 2. März. Ein junger Mann, den man am Bahnhof verhaften wollte, erdolchte einen Gendarmen und verwundete einen Wächter tödlich. Auf das Polizeibureau gebracht, erdolchte er einen Schutzmann, sprang aus dem Fenster, verwundete einen Wächter schwer und machte, als er wieder ergriffen wurde, mit drei Revolverschüssen seinem Leben ein Ende.

Tiflis, 2. März. Der Gendarmeriechef der Transkaukasischen Bahn wurde auf der Straße von einem Unbekannten erschossen.

Deutsches Reich.

Bülows Wahlmache im Urteil des Auslandes.

Fürst Bülow und seine Nachredner haben bekanntlich den Vorwurf der Wahlbeeinflussung, der der Regierung gemacht wurde, mit dem Hinweis auf das Ausland abzuschwächen versucht, wo das Eingreifen der Regierungen in das Wahlgetriebe schwerwiegender [illegible] sei. Daß es gleichviel ist, wenn in einem freien, parlamentarisch regierten Lande ein Minister Wahlreden zugunsten seiner Partei hält, oder wenn eine von Monarchen eingesetzte Regierung [illegible] Geld und amtlichen Einfluß zugunsten einiger gefügiger Gruppen arbeiten läßt, wird geflissentlich übersehen. Sehr erkennbar scheint dagegen dieser fundamentale Unterschied dem Auslande selber zu sein, auf dessen Beispiel man sich beruft. Das Pariser reaktionäre Journal des Débats zum Beispiel ist im höchsten Grade erstaunt, daß der Reichskanzler nicht einmal einen Versuch der Ableugnung unternahm, sondern sich für berechtigt erklärte, die Wähler „aufzuklären". Weiter heißt es dann wörtlich:

„Eine Beeinflussung der amtlichen Beeinflussung würde in einem anderen Lande verblüffen müssen. Aber in Deutschland! Aber in Preußen!! Hier an der Wiege und im gelobten Lande des patriarchalischen Absolutismus kann die von Bülow formulierte Theorie der amtlich vorgeschriebenen Aufklärung ohne jeden Aufstand passieren. Die Regierung wird fortfahren, die Wähler mit ihrem Lichte zu erleuchten! Und ein Schelm, wer Arges dabei denkt!"

Amtlich pflegen solche ausländische Urteile als „deutschfeindliche Machenschaften" bezeichnet zu werden. Auch Serbien [illegible] in der [illegible]

kränkt zu sein, wenn das freche Ausland an seiner politischen Kultur und der Reinheit der Skupschtinawahlen zu zweifeln wagt.

Der offiziöse Wahlfonds.

Wie früher schon mitgeteilt wurde und jetzt bestätigt wird, hat der vielgewandte freikonservative Abgeordnete Freiherr v. Zedlitz an der Spitze des Ausschusses gestanden, der die Mittel für den Wahlfonds zusammengebracht hat. Das B. T. teilt mit, daß die freisinnigen Parteien sich an dem Sammlungswerk nicht beteiligt gesehen seien. Wahrscheinlich bedauern sie, daß ihnen kein Anteil an der Beute zufiel. Das wesentliche aber ist, daß der Reichskanzler dankend über Gelder quittierte, die für jenen Wahlfonds bestimmt waren und der Förderung konservativer Wahlen dienen, derselbe Reichskanzler, der bei der 12000 Mark-Affäre Worte der Verurteilung und höchsten Mißbilligung solcher Sammelmethoden fand.

Der unschuldige Flottenverein

erläßt durch seinen Präsidenten Fürsten Otto zu Salm eine langatmige gewundene Erklärung, in der er bestreitet, Wahlagitation getrieben zu haben. Die gegenteilige Behauptung nennt Fürst Salm „systematisch betriebene Verleumdungen einer gewissen Presse", denen „der Boden entzogen werden soll". Die gewisse Presse ist ein Teil der freisinnigen Presse, der in seiner grenzenlosen Verlegenheit — statt sich an den wirklichen Schuldigen, die Regierung, zu wenden — den Flottenverein mit Vorwürfen überschüttet hat. Fürst Salm setzt nun des weiteren und breiteren auseinander, der Verein als solcher habe keine Wahlagitation getrieben, sondern nur durch ein Rundschreiben „zu den Wahlen Stellung genommen" und den Verbänden die Broschüren angeboten, die „von nationaler Seite" zur Verfügung gestellt worden waren. Alles andere dagegen, insbesondere der Strimbardel, wird aufs Privatkonto der einzelnen Mitglieder geschrieben.

Ob sich der Flottenverein im Rahmen seiner Statuten gehalten hat oder nicht, ist eine Frage, die außerhalb des Kreises seiner Mitglieder keinen Menschen aufregen wird. Daß die Regierung mit den Wahlmachern des Flottenvereins — mögen diese nun als Privatpersonen oder als Vereinsfunktionäre gehandelt haben — zusammenarbeitete, darin liegt das entscheidende Moment der ganzen Angelegenheit. Aber verwunderlich ist's dabei doch, zu sehen, wie der Flottenverein erst die Nachricht in die Welt setzt, der Kaiser habe dem Flottenverein für seine ausgezeichnete Wahlarbeit gedankt, ein paar Tage darauf aber gegenüber den „systematisch betriebenen Verleumdungen einer gewissen Presse" erklärt, er habe überhaupt keine Wahlagitation getrieben. Da ist doch nur entweder das eine oder das andere möglich! Wir wollten es nicht erleben, was die bürgerliche Presse etwa über einen Arbeiterverein sagen würde, der sich in seinen öffentlichen Erklärungen in ähnliche Widersprüche verwickeln sollte.

Wahlproteste. Am Freitag lief die Frist zur Einreichung von Wahlprotesten ab. Gegen 77 Wahlen wurde Einspruch erhoben.

Die Stimmzettelfälschungs-Lüge.

Zu den Blättern, die nach der Reichstagswahl die Behauptung aufstellten, in einer Reihe von Wahlkreisen hätte die Sozialdemokratie die Stimmzettel der bürgerlichen Kandidaten gefälscht, gehört die Magdeburger nationalliberale Magdeb. Ztg. Auch in Magdeburg sollten, wie das Blatt zu erzählen wußte, solche Fälschungen vorgekommen sein. — Jetzt sieht sich das nationalliberale Organ endlich gezwungen, wenigstens für einen dieser Fälle eine Berichtigung zu bringen. Es schreibt:

„Zur Berichtigung. Wir berichten kürzlich, daß im Wahlkreis Bochum der Sozialdemokrat Hué in der Stichwahl über den Nationalliberalen Hoermann mit einer Mehrheit von 1930 Stimmen gesiegt habe, weil nicht weniger als 4081 Stimmzettel für ungültig erklärt werden mußten, die statt Hoermann den Namen Harmann trugen.

Wie wir jetzt erfahren, ist diese Nachricht, die durch die gesamte Presse gegangen, unrichtig. Zettel mit dem Namen Harmann mit einem „a" sind überhaupt nicht abgegeben worden. Die 4081 ungültigen Stimmen waren aus dem Grunde ohne Kraft, weil sie weiße Zettel, teils solche mit zwei Namen, teils solche abgaben, bei auf denen der Name Hoermann oder Hué durchgestrichen oder in anderer Weise ungültig gemacht worden war. —

Wir nehmen hiervon Notiz mit dem Bemerken, daß in diesem Falle die Schuld nicht bei der Sozialdemokratie, sondern bei einer anderen Partei liegt, die ein Interesse an der Niederlage des nationalliberalen Kandidaten gehabt hat."

Wie in diesem Falle, liegt es in allen anderen Fällen, wie denn auch tatsächlich bisher der Sozialdemokratie nirgends hat nachgewiesen werden können, daß sie an irgendwelchen Stimmzettelfälschungen beteiligt gewesen ist. Wo die Stimmzettel Fehler aufwiesen, lag die Schuld meist an der Unfähigkeit der bürgerlichen Wahlkomitees oder an der von ihnen [illegible] dem Druck der Stimmzettel beauftragten Personen.

Vom M[illegible]ier des preußischen Geistes. Von dem Wirken des Kultusministers v. Studt ist in der letzten Zeit viel

„Das ist nämlich mein Lieblingsweg," begann Weigand, als sie die Richtung gegen den Bahnhof einschlugen, „besonders im Frühling, wenn die Natur zu erwachen beginnt . . . Da denke ich mir oft, was kann aus diesen Knospen alles herauskommen . . . Schwache oder gute Leute, wer weiß es? . . . Geradeso wie bei meinen kleinen Schulkindern . . . Von denen weiß man auch nichts, wenn man nicht annehmen will, daß sie ebensolche Lümmel oder Tröpfe werden müssen wie ihre Väter . . ."

Sie kamen aus der eigentlichen Stadt hinaus. Im Dunkel der hereinbrechenden Nacht schien die gerade, kalkweiße Landstraße sich ins Endlose hinauszuziehen, in geheimnisvolle, dämmerhafte Fernen. Hie und da standen vereinzelte Häuschen an der Straße, von kleinen Gärten umgeben. Sonst nichts als Felder und Wiesen, vom zarten Hauch des Abendtaues übergossen.

„Sie dürfen mir diese eigentlich unpassenden Worte nicht verübeln, Herr Doktor," begann Weigand von neuem, „und dürfen nicht glauben, daß das meine gewöhnliche Ausdrucksweise ist —"

„Aber bitte —" sagte Rupprecht lächelnd.

„O nein, Herr Doktor," ereiferte sich der Lehrer, „ich tue es sonst nicht, aber diesmal habe ich meine guten Gründe, so zu sprechen. — Das ist meine erste Stellung hier in diesem kleinen Städtchen . . . Das vierte Jahr wirke ich an der Schule, und da habe ich Gelegenheit gehabt, die Verhältnisse gründlich kennen zu lernen . . . Sie sind ja noch nicht so lange hier und haben trotzdem auch schon —"

(Fortsetzung folgt.)

Leben, Kunst und Wissenschaft.

Dresdner Konzerte. [Petriquartett. — Sinfoniekonzert A V. — Missa solemnis.] Ein Streichquartett von Antonio Scontrino interessierte die Musikfreunde am vierten von den Herren des fünften Kammermusikabends der Herren Petri, Warwas, Spitzner und Wille. Scontrino, der jetzt in Florenz lebt, ist laut Auskunft von Riemanns Lexikon in Sizilien geboren,

hat seine Musikstudien in Palermo und München gemacht und eine Reihe von Opern und Kammermusikstücken geschrieben. In Deutschland ist er eigentlich nur durch zwei Streichquartette bekannt geworden, deren zweites (in C-Dur) jetzt gespielt wurde und durch das temperamentvolle Draufgängertum seiner Musik sich für den Autor einnahm. Das Stück klingt, als ob es nur so aus dem Ärmel geschüttelt sei. Meist wurde es als „starke" Musik bezeichnet können als Gegensatz zu der von ihm gelieferten sanften Musik. Wie anderen, die wir von der Musik nicht nur Eindrücke eines heiteren Frühlingstages oder eines ruhigen Sommerabends erwarten, uns lieben und gern von solch zufälliger Musik tragen, und sind nur Musiker, uns auch gern gefangen nehmen von den guten inneren Eigenschaften des Streichquartetts. Denn die gehören dazu. Eine innerlich gefestigte Musik verlangen wir. Der Scherzo, das Temperament allein tut es nicht. Die Einwirkung deutscher Kunst in der Verarbeitung auf italienische Gedankenflüssigkeit tritt in dem Quartett deutlich zutage und gibt der Instrumentierung und übrigen [illegible] Musik den Reiz formaler Gediegenheit. Das tritt in allen Sätzen hervor; am meisten aber im Schlußsatz, in dem der Komponist, obwohl er eine Fuge schreibt, mit seinen musikalischen Einfällen beinahe jongliert. Die Ausführung des Stückes trug dem temperamentvollen Gehalt der Musik durchaus Rechnung. Wie schade, daß man nicht damit ein Streichquartett von Mendelssohn aus! Den Beginn des Konzerts bildete eine der düsteren, herben Tonschöpfungen von Brahms, sein Streichquartett Opus 51 Nr. 1 in C-Moll, das von den vier Künstlern in unnachahmlicher Vertiefung wiedergegeben wurde.

Vom fünften Sinfoniekonzert der Serie A im Opernhause ist über ein kleineres Werk eines der jüngsten Russen zu berichten, ein „Poème lyrique" für Orchester von Alexander Glasounow. Wenn man bei Scontrino die Frische und Klarheit seiner Gedanken rühmen durfte, so kann man bei Glasounow gerade davon wenig Aufhebens machen. Sein Poème lyrique ist eine große Klangschwelgerei. Das hatte etwa den gleichen Eindruck, als wenn ein [illegible] nichts als [illegible] Akkorde [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] Musik [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]. Und so bleibt, nach einer Aufführung von Beethoven gemeinsamer Eindruck [illegible] [illegible] Freitag große Scharen in den Aufführungsraum gezogen hatte. Die

Wiedergabe zeichnete sich durch große Korrektheit in der Chorleitung aus, war aber im allgemeinen von Nüchternheit und Akademismus durchdrungen. Auch das Fehlen der Orgel beeinträchtigte die Wirkung. Wenn die Orgel auch wegen der Noten [illegible] zu entbehren ist, so ist ihre Anwesenheit für die Wirkung der Fuge Stellen doch recht wünschenswert. Der rechte feste Eindruck wurde infolgedessen nicht erzielt. Das schöne Benediktus, eine der herrlichsten Offenbarungen Beethovens, litt zumeist an der Solo-Violine. Die treibende Stimme der Verheißung, die vom Himmel in überirdischen Klängen herabsinkt, war in eine recht irdische [illegible] verwandelt, und der diese Geige spielte, war kein Geiger [illegible] Ranges. (Milde ausgedrückt.) Ich hätte gar nicht geglaubt, daß dieses Instrument eines jeden Geigers je so weihelos erklingen könnte. (Die von Beethoven vorgeschriebene Phrasierung schien mir auch zweckdienlicher zu sein als die von dem Leipziger Geiger bevorzugte.) Auch die Solisten entführten beim Benediktus die etwas anspruchsvolleren Zuhörer nicht in die Gefilde himmlischer Verheißung. Überzeugt war mir der Gesang des Chores viel lieber als der der Solisten. Die Ausführung geschah durch Dresdner Singakademie, das Winderstein-Orchester aus Leipzig (nur der Streichkörper war zu loben), Margarete Siems aus Dresden, deren Sopran in der Höhe sehr scharf war, aber sonst in [illegible] Klangen sich [illegible] machte, Frau Reuß-Belce, Hans Buff-Gießen und Scheer Fuchs. Die Leitung hatte Herr Kurt Hösel.

Vereine und Vorträge. Der Verein zur Begründung und Erhaltung von Volksheilstätten für Lungenkranke im Königreich Sachsen hatte beschlossen, in den Lehrerseminaren Sachsens Vorträge über Tuberkulose zu veranstalten, um durch Vermittlung der künftigen Lehrer die Belehrung des Volkes von Jugend auf zu ermöglichen und der allgemeinen Verbreitung von Gesundheitslehren bezüglich [illegible] Vorschub zu leisten. Die erste Vortragsreihe fand im Januar statt. Die Herren Hofrat Dr. Wolff-Reiboldsgrün, [illegible] Dr. [illegible] und Dr. Schneider, die Leiter der dem Verein gehörenden Volksheilstätten Carolagrün und Albertsberg, hatten die Vorträge übernommen und sich in die in der Stadt [illegible] [illegible] Zeitraum bis 21 in Sachsen vorhandenen [illegible] und Lehrerinnen-Seminare verteilt. Zunächst wurde [illegible] [illegible] Vorläufig [illegible] beabsichtigt, die Vortragsreihe [illegible] Jahre zu wiederholen, wobei jedoch die Vortragenden in den [illegible] Seminaren miteinander abwechseln werden.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070304/2
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

mehrfach die Rede gewesen. Wie die Post authentisch mitteilen kann, entbehren diese Gerüchte jeder tatsächlichen Unterlage.

Herr v. Studt fühlt immer noch Kraft zu neuen „Großtaten“ in sich.

Studts Feldzug gegen die Polenkinder. Bei der Beratung des Etats des Kultusministeriums in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses gab am Freitag Minister Dr. v. Studt eine Uebersicht über die Entstehung und den Verlauf des **polnischen Schulstreiks**, der von großpolnischen Agitatoren hervorgerufen sei und fortgesetzt geschürt werde. Die Staatsregierung sei deshalb gezwungen gewesen, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorzugehen. Leider seien hierbei auch Geistliche betr[illegible] worden, während die eigentlichen Urheber des Streiks sich im Hintergrunde verborgen gehalten hätten und so straflos geblieben seien. Verhandlungen der Staatsregierung mit den Erzbischöfen hätten zu keinem Resultat geführt. Erfreulicherweise befindet sich der Streik gegenwärtig im Abflauen. Während in der Provinz Posen im ganzen rund 48 000 Schulkinder in den Streik eingetreten seien, befänden sich gegenwärtig nur noch 29 000 an ihm. Ein ähnlicher Rückgang zeige sich in der Provinz Westpreußen. Die Regierung werde fest bleiben und hoffe auf eine baldige Beendigung des Streiks. Die Relegation polnischer Gymnasiasten sei gerechtfertigt.

Der Vertreter der polnischen Fraktion in der Kommission bestritt, daß die Ursachen des Streiks vielfach auch politische seien. Aber als Hauptursache kämen lediglich religiöse Momente in Frage. Die Regierung möge entweder den früheren Zustand, wenigstens den Religionsunterricht in polnischer Sprache zu erteilen, wieder herstellen, oder aber den Religionsunterricht gänzlich den Geistlichen überlassen. Der Staat habe die Pflicht, sich mit der Kirche zu verständigen, weil er den Religionsunterricht ja nur in deren Auftrage erteile. Der Streik habe zweifellos große Verwüstungen angerichtet und auch die Polen wünschen dringend seine baldige Beendigung. Jedoch müßten sie darauf bestehen, daß der Grundsatz der katholischen Kirche, der Religionsunterricht darf nur in der Muttersprache erteilt werden, anerkannt werde.

Kultusminister Dr. v. Studt bestritt diesen Grundsatz. Von autoritativer Seite der katholischen Kirche sei der Streik als ein unpädagogischer und unkirchlicher bezeichnet worden. Ein Regierungskommissar erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung, milde zu urteilen, aber zunächst müsse sie völlige Unterwerfung fordern. In der ausgedehnten Debatte stellten sich fast alle Redner auf den Standpunkt der Regierung. Nur die Relegation der polnischen Gymnasiasten ging einigen zu weit.

Grollende Patrioten. Die Entscheidung des Bundesrates in der **braunschweigischen Frage** hat im braunschweigischen Lande große Aufregung hervorgerufen. Die welfische Deutsche Volkszeitung nennt den Beschluß das „**Todesurteil des deutschen Fürstentums**“ und meint, die deutschen Fürsten hätten „einstimmig das Legitimitätsprinzip zum alten Eisen geworfen“. Die Braunschw. Neuesten Nachr. aber, denen man Beziehungen zum Ministerium nachsagt, verzeichnen das Gerücht, die drei braunschweigischen Reichstags-Abgeordneten beabsichtigten eventuell ihre Mandate niederzulegen. „Würde dieser Fall eintreten“, so fügt das Blatt hinzu, „so würden ohne Zweifel nach der heutigen Lage im Herzogtum drei Sozialdemokraten als Braunschweiger Vertreter ihren Einzug in Berlin halten.“

Pfarrer Gaifert. Vor ungefähr einem Vierteljahr wegen Verleitung zum Meineid zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt, weilt der Pfarrer Gaifert immer noch unbehelligt in seiner Gemeinde Gündelwangen. Wie der Bad. Landeszig. berichtet wird, liest er sogar täglich noch seine Messe.

Selbstmord in der Kaserne. Ein Musketier eines Regimentes in Hamburg, in dessen Schrank bei einer plötzlichen Revision anarchistische Schriften gefunden wurden, erschoß sich unmittelbar darauf mit seinem Dienstgewehr. In seiner Tasche wurde ein Brief gefunden, in dem er den Vorgesetzten und den Rekrutengefreiten für gute Behandlung dankt.

Südwestafrikanische Herrenpolitik.

Ein Redaktionsmitglied der Münchener Neuesten Nachrichten hat den Gouverneur a. D. **Leutwein** über die in Südwestafrika beliebte **Versklavungspolitik gegen die Eingeborenen** interviewt. Generalmajor Leutwein erklärte:

„Haben die Eingeborenen in Südwestafrika dieser Feindschaft früher durch Aufstände Ausdruck gegeben, so werden sie solches künftig durch Weglaufen aus den Lokationen oder aus ihren Dienststellen und durch Bildung von Räuberbanden tun. Und bei der Art des landwirtschaftlichen Betriebes in Südwestafrika kann eine lediglich mit Kirris bewaffnete Räuberbande diesen Betrieb auf weiten Umkreis lähmen. Wir werden dann aus dem kostspieligen System des bewaffneten Schutzes jeder einzelnen Farm nicht herauskommen. Wenn wir z. B. unsere unter schweren Opfern errungene Machtstellung in Südwestafrika jetzt dazu benützen würden, die Eingeborenen für immer politisch machtlos zu machen, so sei dies eine gesunde Herrenpolitik. Wenn wir jedoch jedem einzelnen Eingeborenen sein Selbstbestimmungsrecht nehmen und ihn zu einem [illegible] Tafeln verurteilen wollen, so würde er dies eine ungesunde Herrenpolitik nennen.“

Der ehemalige Gouverneur von Südwestafrika geht in seinen Konzessionen sehr weit. Die Zwangsenteignung der besiegten Eingeborenen hält er für durchaus **berechtigt**. An dem „Herrenrecht des Siegers“ nimmt er keinen Anstoß. Nur daran, daß man die Eingeborenen zu **Sklaven** degradiere und dadurch zu immer neuen Desertionen und Feindseligkeiten zwinge.

Leutwein warnt vor der Versklavung der Eingeborenen, weil dann der Krieg mit immer sich neu bildenden Räuberbanden unabsehbar sei und der „bewaffnete Schutz jeder einzelnen Farm“ niemals sein Ende finden werde. Den Anhängern einer südwestafrikanischen **Kolonialarmee** würde freilich gerade aus diesem Grunde ein solches System doppelt willkommen sein!

Kleine politische Nachrichten. Dem Reichstag ist der Gesetzentwurf über die am 12. Juni d. J. vorzunehmende **Berufs- und Betriebszählung** zugegangen. — Nachdem der Bürgermeister von **Candás** die Kirche geschlossen hatte, da sie einzustürzen drohte, hat der Geistliche, die Kultusgegenstände aus der Sakristei herauszunehmen zu dürfen. Als der Bürgermeister ihn nach der Kirche begleitete, wurde er, wie aus Perpignan gemeldet wird, von acht Personen überfallen. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung eingeleitet. — Nach Schluß einer von Republikanern abgehaltenen Versammlung in **Barcelona** kam es zwischen ihnen und ihren Gegnern zu Tätlichkeiten, wobei auch Revolverschüsse gewechselt wurden. Eine Person ist schwer, verschiedene leichter verletzt worden. — Am Dienstag fanden bei Bubabia in Monastir, Petros und Zaanikhan drei große **Ueberfälle** auf bulgarische Kohlenbrenner statt, wobei im ganzen 14 Bulgaren getötet wurden. Eine Untersuchung ist eingeleitet und die Verfolgung aufgenommen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Hungerstreik der ruthenischen Studenten. Nach einem Berichte aus Lemberg beantwortete in der Landtagssitzung vom Sonnabend der Regierungsvertreter, Vizepräsident der Statthalterei, Graf Leo v. Grokow, eine Interpellation des Abgeordneten Abrahamowicz über die Vorkommnisse bei der Untersuchung gegen die ruthenischen Studenten. Er erklärte, daß die Mitteilungen der Presse über die Vorgänge teils mit den Tatsachen nicht übereinstimmten, teils übertrieben seien, und daß nach einer Notwendigkeit besonderer Verfügungen zur Erleichterung der Wirksamkeit des Gerichts gegen einen unbekannten Druck nicht vorhanden sei. Ganz unrichtig sei das Gerücht, die Zentralbehörde habe auf die sachliche Abstimmung der Richter eingewirkt, die bis zu sein von ihrem Pflichtgefühl und dem Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit durchdrungen waren um den wo auch immer ausgehenden Einflüssen nachzugeben. Ein Antrag auf Eröffnung der Besprechung über die Interpellation wird wegen inzwischen eingetretener Beschlußunfähigkeit des Hauses erst am Montag zur Abstimmung gelangen.

Der Regierungsvertreter sprach, wie Regierungsvertreter zu sprechen die Gewohnheit haben: Es ist „selbstverständlich“ alles in schönster Ordnung.

Frankreich.

Montagninis Papiere. Die wichtigsten in der Nuntiatur beschlagnahmten Dokumente betreffen nach einer Pariser Meldung die Tätigkeit, die Montagnini auch nach dem Abbruche der Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan entwickelt haben soll, und zwar hauptsächlich, um die Reise des Königs von Spanien nach Paris zu verhindern. Einzelne Schriftstücke fehlen in der Reihe. Aus gewissen Anzeichen soll aber hervorgehen, daß diese Briefe sind, die an mehrere Persönlichkeiten gerichtet waren. Andere Schriftstücke handeln von Beziehungen zu Parlamentariern, besonders zu einem der vornehmsten Führer der „Action liberal“ und betreffen die Organisation des Widerstandes gegen die Ausführung des Trennungsgesetzes. Eine dritte Gruppe von Schriftstücken betrifft Verhaltungsmaßregeln, die Montagnini gewissen Priestern in Paris erteilte. Schließlich beziehen sich einige Schriftstücke auf die Einzahlung von Geldern bei gewissen Banken bezw. auf Finanzoperationen.

England.

Die Londoner Grafschaftswahlen. Am Sonnabend fanden die Neuwahlen zum Londoner Grafschaftsrate statt, wegen deren ein heftiger Wahlkampf entbrannt war. Die Fortschrittspartei, die seit vielen Jahren die Mehrheit im Grafschaftsrat hat, wurde von der Gegenpartei, den sogenannten Munizipalreformern, die im übrigen der Partei der Gemäßigten angehören, besonders mit der Beschuldigung bekämpft, „daß sie das Geld der Steuerzahler in verschwenderischer Weise ausgebe und sozialistische Pläne fördere“.

Nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Grafschaftswahlen ist es sicher, daß die Fortschrittspartei eine vollständige Niederlage erlitten hat. Die Gemäßigten haben bisher 43 Sitze gewonnen; die Fortschrittler haben 2, die Arbeiterpartei 1 Sitz neu gewonnen.

Keir Hardie hielt am Sonntag in Hull eine Rede, in der er ausführte, die Arbeiterpartei werde sich allen Steuerherabsetzungen widersetzen, solange nicht die **Alterspension** gesichert ist. Die Partei bereite eine Recht-auf-Arbeit-Vorlage vor, die die Schaffung einer Behörde bezwecke, die jedem arbeitslosen Beschäftigung zu einem angemessenen Lohne sichern solle.

Parteiangelegenheiten.

Zum Tode Adolf Sabors schreibt das Parteiblatt seines Wohnorts, die **Volksstimme zu Frankfurt a. M.**: „. . . Er war früher als Lehrer tätig gewesen und wurde 1884 in der Stichwahl gegen den demokratischen Kandidaten Sonnemann in den Reichstag gewählt. Es wurde damals eine Depesche verbreitet, die angeblich vom Reichsamt an den Vorstand des nationalliberalen Vereins gerichtet worden sein soll: „Fürst (Bismarck) wünscht Sabor.“ Obwohl seinem ganzen Wesen nach eine stille Gelehrtennatur, erachtete ihn die Polizei doch für einen so gefährlichen Revolutionär, daß sie ihn Weihnachten 1888 mit anderen Genossen auswies. Er siedelte zunächst nach Darmstadt über und von dort nach Dresden, später nach Wiesbaden. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes kam er wieder nach Frankfurt. Da ihm das parlamentarische Leben nicht gefiel, lehnte er es 1890 ab, sich nochmals als Kandidat aufstellen zu lassen. An seiner Stelle wurde Genosse Wilhelm Schmidt gewählt. Sabor war in den letzten Jahren sehr leidend, das mag mit der Grund sein, daß er sich ganz von der öffentlichen Tätigkeit zurückzog und auch fast keinerlei Fühlung mit der Partei behielt. . . .“

Verhärter auf dem Pfaden des Reichsverleumderverbandes. Durch die Ordnungspresse geht eine Notiz des Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker, in der gesagt wird, daß der Genosse Reichstagsabgeordneter Zigarrenfabrikant Geyer in Leipzig „nach der vorliegenden Statistik seinen 9 männlichen und 3 weiblichen Arbeitern folgende Wochenlöhne bezahle: Für Formarbeit 6,50 bis 11 M., für Roller 14 M., für Zurichter 6,50 M. Die Arbeitszeit im Betriebe der Firma Geyer u. Ko. habe täglich 10 Stunden betragen“.

Wie Genosse Geyer der Sozial. Parteikorrespondenz mitteilt, bezeichnet der angegebene Lohnsatz nicht den Wochenlohn, sondern den **Akkordlohn pro Mille**. Die in der Geyerschen Fabrik beschäftigten Arbeiter verdienen durchschnittlich 20 M. die Woche. Für Zigarrenarbeiter — Wickelmacher gibt es am Orte nicht — beträgt der Unterschied der von der Firma Geyer u. Ko. gezahlten höheren Löhne gegen die der anderen Zigarrenfabriken 1,50 bis über 2 M. pro Mille. Auch die Zurichterinnen erhalten 1,50 M. **mehr Lohn als in allen anderen Fabriken.**

Die Arbeitszeit beginnt früh 7 Uhr und dauert bis nachmittags 6 Uhr; wovon 1 Stunde Mittagspause sowie Frühstücks- und Vesperpause in Abzug kommt. Für die Zurichterinnen kommt noch eine halbe Stunde Mittagspause mehr in Abzug.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Schuhmacher! Wegen bevorstehender Differenzen der Schuhmacher in der **Schuhfabrik von Nierth u. Helbig**, Dresden-Neustadt, wird vor Zuzug gewarnt. — In der Schuhfabrik von **Rubnert u. Scharf**, Dresden-A., sind die Differenzen noch nicht vollständig beseitigt. Deshalb sei vor Arbeitsannahme gewarnt.

Ein neuer Unternehmerverband für das Steinsetzerwerbe ist gegründet worden. In Zwickau haben sich am Mittwoch die Steinsetzmeister aus Altenburg, Greiz, Gößnitz, Plauen, Zwickau, Planitz, Crimmitschau, Werdau, Meerane, Glauchau, Reichenbach, Falkenstein, Auerbach, Hohenstein-Ernstthal zusammengefunden und einen Verband für die Amtshauptmannschaften bezw. Bezirke Plauen, Oelsnitz, Auerbach, Zwickau, Schwarzenberg, Crimmitschau, Meerane, Glauchau, Werdau, Hohenstein-Ernstthal, Altenburg, Weida, Greiz, Gera, Ronneburg usw. gegründet mit der ausgesprochenen Absicht, den Lohnforderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Besonders die im Frühjahr zu erwartende Bewegung der Steinsetzer in den Kreishauptmannschaften Zwickau und Chemnitz hat es den Herren angetan und den Zusammenschluß gefordert. Die anwesenden Unternehmer verpflichteten sich, die Aufstellung eines Lohntarifs jedem einzelnen Bezirk oder jeder Stadt zu überlassen, den neuen Lohntarif der Gehilfen aber nicht zu bewilligen. Es wurde beschlossen, daß kein Meister des Verbandes für die Stunde mehr als 40 bis 50 Pf. bezahle. Außerdem sollen vom Streik betroffene Firmen vom Verbande unterstützt werden.

Die Steinsetzer haben also einen Gegner mehr, und werden sich danach einzurichten wissen.

Die Tarifbewegung der Leipziger Steinholzleger ist beendet. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit den Steinholzfabrikanten ist ein Tarifvertrag abgeschlossen worden, er hat Geltung vom 1. März d. J. bis 31. Juli 1909. Sind die Leistungen des Tarifs im Verhältnis zur Schwere und Gesundheitsschädlichkeit der Arbeit gering, so ist doch der Tarif immerhin als ein Fortschritt zu bezeichnen gegenüber den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, die bisher im Berufe herrschten. Der Tarif ist denn auch von den Steinholzlegern nur als Abschlagszahlung angenommen worden.

Aussperrung der Maler in Aachen! Infolge ihrer guten Organisation war es den Malern in Aachen vor zwei Jahren möglich, nach kurzem Kampfe geregelte Verhältnisse herbeizuführen. Einem Teile der Unternehmer aber war der Tarif, der mit dem 1. März abgelaufen ist, immer ein Dorn im Auge. Die Gehilfen haben nur einige neue Forderungen aufgestellt, die auf die jetzigen Lebensverhältnisse Rücksicht nehmen. In einer zwischen den Gehilfenvertretern, dem Arbeitgeberverband und der Zwangsinnung abgehaltenen Besprechung lehnten erstere die Forderung des 9stündigen Arbeitstages [illegible] und [illegible] bei dem Stundenlohn um je 2 Pf. zurück. Die Unternehmer aber wollen von Mindestlohn nichts wissen und boten einen „Normallohn“ von 45 Pf. für gelernte Gehilfen an. Das Angebot der Unternehmer würde für viele Gehilfen eine Verschlechterung bedeuten. Die organisierten Arbeiter denken nicht entfernt daran, auf das dreiste Angebot einzugehen. Sie lassen sich auch nicht durch die Aussperrung schrecken, die die Unternehmer über sie verhängt wollen. Sie sind entschlossen, den aufgedrungenen Kampf mit Entschiedenheit durchzuführen.

In Basel stehen die **Schneider** und die **Gärtnergehilfen** in einer Lohnbewegung. Die Angehörigen beider Berufe haben Basel zu meiden, da sich das Unternehmertum ziemlich hartnäckig anstellt.

Die Triester Hafenarbeiterbewegung. In einer vorgestern abend im Volkshause abgehaltenen Versammlung beschlossen die Hafenarbeiter mit Rücksicht darauf, daß sie den Streik als Protest gegen die widerrechtlich auftretenden Privatunternehmer proklamiert haben, jedoch deshalb nicht das ganze Handelsleben schädigen wollen und weiter mit Bezug auf die den Kohlenverladern seitens der Handelskammer gemachten Zusicherung, daß die Regierung nach Lösung der bestehenden Verträge mit der Genossenschaft der Kohlenverlader berücksichtigen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gestern früh begaben sich die Hafenarbeiter auch zur Arbeit. Als sie aber bemerkten, daß die Kohlenverlader, die nach wie vor die Entfernung des Unternehmers Weber verlangen, die Arbeit nicht aufgenommen hatten, verließen auch alle Hafenarbeiter wieder die Arbeit und begaben sich nach dem Volkshause.

Quittung. Für den Wahlfonds des 5. Reichstagswahlkreises gingen ein: Durch Friedemann 17,80 M., und zwar (Hofmann) 2,00, (Tschirsky) 3,95, (Schramm) 2,65, (Mart.) 9,20. **Adolf Otto.**

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 5. März:

Wind und Bewölkung: schwache östliche Winde; vorwiegend heiter. **Niederschlag und Temperatur:** trocken; etwas wärmer.

Wetterbericht von der Wettersäule an der **Augustusbrücke** am 4. März, mittags 12 Uhr.

Barometer: 765.
Thermometer: + 2° R.
Thermometrograph: Min. + 2, Maxim. + 6.
Hygrometer: 78 %.
Wasserstand der Elbe: — 49 cm.

Briefkasten.

Salto. Ihr Manuskript ist allerdings in unsere Hände gelangt. Leider war es uns bis heute nicht möglich, die umfangreiche Arbeit zu prüfen. Ob wir Verwendung dafür haben werden, läßt sich vorläufig leider noch nicht sagen.

Tabakarbeiter. Versammlungsbericht nicht aufnehmbar, zu spät eingegangen.

Dresdner Polizeibericht vom 4. März.

Im Monat Dezember 1906 hat sich hier ein Unbekannter, angeblich Missionar Ernst Köhler, in der Amtstracht eines Geistlichen photographieren lassen. Er hat mehrere Bilder bestellt und auch ein Probebild abgeholt, sich seit dieser Zeit jedoch nicht wieder sehen lassen. Es ist ihm wahrscheinlich nur um die Erlangung eines Bildes zu tun gewesen, um damit Betrügereien ausführen zu können. Falls der Unbekannte irgendwo aufgetreten sein sollte, wird um Nachricht zu C. W. Nr. 6010/7 an die Kriminalabteilung gebeten.

Am Sonnabend hielt sich auf der Gebelstraße ein achtjähriger Schulknabe am hinteren Teile eines Bäckermeisterwagens an, wobei dessen Laufbrücke herunter und dem Knaben auf den Kopf fiel. Er wurde schwerverletzt in die elterliche Wohnung gebracht.

In der Neustadt schoß sich vorgestern ein Laufbursche in selbstmörderischer Absicht eine Kugel in den Kopf. Er fand Aufnahme im Friedrichstädter Krankenhause. Lebensüberdruß ist der Beweggrund zur Tat.

Letzte Telegramme.

Kongreß der deutschen Friedensgesellschaft.

Eisenach, 4. März. (W. T.-B.) Der hier tagende Kongreß der deutschen Friedensgesellschaft nahm gestern einstimmig eine Resolution an, in der der für die allernächste Zeit zu erwartende Zusammentritt von 46 Mächten zur Frage der zweiten Friedenskonferenz im Haag, sowie die in der Thronrede bekundete freundliche Stellung der deutschen Reichsregierung zu derselben freudig begrüßt wird. Der Kongreß hofft von der Friedenskonferenz vor allem die Vorbereitung zu einer Festlegung des Völkerrechtes, besonders die Weiterbildung der Schiedsgerichtseinrichtungen in obligatorischer Form, ferner eine ernstliche Beratung einer internationalen Beschränkung der Rüstungen und die Vorbereitung einer die ganze Welt umfassenden [illegible]. Schließlich werden die deutschen Reichstagsabgeordneten zur Unterstützung dieses Programms und zum Anschluß an die interparlamentarische Union aufgefordert.

Roms Rache.

Paris, 4. März. Dem Echo de Paris wird aus Rom gemeldet, der Vatikan besitze Schriftstücke, deren Veröffentlichung der französischen Regierung sehr unangenehm werden könnte, unter anderem Berichte, aus denen hervorgehe, daß die französische Regierung nach dem Abbruch der Beziehungen zum Vatikan bei Monsignore Montagnini unter vagen Friedensversprechungen vertrauliche Schritte unternommen habe, um den Vatikan zur Annahme der französischen Forderungen zu veranlassen.

Schiffskatastrophe.

London, 4. März. Der Standard bringt über den Zusammenstoß der deutschen Dampfer Mariata und Helene folgende Einzelheiten: Die Helene wurde am Vorderteil getroffen und begann sogleich zu sinken. Sofort wurden Boote ins Wasser gelassen, in denen neun Mann entkamen. Der Kapitän, der erste Maschinist und sechs Mann der Besatzung wurden nach dem Zusammenstoß nicht mehr gesehen. Als zwei Boote forttrieben, wurden Anstrengungen gemacht, ein drittes loszulassen. Zwei Booten mit neun Ueberlebenden gelang es, neben einander zu bleiben. Der Nebel war aber so dicht, daß sie fast hilflos darauflos ruderten. Ueber zwei Stunden lang hatten sie zu kämpfen, wobei sie fortwährend Sirenen pfeifen hörten und in Gefahr waren, überrannt zu werden, bevor sie Dover erreichten, wo sie mit Hilfe dortiger Fischer ihre Boote an den Strand zogen. Ein anderer Bericht besagt, daß der Kapitän und ein Teil der Besatzung, die in ihren Booten zurückblieben, zur „Helene“ zurückkehrten, da sie glaubten, sie würde nicht sinken. Es gelang ihnen, bis auf die Höhe südlich von Goodwin zu dampfen und weiter bis auf die Höhe von Dover, wo das Schiff sie im Stich zu lassen schien. Dann trieben sie in der Richtung auf Folkestone davon. Seitdem hat man von dem Dampfer und der auf ihm gebliebenen Besatzung nichts mehr gehört.

Dynamit-Explosion.

Newyork, 5. März. Die Restaurants längs des Broadways waren Sonntag morgen nach dem üblichen sonnabendlichen Theaterbesuche mit Gästen überfüllt, als 12 Uhr 13 Minuten ein starker Erdstoß die Gebäude in den Grundfesten erschütterte. Begleitet war das scheinbare Erdbeben wie stets von dumpf murmelndem Dröhnen. Zehn Sekunden währte es, dann brach eine Panik aus, wie Newyork sie wohl noch nie erlebt hat. Instinktiv schien jedermann zu glauben, die Stadt werde von einer Katastrophe wie die von San Francisco heimgesucht werden. Die Gewalt des Stoßes hatte auch die Schläfer in den Wohnungsvierteln geweckt, wo aus allen Häusern Unbekleidete hastig nach der Mitte der Straße liefen. Endlich stellte sich heraus, daß zwei Meilen von Newyork bei Hunts Head (New-Jersey) 1000 für einen Tunnelbau bereitgelegte Pfund Dynamit explodiert waren.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070304/3
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

Steinarbeiter!

Mittwoch den 6. März 1907, abends punkt 6 Uhr

Jahres-Versammlung

im „Volkshaus", Ritzenbergstraße Nr. 2.

Tages-Ordnung:

1. Jahres- und Kassenbericht. — 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. — 3. Bericht der Karteldelegierten und Neuwahl derselben. — 4. Neuwahl der Gauleitung. — 5. Sonstige gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Der Einberufer.

Zahlreiches erscheinen erwartet

Das Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzuzeigen.

Metallarbeiter!

5 Versammlungen 5

und zwar:

am Dienstag den 5. März 1907

im „Gasthof zu Pieschen", Torgauerstraße, und im „Sächsischen Prinz", Schandauerstraße.

am Mittwoch den 6. März 1907

in der „Musenhalle", Löbtau, Kesselsdorferstraße, in der „Goldnen Krone", Radebeul, und in der „Roten Schänke" in Döhlen.

Tagesordnung in den Versammlungen:

1. Die Generalversammlung in München und Stellungnahme dazu.
2. Aufstellung von Kandidaten. — Debatte.

Beginn der Versammlungen um 9 Uhr. — Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Zahlreiches Erscheinen in den Versammlungen wird erwartet.

Unterstütz.- und Begräbnis-Kasse d. Tischler zu Dresden.

Freitag den 8. März, abds. 8 Uhr im Saale des Trianons

Familien-Abend

bestehend in

Humor. Vorträgen von Gebr. Bubes Sängern, **Gaben-Verlosung** und **Ball.**

Die Mitglieder mit ihren Angehörigen werden dazu freundlichst eingeladen. Eintrittskarten sind vorher bei sämtlichen Verwaltungsmitgliedern zu entnehmen.

Um zahlreichen Besuch bittet

W. Warthon.

Gerätturnerschaft Pieschen u. II

Dienstag den 5. März

Monats-Versammlung

im Saale d. deutschen Hauses.

Anfang Punkt 9 Uhr.

Zahlreiches Erscheinen wünscht

Der Turnrat.

Für Frauen

Mutterspritzen

Spülkannen und

alle Frauenartikel.

Preisliste gratis. 15% Rabatt.

Hygienisches Magazin

nur für Damen (kein Laden)

Marienstr. 30, 1. Etg.

Soz. Verein Dresden-A.

Heute Montag, abends Punkt 9 Uhr

Vorstands-Sitzung.

Soeben erhielt ich **1 Waggon**

Schweizerkäse

Solange der Vorrat reicht, verkaufe ich denselben zu dem äusserst billigen Preise von

83 Pf. per Pfund

bei Abnahme v. 5 Pfund = 1 Pfund 85 Pf.
bei Abnahme v. 10 Pfund = 1 Pfund 83 Pf.
in ganzen Laiben . . . per Pfund 80 Pf.

F. E. Krüger

Webergasse 18.

Telephon Nr. 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Für Wiederverkäufer und Restaurateure ganz besonders zu empfehlen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Dresden.

Dienstag den 5. März 1907

Familien-Abend

in sämtlichen Räumen der **Blumensäle**, Blumenstraße.

Grosses Variété

aufgeführt von ersten Künstlern unter Leitung und Mitwirkung des Herrn **Morker.**

Nach dem Konzert Ball.

Anfang 8 Uhr. Karte 30 Pf. Ende 3 Uhr.

Programm am Saaleingang.

Karten sind im Verbandsbureau und bei den Beitragskassierern zu haben. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Des deutschen Volkes grösster Feind?!

Eine wichtige soziale Frage.

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn Bergwerksdirektors **Smitka-Nimbsch** Mittwoch den 6. März abends 8½ Uhr, im großen Saale des Schützenhauses, Hermsdorferstraße.

Jedermann, auch Frauen, herzlich willkommen.

Eintritt frei. Nach dem Vortrage: **Freie Diskussion.**

Restaurant Flanderka, an der Frauenkirche 3

Dienstag den 5. März, abends von 7 Uhr an **Großes Nacht-Schlachtfest**

wozu ergebenst einladet J. V.: Gustav Müller.

Mütter!

Bei dieser **wechselvollen Witterung** gibt es nichts Gesünderes und dabei Wohlschmeckenderes als

Althee-Honig-Sirup

Glas, zirka 1 Pfd. Inhalt, **35 Pf.**

Chocoladen-Hering.

Geschäfts-Uebernahme.

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Dresden-Plauen und Umgegend** zur gefälligen Kenntnis, daß ich das

Milch- und Buttergeschäft

von Herrn **Christian Richter, Zwickauerstraße 130,** käuflich erworben habe. Es wird mein Bestreben sein, das mir bisher. Publikum stets mit guter und frischer Ware zu bedienen. Indem wir bitten, das unserem Vorgänger entgegengebrachte Wohlwollen auch auf uns übertragen zu wollen, zeichnen hochachtend **Kurt Flaschke und Frau.**

Milch und Butter frei ins Haus.

Konfirmanden-Anzüge

in Cheviot, Kammgarn, Satin, Krepp usw.

6.50, 8.50, 10.00, 12.50, 15.00, 18.00 bis 35.00 M.

in grösster Auswahl bei

J. Geller

Dresden

Marschallstrasse 38, Ecke Gerichtsstr.

Kurt Wilkerling, Pieschen, Mohnstr. 2.

Tischler- und Polstermöbel in großer Auswahl. Übernahme ganzer Wohnungen, auch auf Teilzahlung. Umarbeitung sämtlicher **Polstermöbel. Grosses Stuhl- und Spiegellager.** Reelle Bedienung

---

Dresdner Gesundheits-Kräuter-Kaffee

erhält Geist und Körper stets frisch und gesund, besteht nur aus allerbesten, die Gesundheit außerordentlich fördernden Bestandteilen.

In **Kolonial-, Konsum- und Produkten-Geschäften** zu haben, wo nicht, Fa. Wilhelm Scholz, Leipzigerstr. 191. Telephon 6908.

Hierdurch erlaube ich mir, den geehrten Partei- und Gewerkschaftsgenossen mitzuteilen, daß ich das

Zigarren-Geschäft

des Herrn **J. Müller,** Königsbrückerstraße 8

käuflich übernommen habe und bitte um gütige Unterstützung. — Ich werde stets bemüht sein, nur gute und preiswerte Waren zu liefern.

Hochachtend **Gustav Geßner.**

Zur selbständigen Leitung einer Schreibmaschinen-Werkstatt suche ich einen tüchtigen **Mechaniker,** der außer den üblichen Reparaturen speziell mit der Konstruktion der **„Ideal"** vertraut ist. **Stellung dauernd und angenehm!** Anfangsgehalt 30 Mark pro Woche, außerdem noch Provision auf Reparaturen, wodurch ein tüchtiger Mann ein Einkommen von 250 Mark leicht erzielen kann; 200.00 Mark werden garantiert; höhere bevorzugt.

Nur militärfreie Bewerber, denen es um eine wirklich dauernde Stellung zu tun ist, wollen sich unter Einreichung von Zeugnissen melden bei **E. Erlatis, Königsberg i. Pr.**

Hausierer

bei hohem Lohn auf leicht verkäuflichen patentierten Massenartikel gesucht bei

Edw. Schmieder, Spechtritz.

Männer u. Frauen

zum Vertrieb einiger gutlohnender Artikel gesucht.

Prospekte frei.

Kgl. Schreibmaterial. Jeder ist Käufer. Offerten unter **N. F. 1** postlagernd Neundorf bei Pirna an der Elbe.

Saubere Frau

zum **Frühstückaustragen** wird sofort gesucht

Koserbe, Kesselsdorferstr. 48

Kontrolleur

zum 1. April gesucht. Bewerber wollen sich bis 10. März schriftlich bei Unterzeichnetem melden. Anfangsgehalt 1100 M. Später bis 1500 M.

Ortskrankenkasse Radebeul.

M. Winkelhöfer, Vors.

Schneiderin (dauernde Beschäftigung) **gesucht.** Großenhainerstr. 120, pt. l.

B. C.

Mittwoch den 6. März

Sitzung!

Verantwortlicher Redakteur Robert Arzig, Dresden.
Druck und Verlag Sachse & Komp., Dresden.
Hierzu 2 Beilagen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070304/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

Nr. 52. | Dresden, Montag den 4. März 1907. | 18. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Mittelstandsmache.

Eine Abordnung der Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe hat sich Donnerstag bei dem Minister des Innern Grafen Hohenthal eingefunden, um über die Mittelstandsschmerzen das übliche Klagelied vorzubringen. Einige neue Strophen sind hinzugedichtet worden; sie handeln von dem Terrorismus der Sozialdemokratie aus Rache für die „nationale Haltung des Mittelstands" bei den Reichstagswahlen.

Ueber den Verlauf der Konferenz bringen bürgerliche Blätter folgende gleichlautende Mitteilung:

Die Abgeordneten der Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe legten dar, wie die Sozialdemokratie an den Angehörigen des Mittelstandes für deren Beteiligung an dem Wahlsiege der nationalen Sache sich durch Boykottierung von Handwerkern, Kaufleuten und Wirten rächte und befürworteten die tunlichste Berücksichtigung der Wünsche des Mittelstandes. Der Minister erkannte die rühmliche nationale Haltung des Mittelstandes bei den letzten Reichstagswahlen unumwunden an und betonte, daß die Mittel zur Abhilfe vorwiegend auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung lägen. Wie aber der Fürst Reichskanzler in seiner Reichstagsrede vom 25. Februar hervorgehoben habe, daß die Sozialpolitik sich in verständigen Grenzen auch dem schwer kämpfenden und leidenden Mittelstande zuwenden müsse, so hätten auch die verschiedensten Parteien im neuen Reichstage durch Einbringung von Anträgen gezeigt, daß sie ernstlich bestrebt seien, dem Mittelstande zu helfen. Bei Besprechung der Bedeutung der Konsumvereine für die sozialdemokratische Partei wies der Minister darauf hin, daß nach dem deutschen Genossenschaftsgesetz eine Genossenschaft aufgelöst werden könne, wenn sie andere als die im Gesetze bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolge, und daß Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes bestraft werden könnten, wenn sie in Genossenschaftsversammlungen die Erörterung von Anträgen gestatteten oder nicht hinderten, die auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet wären. Eine allgemeine Umsatzsteuer auf Grund eines Landesgesetzes habe das Ministerium des Innern nicht für zweckmäßig erachtet. Daß aber Gemeinden schon jetzt nicht daran gehindert seien, unter Beobachtung der für Gemeindesteuern geltenden Grundsätze eine solche Steuer bei sich einzuführen, zeige der Vorgang verschiedener sächsischer Gemeinden, insbesondere die neue Chemnitzer Gemeindesteuerordnung, die am 1. Januar 1907 in Kraft getreten sei und Kleinhandels-Großbetriebe besonders besteuere. Von den vor kurzem im Reichsamt des Innern unter Beteiligung sächsischer Mittelstandsvertreter abgehaltenen Beratungen über die Verschärfung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, insbesondere über die Regelung der Ausverkäufe, sei eine Klärung dieser wichtigen Angelegenheit zu erhoffen.

Die Redereien über die Boykottierung der nationalen Mittelstandsleute durch die Sozialdemokratie ist echter Mittelstandsschwindel. Man bringt das Märchen vor, um die Regierung gegen die Konsumvereine scharf zu machen und so die landesgesetzliche Umsatzsteuer vorzubereiten. Die Mittelstandshelden haben damit anscheinend keinen direkten Erfolg gehabt. Der Minister hat sie auf die Schröpfung der Konsumvereine durch Gemeindesteuerregulative verwiesen. Das ist der seit langem beliebte Weg, auf dem sich aber auch bereits gezeigt hat, daß die Umsatzsteuer nicht nur eine schreiende Ungerechtigkeit ist, sondern daß sie auch als Mittel zur Mittelstandsrettung völlig versagt hat. Die Regierung hat im Landtage schon mehrfach den Bankerott der Umsatzsteuerpolitik zugeben müssen. Und das ist ja der Grund, weshalb sie sich gegen deren Einführung durch Landesgesetz sträubt.

Die Mittelstandsleute haben also einen sichtbaren Erfolg aus der Audienz nicht nach Hause getragen; sie dürfen sich aber nicht wundern, wenn sie durch ihre verlogenen Scharfmachereien, mit denen sie vor dem Minister operiert haben, die Arbeiterschaft fürchterlich erbittern. Wenn die Arbeiter auf solche Hetzereien die gebührende Antwort geben, dürfen sich die Mittelstandsretter nicht wundern. Die Folge ihres Treibens muß naturnotwendig eine außerordentliche Stärkung der Konsumvereine sein, also das Gegenteil von dem, was sie mit ihren unwahrhaften Scharfmacherbestrebungen erzielen wollen.

Reichsverbandslügen. In einer der letzten Sitzungen des Reichstages hat der Hauptmacher des Reichsverbandes, General Liebert, folgendes erklärt:

Die Hauptsache ist die, daß in dem Wahlkampf die Sozialdemokraten versucht haben, die heilige schwarz-weiß-rote Flagge in den Schmutz zu reißen. Sie wurde der „Schmutzlappen des Hottentottenblocks" genannt. (Stürmische Zurufe von allen Seiten, lebhafter Widerspruch bei den Soz. Gener ruft: Das ist eine Lüge!) Für ein solches Treiben fehlt leider ein Paragraph im Strafgesetzbuch (lebhafte Zustimmung), und da wir Ihnen nicht mit der Justiz beikommen können, sollte man an England und Amerika denken. Dort wäre eine Lynchjustiz die Folge. (Lebhafter Tumult, stürmische Zurufe bei den Soz.)

Die Leipziger Volkszeitung nagelt nun diese Liebertsche Leistung als eine neue Reichsverbandsleistung wie folgt fest:

Wie steht's mit der Wahrheit der Liebertschen Behauptung? Am Montag den 28. Januar 1907 veröffentlichte die Leipziger Volkszeitung einen Artikel unter der Ueberschrift: Die symbolische Schutzmannsfaust. Er beschäftigte sich mit der Szene, die sich am Abend des Hauptwahltages vor dem Reichskanzlerpalais und dem Palais des Kronprinzen abspielte, als eine johlende Masse patriotischer Hurrabrüder so unangenehme Erfahrungen mit der preußischen Schutzmannsfaust machen mußte. Der Artikel begann:

Auf die Kunde, daß auf einer ganzen Reihe von Festungen nicht mehr das stolze rote Banner, sondern der Schmutzlappen des Hottentottenblocks wehe, zog in tiefer Nacht eine Bande freuden- und alkoholtrunkener Hurraschwärmer nach dem Palais des Sohnes Wilhelms II. in Berlin. Aber sehr bald blies ihnen ein frostiger Hauch des Geistes entgegen, dem sie am Tage mit ihrem Stimmzettel verschworen hatten. Nichts ist erquicklicher als der Kommentar zu den Hottentottenwahlen, als der Klageruf, den einer dieser patriotischen Nachtschwärmer im Berliner Tageblatt veröffentlichte.

Dieser Artikel ging am nächsten Tage in unser Kopfblatt, die Volkszeitung für das Muldental, über, dessen Redakteur Genosse Schöpflin im 14. Wahlkreise mit Herrn Liebert zur Stichwahl stand. Die Amtspresse behauptete nun, Schöpflin habe die schwarz-weiß-rote Fahne als Schmutzlappen des Hottentottenblocks beschimpft, eine Wahllüge, der Schöpflin sofort in Wort und Schrift entgegentrat. Die Leipziger Volkszeitung nahm nach der Stichwahl, am 7. Februar, von diesem elenden Schwindel ebenfalls Notiz, als auch das Leipziger Tageblatt damit angezogen kam. Wir schrieben damals:

Hier ist denn auch der Schmutzlappen des Hottentottenblocks in die deutsche Flagge umgelogen worden. Es ist von den Wahlmachtparteien, die unter der Lügenfahne des Reichsverbands, das Vaterland vor dem Umsturz zu retten, die Wähler in die reaktionären Hürden jagten, einfach schamlos, ihren Schmutzlappen mit der Reichsfahne zu identifizieren, wie es ebenso schamlos von ihnen ist, fortwährend ihre Parteigruppen mit dem Vaterland zu identifizieren.

Die Lüge war also in aller Form von uns als Lüge nachgewiesen worden. Und Herr Liebert mußte das wissen, da diese Vorgänge sich in seinem Wahlkreise abspielten, wo er landauf, landab herumreiste. Ein echter Reichslügenverbändler läßt jedoch nichts umkommen, und so kommt jetzt glücklich dieser treffliche General, der sein Mandat überhaupt nur jenen frechen Lügen verdankt, mit dem alten Schwindel wieder angezogen. Wie konnte auch der Organisator der Reichsverleumder trefflicher debütieren, als durch eine längst widerlegte Verleumdung!

Eine nette Gemeindewirtschaft. Der Vogtländische Anzeiger meldete folgendes: „Recht bedauerliche Folgen haben die Verfehlungen des früheren Gemeindevorstehers Müller in Thiergarten nach sich gezogen. Am letzten Dienstag nachmittag wurde der durch sein gutmütiges Wesen allgemein beliebt gewesene Gutsbesitzer Herr Hermann Otto Möckel dort auf dem Stallboden seines Anwesens erhängt aufgefunden. Er hatte sich entleibt und ist, wie man annimmt, ein Opfer der Müllerschen Machenschaften geworden. Andere Gründe für die unselige Tat sind nicht bekannt. Die unglückliche Gattin des Mannes verfiel in Tobsucht, als seine Leiche gefunden wurde. Möckel bekleidete das Amt eines Steuer-Einnehmers und stellvertretenden Standesbeamten im Orte. Er war 38 Jahre alt und kinderlos. Hat bisher noch nicht bestimmt festgestellt werden können, in welchem Zusammenhange dieser Selbstmord mit den vielbesprochenen Müllerschen Veruntreuungen steht, so haben die amtlichen Erörterungen in der unliebsamen Angelegenheit doch ergeben, daß der verstorbene Gemeindevorstand Georg Ernst Müller aus der Armenkasse der Gemeinde 4800 M. erhoben hat, während in der Gemeindekasse ein Fehlbetrag von einigen hundert Mark vorliegt. Die Ermittelungen sind durch die nachlässige Buchführung Müllers erheblich erschwert worden. Ob Müller den aus der Armenkasse erhobenen hohen Betrag unterschlagen hat, konnte noch nicht bestimmt festgestellt werden, da noch jeder Nachweis fehlt, wo der verschwundene Betrag hingekommen ist, oder zu welchem Zwecke Müller das Geld verwendet hat."

Da als Gemeindevorstände nur stramme Ordnungsmänner bestätigt werden, wird sicher auch der saubere Vorsteher von Thiergarten eine Ordnungsstütze ersten Ranges gewesen sein.

Wahlagitation in der Fortbildungsschule. Wie anderwärts, so wurde auch in Chemnitz die Beobachtung bei der letzten Wahl gemacht, daß Lehrer zugunsten der „nationalen" Parteien in die Wahlbewegung mit eingegriffen, ja selbst in der Schule Wahlagitation getrieben haben. Von vielen Fällen, die ihr gemeldet wurden, hatte die Volksstimme einen Fall der Oeffentlichkeit übergeben, der sich in einer städtischen Fortbildungsschule abgespielt hatte. An der Hand eines sozialdemokratischen Flugblattes hatte der Volkserzieher seine politische Weisheit den Schülern zum besten gegeben. Dabei hatte er von angeblichen sozialdemokratischen Ungehörigkeiten und im Hinblick auf das Flugblatt von Täuschungen und Lügen gesprochen. Das hatte die Volksstimme skandalöse Treiberei und politische Kannegießerei genannt und gefordert, daß die Aufsichtsbehörde dem Lehrer die Fortsetzung des Unfugs aufs strengste untersage. Aber es kam anders. Da sich der Lehrer beleidigt fühlte, stellte die Aufsichtsbehörde gegen den Verantwortlichen der Volksstimme, Genossen Müller, Strafantrag. M. hatte sich nun vor dem Schöffengericht zu verantworten. Da stellte sich nun heraus, daß der Lehrer mit Erlaubnis seines Vorgesetzten (!) das sozialdemokratische Flugblatt vor seinen Schülern besprochen hatte. Er bemerkte, daß es Pflicht der Schule sei, zufriedene Bürger in Treue zur Kaiser und Reich zu erziehen. Eine schöne Aufgabe! Die Entlastungszeugen wurden nicht vernommen — — — wegen Unglaubwürdigkeit! Das Gericht erblickte in der Notiz eine ehrenkränkende Kritik des Lehrers und erkannte auf 100 M. Geldstrafe. — Lieb Vaterland, magst ruhig sein!

Einen gemeinen Streich hat man unseren Genossen in Niederhaßlau bei Zwickau gespielt. Der dortige sozialdemokratische Verein wollte einen Familienabend unter Mitwirkung des Genossen Strzelewicz-Berlin mit seiner Humoristentruppe abhalten. Genosse Strzelewicz hatte auch zugesagt, am Montag den 25. Februar in Niederhaßlau einzutreffen. Obwohl nun Genosse Strzelewicz am 24. Februar nochmals angefragt hatte, ob er kommen solle, und den bejahenden telegraphischen Bescheid erhalten hatte, erhielt man zu aller Erstaunen am 25. Februar früh, also am Vergnügungstage, vom Genossen Strzelewicz den telegraphischen Bescheid, daß er verzichte. Der andere Tag sollte dann die volle Aufklärung bringen, denn Strzelewicz teilte dem Vorsitzenden des Niederhaßlauer Volksvereins mit, daß er am 25. Februar ein Telegramm folgenden Inhalts erhalten habe:

„Ihr Telegramm erhalten, aber auch eins von Herrn Günther (das ist der Name des Wirts), lautend: Ohne meinen Willen keine Vorstellung, Reklame zu kurz, Kosten zu hoch! Behörde nicht erlaubt, 150 M. Strafe wegen Bühne. Günther, Stadt Zwickau."

Auf Grund dieses Telegramms hin, habe er es selbstredend nicht für ratsam gehalten, nach Niederhaßlau zu kommen.

Da nun aber von seiten des Wirtes, Herrn Günther, fest und teuer versichert wird, daß er überhaupt kein Telegramm an den Genossen Strzelewicz gesandt habe, muß hier ein Schurkenstreich vorliegen. Da die Nachricht, daß Strzelewicz komme, schon ziemlich publik war, vermuten unsere Parteigenossen in Niederhaßlau, daß dieser Schurkenstreich von einem politischen Gegner ausgeführt worden ist, und haben auch triftige Verdachtsgründe gegen eine bestimmte Person. Da aber

Leben, Kunst und Wissenschaft.

Jugend-Konzert.

Volkssingakademie.

Wie lange ist es doch wohl her, daß der „echte" Pädagoge jede Beschäftigung der Kinder mit Kunst mit scheelen Augen ansah und verdammte, weil solch „überflüssiges" Tun die Kinder von dem einzigen wahren Zweck ihres Daseins, nämlich möglichst viel zu lernen, abwendig mache? Noch gar nicht so lange. Es gibt ja heute noch eine Reihe (glücklicherweise keine zu große mehr) von Schulpedanten, die alles als Zerstreuung ansehen, was der Jugend an Lebensgenuß geboten wird. Denn Lebensgenuß ist jede wirkliche Beschäftigung mit Kunst, jedes wahrhafte Genießen künstlerischer Gedanken. Das Leben der Jugend ist nicht so leicht, so sorgenlos, wie wir Erwachsenen es gern hinstellen. Im Gegenteil. Nur die wenigsten von uns möchten wieder Kinder sein und den Zwang und die Plage und die Ohnmacht, sie ändern zu können, wieder auf sich nehmen. Je weiter wir in das Reich der Kinderwelt eindringen, um so mehr werden wir uns bewußt, daß auch in der Jugend die Sorge des Alltags die Freude überwiegt. Darum sollen wir den Kindern auch nicht Schönheiten des Lebens vorenthalten, die wir ihnen verschaffen können. Und darum sollen wir sie an den Quellen der Kunst sich erquicken lassen, wie die Erwachsenen und nur dabei im Auge behalten, daß es sich um Kinder handelt, um kindliche Aufnahmefähigkeit und kindliche Anschauungswelt.

Die Wiege der Jugendkonzerte in Deutschland stand in Hamburg. Die Idee entsproß als ein Zweig des allgemeinen Volksbildungswesens. Es war die gleiche Erwägung, die die Dresdner Volkssingakademie zu ihrem neuen Unternehmen führte und den einfachen Gedankengang verfolgt: wenn wir dem Volke musikalische Genüsse bringen, warum sollen wir die Kinder desselben Volkes leer ausgehen lassen? Und es ist also kein Zufall, daß gerade die Volkssingakademie als die berufene Verbreiterin musikalischer Bildung in weiten Volkskreisen in Dresden einführte, was andere Städte schon längst besitzen. Bei jedem anderen Gesangverein Dresdens hätte die Betätigung am Kinder-Musikwesen mehr oder weniger einen Wohltätigkeitsbeigeschmack gehabt, bei der Volkssingakademie ist es künstlerischer Ernst, ich möchte sagen, beinahe notwendige Folge ihres Bestehens. Die Hamburger Konzerte bestehen seit 1898. Ueber den leitenden Gedankengang bei ihrer Entwicklung hat sich später der künstlerische Leiter aller dieser Konzerte, Richard Barth, Musikdirektor in Hamburg, genauer ausgelassen: „Es genügte ja nicht ohne weiteres, daß die Kinder in ein Konzert geführt wurden. Das Programm eines solchen durfte nicht zu lang, nicht zu kurz sein, auch sollte nicht minderwertige Unterhaltungsmusik sondern hauptsächlich der klassischen Literatur entnommene Werke geboten werden, wenn der Zweck, im jungen Kindergemüt den Sinn für schöne Musik zu wecken und die Sehnsucht, einen solchen Genuß öfter zu haben, erreicht werden sollte."

Die Hamburger legten den Hauptwert auf Instrumentalleistungen. Und von dem Ergebnis eines Hamburger Jugendkonzertes, dem ich vor ungefähr anderthalb Jahren beiwohnte, kann ich nur sagen, daß die Orchesterstücke und deren Ausführung einer größeren Anteilnahme bei der Jugend begegneten, als die von dem Hamburger Lehrergesangverein vorgetragenen Volksliederchöre. Das jugendliche Gemüt verlangt Glanz. Die äußere sinnliche Wahrnehmung spielt bei ihm noch eine größere Rolle als bei dem Erwachsenen. Dieser sinnlichen Wahrnehmung kam es auch entgegen, wenn die Kinder in der Schule auf gewisse Eigenheiten der Musikstücke, den Gefühls- und Ideengehalt und ähnliches hingewiesen wurden. Freilich ist dabei höchste Vorsicht vonnöten, damit nicht Nebendinge die Hauptsache, das musikalische Fühlen, verdrängen. Ferner gab der Dirigent den Kindern vor dem betreffenden Musikstück nochmals mündlich einen kurzen Leitfaden. Was Barth in dem erwähnten Konzert beispielsweise vor der Tell-Ouvertüre von Rossini sagte, war so hübsch, daß ich es, stände der Raum zur Verfügung, am liebsten zum Abdruck brächte. Wer sich dafür interessiert, findet die Auslassungen in den in R. Voigtländers Verlag in Leipzig erschienenen Ergebnissen und Anregungen des dritten Kunsterziehungstages in Hamburg auf S. 308 u. f. wörtlich wiedergegeben. Bei Gesangsdarbietungen sind solche Einführungen natürlich überflüssig, da der Text genügend Anhaltspunkte gibt. Ausnahmen bilden Kompositionen wie das jetzt hier gesungene Crucifixus von Caldara und die Kantate von Bach; Stücke, die ich überhaupt für ein Kinderkonzert für ungeeignet halte, da sie zum Genießen eine musikalische Bildungsstufe voraussetzen, die den Kindern abgeht.

Außer in Hamburg haben sich in Berlin die Schülerkonzerte festen Boden errungen. Hier ist es der Energie eines einzelnen Mannes gelungen, die Angelegenheit in Fluß zu bringen und zu erhalten. Ueber seine Absichten und Erfahrungen hat sich Max Battke, so heißt der verdienstvolle Musikpädagog, im Oktoberheft 1905 der Zeitschrift Der Säemann, geäußert. Er hält von der Orchestermusik gar nichts und bevorzugt solistische Darbietungen, während die Hamburger die Mitwirkung der Solisten nach Möglichkeit einschränken. Nach meiner auf Erfahrung im täglichen Leben gestützten Meinung ist folgendes richtig: Das Kind verlangt eine starke Kunst, eine Persönlichkeitsinterpretation. Es will nicht der Kunst nachspüren, wie der Reifere, sondern die Kunst muß sich ihm entgegenbringen. Bei der bildenden Kunst, bei der Dichtkunst zum Teil durch das Gegenständliche, bei der Tonkunst durch die schon erwähnte starksinnliche Wirkung. Es wird der Musik immer offene Sinne entgegenbringen, solange seine Aufmerksamkeit von ihr gefesselt wird. Darum scheidet die Streitfrage, Orchester, Chor oder Solisten eigentlich aus. Die Hauptsache ist: gebt dem Kinde einen großen Eindruck; durch welche Faktoren, ist gleich. Nur vollkommen sei das, was ihr bietet. Nicht dadurch, daß wir Orchestermusik, Chormusik oder Solisten bringen, heben wir das Kind zur Kunst, sondern dadurch, daß ihm das Gefühl einer lebendigen, einer persönlichen Kunst aufgeht. Im Dresdner Konzert schien mir das Beethovensche Lied Die Ehre Gottes aus der Natur, in der von wahrer Begeisterung getragenen Wiedergabe durch Frl. Ottermann mit seinen mächtigen Intervallschritten den tiefsten Eindruck auf die Kinder zu machen. Das Gefühl von etwas Großem schien sie beschlichen zu haben. Gewiß erregten die heiteren Kinderlieder später größere Freude. Aber den Ruck, der gleichsam durch die Kindermasse ging und der das Außergewöhnliche zeigte, fühlte man nur bei dem ernsten, aber großen Beethoven.

Doch ich möchte meinen Eindruck nicht für allgemein maßgebend hinstellen. Ich meine vielmehr, daß die Kinder in erster Linie berufen sind, ihre Meinung zu äußern: Deshalb sei an die Eltern die Bitte gerichtet, der Feuilleton-Redaktion der Sächsischen Arbeiter-Zeitung Aeußerungen von dem Eindruck, den ihre Kinder von dem Jugendkonzert erhielten, mitzuteilen. Erwünscht sind vor allem Angaben darüber, was den kleinen Zuhörern am besten gefallen hat. Das Ergebnis der Mitteilungen soll in geeigneter Form veröffentlicht werden. Daß der Eindruck eines Konzertes nicht spurlos vorüberrauscht, darf man als sicher annehmen. Schulinspektor Fricke in Hamburg sprach auf einem Kongreß in Berlin, der die Erziehung des Volkes auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft behandelte, hierüber einige Worte über die Hamburger Erfahrungen: „Wenn Sie nun fragen, welche Wirkung erzielt wird, so kann die nicht zahlenmäßig ermittelt werden, weil die Wirkung der Kunst unwägbar ist. Aber einen Maßstab haben wir, das ist das Verlangen der Kinder, noch einmal ins Konzert geführt

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070304/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

hier auch noch eine **Fälschung des Namens des Wirtes vorliegt**, wäre es in erster Linie Sache der Staatsanwaltschaft, hier einzugreifen, um den Täter dieses Schurkenstreiches ausfindig zu machen.

Eine Beleidigungsaffäre. Der Genosse Seifert in **Königswalde** bei Annaberg soll als Gemeinderatsmitglied den dortigen Pastor Golde beleidigt haben. In einer Gemeinderatssitzung sollte der Ankauf der sogenannten Pfarrwiese besprochen resp. beschlossen werden. Gleichzeitig hatte der Pfarrer einen Antrag eingebracht, daß der Kaufpreis in Wegfall kommen und dafür der jährliche Durchschnitt von zehn Jahren an die Kirche gezahlt werden solle. Die Kircheninspektion war nicht abgeneigt, die Wiese zu verkaufen, wenn ein angemessener Preis dafür gezahlt werde. Sie verlangte pro Acker 1040 M. Nach Ansicht einzelner Gemeinderatsmitglieder war dies zu viel, da in Königswalde der durchschnittliche Preis pro Acker gegen 700 M. beträgt. Dieser kolossale Preisunterschied veranlaßte Genossen Seifert, im Interesse der Gemeindemitglieder in die Debatte einzugreifen und das Verlangen der Kirche zu kennzeichnen. Herr Pastor Golde konstatierte, daß Herr Seifert am allerwenigsten das Recht habe, hier hineinzureden, da er der Kirche nicht angehöre (!); er sprach ihm also das Recht ab, als Gemeinderatsmitglied seine Pflicht zu tun. Während dieser Ausführungen machte Genosse Seifert den Zwischenruf: „Die Kirche soll keinen Wucher treiben!" In der weiteren Auseinandersetzung soll nun der Pastor den Genossen Seifert einen Lümmel genannt haben, was ersterer aber bestreitet, und Genosse Seifert soll dem Pastor erwidert haben, daß er sich um seine Verhältnisse kümmern solle, bevor er ihm Vorschriften mache. Auf Befragung seitens des Vorsitzenden gab der Pfarrer zu, daß er sich nicht beleidigt fühle, auch Herrn Seifert nicht zutraue, daß er ihn habe beleidigen wollen, nur die Sache habe Herr Seifert beleidigt, er habe auch nicht geglaubt, daß da eine Klage daraus entstehen könne, doch habe er sich verpflichtet gefühlt, diese Angelegenheit seiner vorgesetzten Behörde zu melden! Der Amtsanwalt beantragte Bestrafung, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. [illegible], für Freisprechung plädierte, da die Anklage gar nicht den Angeklagten treffe, denn er habe ja gar nicht den Pastor beleidigt, was dieser auch selbst zugebe. Trotzdem wurde Genosse Seifert zu 10 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängnis verurteilt. In der Begründung wurde ausgeführt, daß der Angeklagte der Kirche vorgeworfen habe, sie treibe Wucher, und daß der Pastor als Vertreter der Kirche sich dadurch beleidigt fühlen konnte. Die Begründung steht mit den Aussagen der Beteiligten so in Widerspruch, daß das Urteil unhaltbar ist und Berufung eingelegt werden muß, da Genosse Seifert den Vorwurf der Kirche gar nicht gemacht hat. Auffällig waren die Frage des Vorsitzenden an den Angeklagten, ob er Sozialdemokrat sei, und die Frage an einen Zeugen Seiferts, ob er ein guter Freund von Seifert sei, was man bei den anderen Zeugen nicht bemerkte. Die Parteigenossen, die später einmal vor die Schranken des Gerichts geladen werden, mögen sich dies merken und die gebührende Antwort darauf geben.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Erhängt aufgefunden wurde in **Schönheiderhammer** in einer Bodenkammer das im 14. Lebensjahre stehende Schulmädchen Emma [illegible] Schmuzler, Tochter der von ihrem Ehemanne getrennt lebenden Handarbeitersehefrau Schmuzler. Der Vater wohnt in [illegible]. Was das Kind in den Tod getrieben hat, ist völlig unbekannt. — Die in der [illegible]straße in **Chemnitz** gelegene Maschinenfabrik von J. G. [illegible], die gegen 100 Arbeiter beschäftigt, ist vergangene Nacht durch Feuer zerstört worden. Die in dem Fabrikgebäude wohnende Familie des Werkmeisters Arnold konnte nur mit knapper Not ihr Leben retten. Auch das mit der Fabrik verbundene Wohnhaus ist stark beschädigt. Aus der Fabrik, die gerade jetzt stark beschäftigt war, konnte fast nichts gerettet werden. — Im Krematorium zu **Chemnitz** sind im Monat Februar d. J. 38 Einäscherungen erfolgt. Es waren 22 männliche, 16 weibliche Personen, davon 34 evangelisch, 1 katholisch und 3 [illegible]. Aus Chemnitz stammen 21, ferner 16 aus Sachsen, 2 aus Österreich-Ungarn. Im ganzen fanden in dem Krematorium bisher 57 Einäscherungen statt. — Einen traurigen Abschluß fand am Dienstag eine Hochzeitsfeier in der Familie des [illegible] Baumgarten in **Colmnitz**. Als sich nachts die auswärtigen Gäste mit ihren Geschirren in ihre Heimat begeben wollten, wurde der Dienstknecht Oswin Franke von einem Pferde so heftig an die Stirn geschlagen, daß der junge Mann, welcher nächsten Montag mit zur Einstellung gehen sollte, am Mittwoch abend starb.

Stadt-Chronik.

Von der städtischen Straßenbahn.

Es wird uns geschrieben: In den Zuschriften aus Straßenbahnerkreisen, die der Redaktion in der letzten Zeit zugegangen sind, erlauben auch wir uns einige Ausführungen zu machen. Wenn man die einzelnen Eingesandts aufmerksam liest und besonders die Beschwerden der Schaffner und Fahrer vernimmt, so erweckt es den Anschein, als wenn sich um diese Kategorie von Angestellten überhaupt noch niemand gekümmert hätte. Dem ist aber nicht so; denn schon vor mehreren Jahren, als die Straßenbahnen noch in Privatbesitz waren, hat die Organisation der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter sich redliche Mühe gegeben, den Schaffnern und Fahrern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. **Die Schaffner und Fahrer** waren zu damaliger Zeit gut organisiert. Im Jahre 1901 kam eine große Anzahl neu zur Organisation und es konnte noch in demselben Jahre ein Vorstoß gegen die Straßenbahngesellschaften unternommen werden. Die Versammlungen, in denen die Wünsche der Straßenbahner zum Ausdruck kamen, waren im Gegensatz zu den in letzter Zeit abgehaltenen vollzählig besucht. Den Direktionen wurden von der Organisationsleitung die Wünsche der Angestellten übermittelt und durch die Vermittlung des Oberbürgermeisters bequemten sich die Gesellschaften zu Zugeständnissen. So wurde die Gehaltsstaffel für Schaffner und Fahrer und die Bezahlung der Ueberstunden eingeführt. Andere Versprechungen, so z. B. die Regelung des Dienstes, wurden gemacht, aber nicht erfüllt. Immerhin aber sind durch das Vorgehen des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter den Schaffnern und Fahrern wesentliche Vorteile verschafft worden. Ohne die Organisation hätten sie überhaupt nichts erreicht. Das hat auch der Teil der Angestellten eingesehen, der der Organisation treu geblieben ist. Viele andere jedoch sind nach der Bewegung sofort wieder ausgetreten, weil ihnen das Erreichte nicht genügend erschien. Daß aber damals nicht mehr zu erreichen war und daß gar an einen Streik nicht gedacht werden konnte, überlegten sich diese Kollegen nicht. Trotzdem aber nahmen sie die Vorteile mit und kehrten der Organisation den Rücken. Hätte das Gros der Angestellten nach dieser Bewegung weiter fest zur Organisation gehalten, so wären die Straßenbahner heute ein bedeutendes Stück weiter. Sie hätten nicht die vielen Petitionen und Eingaben, die in den Papierkorb der Direktion gewandert sind, nötig gehabt. Aber man ließ sich eben mit allerlei Versprechungen vertrösten und wartete, bis die Straßenbahnen in städtischen Besitz übergegangen sein würden. Ja, dann würden schon alle Wünsche in Erfüllung gehen! Wieder trat eine Anzahl Schaffner und Fahrer aus dem Verbande, man gab sogar jahrelang erworbene Rechte preis, nur um dem neuen Arbeitgeber zu zeigen, daß man als städtischer Angestellter keiner Arbeiterorganisation angehören will. Die betreffenden Angestellten glaubten, daß sie keine Organisation mehr brauchten, da die Stadt als Arbeitgeberin ihre sozialen Pflichten schon erfüllen werde. Wenigstens hoffte man das. Gehofft und geharrt haben alle Angestellten nun schon lange genug! Versprechungen wurden genügend gemacht, von einem Vierteljahr zum andern wurden die Straßenbahner vertröstet. Aber mit dem Einlösen der Versprechungen hat es bis jetzt sehr faul ausgesehen. Was ist herausgekommen? Die „Weihnachtsüberraschung". 1450 Angestellte erhielten die — Beamtenqualifikation und die damit verbundene Pensionsberechtigung. Das war alles. Die wichtigsten Forderungen: Verkürzung des Dienstes und Gehaltsregulierung, blieben unerfüllt. Daß es so kommen werde, hat die Organisationsleitung im vorigen Frühjahr vorausgesagt. Die Bemühungen, die Straßenbahner wieder zur Organisation zurückzuführen, sind erfolglos geblieben. Von den anberaumten Betriebsbesprechungen und Versammlungen konnten im vorigen Jahre nur zwei stattfinden! Fünf andere Versammlungen mußten wegen zu schwachen Besuchs ausfallen. Auch Druckschriften und das Fachblatt Mitteilungen wurden seit vorigem Sommer regelmäßig an alle Schaffner und Fahrer sowie vor den Depots verteilt. Öfters sind unseren Verteilern sogar die Blätter vor die Füße geworfen worden.

Daraus ersieht man, daß es unter den Straßenbahnern noch sehr viel rückständige Leute gibt. Von der Organisation ist in der letzten Zeit sehr intensiv unter den Straßenbahnern gearbeitet worden. Wenn sie den guten Willen gehabt und sich der Organisation angeschlossen hätten, so sähe es heute gewiß schon anders aus. Mit Petitionen und Bittgesuchen erreicht man heute so gut wie nichts. Und hätten nicht die wenigen sozialdemokratischen Stadtverordneten bei jeder passenden Angelegenheit Kritik im Interesse der Straßenbahner geübt, so sähe es noch schlimmer aus. Die Straßenbahnangestellten, vor allem die Schaffner und Fahrer, mögen in Zukunft ihre Gleichgültigkeit und den leider noch vorhandenen Dünkel ablegen und endlich das tun, was andere städtische Arbeiter längst getan haben: sie mögen sich organisieren, und zwar im Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Die Straßenbahner bilden vom 1. Januar ab innerhalb dieses Verbandes eine eigene Sektion, sie haben also mit den übrigen Berufskollegen nichts zu tun. 1800 Münchner Straßenbahner sind jetzt eingetreten und haben wie die Berliner Straßenbahner ihre eigene Verwaltung. **Mögen die Dresdner Angestellten bald ihren** Münchner Kollegen folgen!

Diesen Rat möchten auch **wir den Straßenbahnern geben.** Mit Zuschriften an die Arbeiterzeitung **allein ist es** nicht getan. Die Straßenbahner müssen sich selbst rühren, da nur die Organisation die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche erstreben kann. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden dann sicher auch nicht versäumen, für den Schutz des Koalitionsrechts der Straßenbahner einzutreten, wenn es nötig sein sollte.

•

In einer Zuschrift wird als Entgegnung auf die Ausführungen der Direktion erklärt, daß im wesentlichen alle früheren kritischen Angaben auf Wahrheit beruhen. Dann schreibt der Einsender weiter: „Die 60 000 M. für die Angestellten, worauf die Direktion so großen Wert legt, kommen noch in der Zukunft. Da muß erst abgewartet werden, wie das gehandhabt wird. Die Aufenthaltszeiten an den Endstationen sind nur schematische, aber nicht wirkliche. Bei dem Sechsminuten-Verkehr ist es eine wahre Schinderei, zumal bei den Anhängern, die oft erst während der Anfangsrichtung zurecht gemacht werden. Und wo bleibt denn die schon lang ersehnte Sitzgelegenheit; wo sollen sich denn Schaffner und Führer aufhalten, wenn der Wagen sofort wieder vom Publikum besetzt wird? Auf dem Perron, auf der Straße im Freien steht er mit seinem Brot oder Eßtopf in der Hand bei Regen oder Kälte, wie ein Handwerksbursche, den man vor der Tür stehen läßt. Diese Zustände müssen doch der Direktion nun bald ein Licht aufstecken. Sollen vielleicht die [illegible] vor einigen Tagen an den Endstationen aufgestellten Bänkchen, die nur für einen Mann eine zweifelhafte Sitzgelegenheit bieten, das neue Ideal sein? Man lege doch die zwei Haltezeiten von den Endstationen möglichst auf eine zusammen und gebe dem Führer und Schaffner das Recht in die Hand, daß der Wagen bis zwei Minuten vor Abfahrt vom Publikum nicht besetzt werden kann. Die Direktion kann auf einer Linie den Versuch machen, wir sind gern bereit, weitere Erleichterungen in Vorschlag zu bringen. So geht es unmöglich weiter, wenn nicht die Direktion Gefahr laufen will, daß sämtliche Angestellten nicht mehr mitmachen."

Ueber den angeblichen Selbstmord des Gardereiters, den wir am Freitag mit der Bemerkung meldeten, daß die Eltern triftigen Grund zu haben glauben, dem Tode ihres Sohnes, Burkhardt genannt Augustin, näher nachzuforschen, soll, wie man uns meldet, vom Rittmeister eingehende Untersuchung angeordnet sein. Wegen Verdachts der Mißhandlung des Verstorbenen ist bereits ein Gefreiter in Untersuchungshaft genommen. Der Mutter des Soldaten fiel vor dem Begräbnis auf, daß ihr Sohn auf der linken Seite des Kopfes **eine große Wunde** hatte. Die Leiche war etwas [illegible] gelegt und die **Wunde mit Kränzen verdeckt**, so daß sie nicht ohne weiteres zu bemerken war. Erst als die Mutter den Kopf etwas hob und nach rechts rücken wollte, fiel ihr die Verletzung auf. Nach einer Anfrage hat ihr ein Vorgesetzter geantwortet, daß **der Verstorbene schwer mißhandelt worden sei.** Sonderbar ist, daß auf die Anfrage eines hiesigen Blattes beim Gardereiter-Regiment von dort eine **wesentlich** andere Auskunft gegeben worden ist. Und zwar diese:

„Der Gardereiter Burkhardt wurde am Freitag voriger Woche früh als es noch dämmrig war an der Deichsel eines Wagens an einem starken Riemen erhängt aufgefunden. Burkhardt hatte kurz vorher vergeblich versucht, zur Zahlung dringender Schulden Geld zu erhalten. Frühmorgens sprach er einen Kameraden an, der sich auf dem Abort befand, an dem Burkhardt vorbeiging, und fragte den Soldaten, ob er hier noch lange verweile, worauf dieser sagte, er sei gerade erst hergekommen. Der Mann hörte dann noch, daß sich draußen etwas an einem Wagen bewegte, fand aber darin nichts Außergewöhnliches, nahm vielmehr an, daß an dem Wagen irgend eine Arbeit vorgenommen werde. Kurze Zeit darauf fand dann ein Unteroffizier den jungen Soldaten erhängt vor. Das Regimentsbureau wurde sofort benachrichtigt und man stellte noch sogleich Wiederbelebungsversuche, und zwar eine Stunde lang, an, [illegible] ohne daß die Versuche von irgend einem Erfolg gewesen wären. Im Zusammenhange mit dieser Angelegenheit erfolgte die Verhaftung eines Gefreiten, der beschuldigt wird, den Burkhardt kurz vor seinem Tode geohrfeigt zu haben."

Mit dieser Auskunft stimmt die der Mutter gegebene [illegible] schlecht überein. Der letzte Satz läßt allerdings auch auf Mißhandlung schließen, von Ohrfeigen kann das Loch im Kopf wohl nicht herrühren. Wie uns berichtet wird, soll der verhaftete Gefreite, als er den Verstorbenen schlug, eine Striegel in den Händen gehabt haben.

---

zu werden. . . . . Nach dieser einen Stunde sehnen sie sich zurück, es ist ihnen eine ebenso schöne Stunde, als wenn sie im Sommer Sonntags hinausgehen, um Freude zu empfinden an der Pracht der Natur."

Unsere Dresdner Kinder haben länger wie die anderer Städte auf ihnen gewidmete Konzerte warten müssen. Hätte die Volkssingakademie jetzt nicht einen Anfang gemacht, wer weiß, wie lange es überhaupt noch gedauert hätte! Wir freuen uns ganz besonders, daß gerade die Volkssingakademie in Dresden bahnbrechend war, und wollen den Dank für das Gegebene ihr nicht vorenthalten. 2400 Schulkinder haben ein aufmerksames Auditorium für die vom Herrn [illegible] feinfühlig geleiteten Chöre und die von Fräulein [illegible] mit augenscheinlicher Liebe zur Sache und ihren Zuhörern vorgetragenen, von Herrn [illegible] hübsch begleiteten Solo-Lieder abgegeben. Die gleiche Anzahl wird nächsten Sonntag versammelt sein. Leider ließ die Akustik des Saales zu wünschen übrig. Der Klang war dünn. Das sind Verhältnisse, die sich zurzeit leider nicht ändern lassen. Doch die Freude an dem [illegible] sollen sie uns nicht verkümmern. „Wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft", sagte [illegible] in Berlin. Wir wollen den Spruch ergänzen: Laßt uns für die Jugend arbeiten, damit sie es einst besser habe, wie ihre Väter jetzt; daß sie auch in Kunstdingen nicht unvorbereitet ins Leben trete. Und in diesem Sinne sehen wir der weiteren Entwicklung der Jugendkonzerte und ihren Wirkungen in Dresden gespannt entgegen.

Zu Goldonis Gedächtnis fanden in **Dresden** zwei Veranstaltungen künstlerischer Art statt. Am Donnerstag bereiteten die Literarische Gesellschaft und Goethebund nach dem Vereinshause eine Zusammenkunft, in der Herr Baron Professor **Locella** seinen berühmten Landsmann, der am 25. Februar 1707 geboren wurde, in überaus interessanter Weise [illegible] seiner bekanntesten Lustspiele auf. Professor Locella führte [illegible] der italienischen Charakterkomödie nahe, und [illegible] Worten eine anregende Kritik. Der Vortrag verriet den Kenner, der sich aufs Sammeln verlegt, aber er ging über den Gelehrten mit [illegible] Strichen das besonders Charakteristische des Dichters [illegible] ein lebendiges Bild seiner [illegible] und [illegible] ein bemerkenswertes Stück [illegible] Zeit, die sich von veralteten Formen [illegible] Wirklichkeit mit geschärftem Auge gegenüberstellt. Das [illegible]

[illegible] in der veralteten Kultur der [illegible] und der improvisierenden Stegreifkomödie, und hier konnte Carlo Goldoni, [illegible] der großen Renaissancezeit und eben in [illegible] das italienische Lustspiel [illegible] Stegreifkomödie und [illegible] weiter. Sein Leben war ein Wandern und Durchdringen. Die Luft am Theater [illegible] und sie [illegible] die Luft am [illegible] aus dem Felde. Mit Schauspielertruppen zog Goldoni durchs Land, in Venedig versuchte sich zunächst sein Geist, und dann fand er in der Charakterkomödie [illegible] Die herrschende Commedia dell' arte, was nicht Kunstkomödie, sondern [illegible], nämlich Komödie der Harlekinaden, [illegible] und ihre vier stehenden [illegible] Masken hat Goldoni [illegible] immer [illegible] Seine Arbeitskraft, nach und nach 200 Stücke, einmal in einem Jahre einer [illegible] zum Trotz sogar 16 Stücke schreibend, war enorm, ein [illegible] Ziel zu erreichen. Als ihm dann schließlich der Graf Gozzi, der Verfasser des Zaubermärchens [illegible], wieder auf [illegible] aus der Gunst des Publikums verdrängte, Goldoni [illegible] Widersachern aus dem Wege. Das italienische Theater in Paris bot ihm eine Zuflucht und Arbeitsstätte, und [illegible] Jahre hindurch konnte er noch an der Seine als Dichter und Sprachlehrer wirken. Er hat dort noch seine vor allem berühmte Komödie Der gutmütige Polterer geschrieben. Die ersten Jahre der Revolution erlebte er noch und die Umwälzung traf ihn wirtschaftlich hart. Sein Ruhm hat bei dem [illegible] der Zeit einen guten Klang. [illegible] Schlegel begriffen, [illegible] beachtenswert [illegible] nannte ihn den [illegible] Er war eine [illegible] ein Mensch, [illegible] [illegible] in der Erinnerung [illegible] [illegible] Ausland [illegible] [illegible] wurde [illegible] ist, bis das [illegible] — [illegible]

[illegible] des zu Ende gehenden vergangenen Jahrhunderts [illegible] und [illegible] — zu Feier des Dichters aufführte. Mirandolina wie Der Diener zweier Herren gehören zu seinen [illegible] Stücken, die der Dichter, ein [illegible] Gegnern im Publikum [illegible] Wort entziehend, in einem einzigen Jahre — 1751 — neu auf die Bühne brachte. Wir [illegible] natürlich die Stücke nicht mehr in ihrer ganzen Breite auf der Bühne [illegible]. Es kommt darauf an, die Gestalten, die Goldoni vor [illegible] gesehen, ungebrochen vor die Augen zu bringen. In dem einen Fall die Mirandolina, die lachende Verkörperung der [illegible], die ihre Macht über den Mann kennt und genießt, [illegible] an dem schwierigen Exempel [illegible] Weiberfeind in sein [illegible] Selbstverkennung seiner [illegible] zu [illegible]. In dem andern Falle der Truffaldino, der wundervolle Vorfahr des Figaro, der in direkter Linie von der Familie Harlekin abstammt und von dem man dann [illegible] Blutstropfen [illegible], ein Knirps, leicht wie der Wind, ebenso [illegible] mit [illegible], der in allem Treiben recht wie ein freier Mensch [illegible] und mit seiner [illegible] in [illegible] und einer [illegible] den [illegible] und nach dem Grundsatz „[illegible]" eine [illegible] Lüge, das [illegible] die Ballen liegen, auf die andere [illegible]. Während in dem [illegible] zu interessieren vermochten, [illegible] auf ein Minimum herab; [illegible] Truffaldino [illegible] jeden Augenblick lachend zu nehmen, wie [illegible] [illegible] hat ein [illegible], das nur in [illegible] zu werden und [illegible] ganz sicher zu sein. [illegible] [illegible] und dem [illegible] so [illegible] gar so [illegible], als daß sie auch [illegible]

Eine der ungeschminkten Wahrheit entsprechende Aufklärung des Falles erscheint dringend nötig. Die Eltern haben die Ausgrabung ihres bereits beerdigten Sohnes und nähere Untersuchung der Ursachen der Kopfwunde verlangt. Heute dürfte über dieses Verlangen entschieden werden, dessen Erfüllung wir nach Lage der Sache für ganz selbstverständlich halten.

Kinderspielplatz in Naußlitz.

Der Rat beschloß in der letzten Sitzung, auf dem städtischen Flurstücke 41 d an der Weißenburgerstraße in Vorstadt Naußlitz einen Spielplatz für die Vorstädte Naußlitz und Wölfnitz einzurichten, er bewilligte dazu 5550 M. aus Sparkassenüberschüssen des Jahres 1906.

Selbstmord.

Der verheiratete Bureauassistent G. stürzte sich unterhalb der Marienbrücke in die Elbe und wurde in der Nähe von Onkel Toms Hütte als Leiche aus der Elbe gezogen. Der Beamte war am Tage vorher bis Tharandt gefahren, dort wieder umgekehrt, nach Freital und Kemnitz, sowie dann nach Dresden zurückgegangen. Wenige Tage vor dem Tode begab er sich aus eigener Entschließung nach der städtischen Heil- und Pflegeanstalt, verließ diese aber wieder und irrte umher. Der Mann war offenbar geisteskrank.

Die Exprinzessin Luise,

oder die Gräfin Montignoso, wie sie jetzt heißt, hat einen Automobilunfall in Florenz, ihrem Wohnsitz, erlitten. Die Sache scheint nicht schlimm zu sein, den bürgerlichen Zeitungen aber bietet sie willkommenen Stoff zu aufregenden Notizen.

Zur Lohnbewegung der Dresdner Anwaltsangestellten.

Seit über Jahresfrist wird von diesen Angestellten eine Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen gesucht, die, wie eine Enquête der Angestellten und auch eine der Rechtsanwälte ergeben hat, vieles, besonders in der Entlohnung der Angestellten, zu wünschen übrig läßt. Trotzdem hat seinerzeit der Dresdner Anwaltverein eine tarifliche Regelung der sozialen Lage der Angestellten abgelehnt. Neuerdings hat sich aber, wie es scheint, der Anwaltverein doch veranlaßt gesehen, durch gewisse „Gehaltsnormen“ den Wünschen der Angestellten entgegenzukommen. Wie uns nun aus den Kreisen der Angestellten mitgeteilt wird, sollen diese Gehaltsnormen keine Verbesserungen enthalten, sondern der alte Zustand soll nach den Beschlüssen des Anwaltvereins bestehen bleiben. Ja, in gewissen Punkten seien sogar noch Verschlechterungen zu erwarten, wenn diese Beschlüsse zur Ausführung gelangen. Die hiesige Ortsgruppe des Zentralvereins der Bureauangestellten Deutschlands hat daher gegen diese Auffassung des Anwaltvereins Stellung genommen und für Mittwoch den 6. März, abends 8 Uhr, ins Odeum, Carusstraße 3, eine große öffentliche Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Die wirtschaftlichen Kämpfe der Bureauangestellten in den letzten Jahren und die „Gehaltsnormen“ des Dresdner Anwaltvereins. — Die genossenschaftlichen Vereinigungen der Anwaltsangestellten wie auch der Vorstand der Anwaltskammer und die Kommission des Anwaltvereins sind schriftlich zu dieser Versammlung eingeladen worden.

Die zweite große Milchhygienische Ausstellung

veranstaltet der Verband deutscher Milchhändler-Vereine (Sitz: Berlin) anläßlich seines 6. Verbandstages vom 24. bis einschließlich 29. August 1907 im städtischen Ausstellungs-Palast zu Dresden. Der Verband hat sich die Aufgabe gestellt, die als eine Frage von größter Wichtigkeit erkannte Milchversorgung der Städte fortgesetzt in hygienischer Weise zu verbessern und erstrebt zur Erreichung dieses Zieles die nötige fach- und sachgemäße Ausbildung des Milchhändlerstandes. Die Ausstellung soll die Aufgabe übernehmen, indem sie sowohl die Fachleute, als auch die milchkonsumierende Bevölkerung mit allen Errungenschaften der Neuzeit auf dem Gebiete der hygienischen Milchversorgung vertraut macht und in anschaulicher Weise lehrt, wie die technischen und hygienischen Hilfsmittel angewendet werden müssen, um eine einwandfreie Milchversorgung zu bewirken.

Eine Messerstecherei,

die den Tod eines Menschen zur Folge hatte, leisteten sich zwei Rowdys in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend auf der Schäferstraße. Ein Krankenpfleger des Friedrichstädter Krankenhauses wurde von zwei Strolchen angerempelt und beleidigt. Als sich der Krankenpfleger das Benehmen verbat, kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf er einen Messerstich in die rechte Schläfe erhielt, der ihn schwer verletzte. Kameraden fanden den Getroffenen blutüberströmt am Boden liegend und schafften ihn ins nahe gelegene Krankenhaus. Der Verletzte steht im 28. Lebensjahre und ist unverheiratet. Er ist im Krankenhause an den Folgen des Stiches gestorben. Die Täter sind verhaftet worden.

Der Viktoria-Salon

bietet in diesem Monat ein recht abwechslungsreiches Programm. Die [illegible] Araber-truppe Ben-Ali war zwar schon in Dresden, man sieht sie in ihren schwierigen und graziösen Darbietungen und den kühnen, gewagten Sprüngen aber gern wieder. Eine aus 7 Personen bestehende Japaner-Familie bestätigt aufs neue den guten Ruf der Artisten der gelben Rasse. Ein aus drei weißen Damen und drei Negern bestehendes Gesangs- und Tanz-Sextett bietet besonders auf dem Gebiet grotesken Tanzes Sehenswertes. Tristwell ist die Dressur einer Bulldogge, die mit der Darstellung bekannter Persönlichkeiten dem Fache der Verwandlungskünstler Konkurrenz bieten kann. Ein Kunstradfahrer bringt mit einem Luftsprung auf dem Rade während der Fahrt wohl den Rekord der Waghalsigkeiten und auch der Kunstschütze kann als tüchtiger Vertreter seines Genres gelten. Das Soubrettenfach ist durch eine leidliche Sängerin vertreten, der Humor durch den Tanzgrotesken Artur Jacke.

Außerdem tritt auch eine spanische Tänzerin nach Art der Tortajada auf. Der Kinematograph zeigt als Neuestes u. a. den Untergang des Dampfers Berlin.

Der Unternehmerverband der Holzindustrie

hat dem Holzarbeiterverband einen neuen Vertragsentwurf unterbreitet, der gegen den alten eine erhebliche Verschlechterung bedeutet. Die Holzarbeiter werden in einer Versammlung am 11. März zu dieser neuen Provokation Stellung nehmen.

Das Dresdner Krematorium

soll auf Tolkewitzer Flur errichtet werden. Der Rat hat bereits wegen Ankaufs des nötigen Landes mit der Gemeinde Tolkewitz ein Abkommen getroffen, das nur noch der Bestätigung durch die Stadtverordneten bedarf.

Eine Unterkunftshalle für Straßenbahnpassagiere

will der Rat auf dem Georgplatze errichten. Das Häuschen soll zugleich zwei Abteilungen zum Aufenthalt für Straßenbahner und zur Aufbewahrung von Geräten enthalten.

Ueber die Ausweisung russischer Studenten aus Dresden

wird gemeldet:

„Die Untersuchungen der Dresdner Polizei gegen hier wohnende Russen wegen deren Betätigung zugunsten der Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl sind insofern zu einem Abschlusse gekommen, als nunmehr insgesamt acht Russen, darunter sechs russischen Studenten, der Ausweisungsbefehl zugestellt worden ist. Wahlschlepperdienste für die Sozialdemokratie haben nur zwei Russen, keine Studenten, sondern ein jugendlicher Dr. phil. und sein Freund geleistet. Die sechs Studenten, denen gleichfalls der Ausweisungsbefehl zuging, haben dagegen nur ihre Sympathien den Sozialdemokraten in einer Weise zu erkennen gegeben, daß das Land, in dem sie Gastrechte genießen, derartiges nicht dulden kann. Bis zur Stunde ist noch keiner der Ausweisungsbefehle rechtskräftig geworden. Den Betroffenen steht bekanntlich der Rekurs an die Kreishauptmannschaft offen und dagegen kann auch noch Beschwerde beim Ministerium des Innern erhoben werden. Daß die Ausgewiesenen erst alle Wege beschreiten, ehe der Befehl Rechtskraft erlangt, ist leicht denkbar. So weit sich die Sachlage beurteilen läßt, dürften voraussichtlich zwei Ausweisungsbefehle zurückgezogen werden, so daß dann vier russische Studenten und die beiden anderen Russen, die Wahlschlepperdienste leisteten, von der Maßregel endgültig betroffen würden. Was die Angelegenheit einiger Russinnen anlangt, die ebenfalls mit ihrer Sympathie für die Sozialdemokratie nicht hinter dem Berge gehalten haben, so ist zu berichten, daß sie es bisher noch verstanden haben, sich dem „Auge des Gesetzes“ zu entziehen.“

So gibt die von uns bereits gebrandmarkte Ausländerhetze den bürgerlichen Zeitungen auch noch Stoff zu einem derartigen würde- und sinnlosen Geplärre. „Nationale“ Studenten und die „nationale“ Presse sind einander würdig.

Entgegnung.

Herr Bäckermeister Schröder, Flemmingstraße 16, schreibt uns mit dem Ersuchen um Abdruck: „In dem in Nummer 46 der Sächs. Arbeiter-Zeitung in bezug auf meine Person enthaltenen Artikel, teile ich der Ordnung halber folgendes mit: Von den in Frage kommenden drei Gesellen wurde behauptet, daß ich Gesellen beschäftige, was aber nicht der Fall ist. Trotzdem dies den Gesellen mehrere Male von mir und auch von meiner Frau gesagt wurde, weigerten sie sich, das Haus zu verlassen. Um Gewalttätigkeiten zu vermeiden, verbat ich ihnen hierauf dreimal das Haus. Als sie noch immer keine Anstalten zum Gehen machten, wurde ich ärgerlich und versuchte den einen der Gesellen hinauszuschieben, wobei ich ausrief: „Ihr Faulenzer wollt bloß die Gesellen aufhetzen, macht daß Ihr fortkommt!“ Ein Wort wie „Ihr roten Hunde“ zu gebrauchen, ist mir nicht in den Sinn gekommen.“

Aus den Vororten.

Niederhäslich. Morgen Dienstag den 5. März, abends 8 Uhr, findet im Sitzungssaale des Rathauses öffentliche Gemeinderatssitzung statt. Die Tagesordnung ist durch Anschlag an den Plakattafeln bekannt gemacht.

Versammlungskalender für Dienstag.

Metallarbeiter. Abends 9 Uhr zwei Versammlungen: im Gasthof zu Pieschen, Torgauerstraße, und im Sächsischen Prinz, Schandauerstraße.

Holzarbeiter. Abends 8 Uhr Familienabend in den Blumensälen.

Hutarbeiter u. -Arbeiterinnen. Abends 8 Uhr Familienabend im Trianon.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. Abends 9½ Uhr Außerordentliche Generalversammlung im großen Saale des Volkshauses, Ritzenbergstraße.

8. Kreis, Gruppe Mügeln-Dohna. Abends 8½ Uhr Lichtbilder-Vortrag im Alten Gasthof zu Mügeln.

Tapezierer-Versammlung im Volkshaus, Ritzenbergstraße 13, I.

Gerichts-Zeitung.

Schöffengericht.

„Der Schrecken des Verkehrs“ ist nach der Ansicht vieler Radfahrer, der meisten Droschkenkutscher und einer ganzen Reihe Chauffeure der Gendarm Böring vom 5. Bezirk. Daß diese Bezeichnung einen Schein von Berechtigung hat, wollte der Oberregierungsrat Riedhammer in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht, in der sich sein Chauffeur Kehler wegen Uebertretung der verkehrspolizeilichen Vorschriften zu verantworten hatte, dartun. An und für sich hat diese Sache keinen Anspruch auf besondere Würdigung, denn ähnliches passiert ja fast täglich. Dieser spezielle Fall ist aber insoweit interessant, als bei seiner Verhandlung eine in fast allen Großstädten zu beobachtende Erscheinung zutage tritt, die der Erörterung wert erscheint. Unter der Schutzmannschaft von Berlin und anderen Städten gibt es je einen, der es als seine Spezialität betrachtet, täglich womöglich einige Fälle von Uebertretungen jener verkehrspolizeilichen Bestimmungen zur Anzeige zu bringen. — Der Gendarm Böring verhalf dem Chauffeur Kehler zu einem Strafbescheid, weil er angeblich zu schnell an einem haltenden Straßenbahnwagen vorüber fuhr. Schon früher einmal hatte er denselben Chauffeur zur Anzeige gebracht, da soll er in einer Geschwindigkeit von mehr denn 50 Kilometern gefahren sein. Ein Droschkenkutscher, der die Sache mit angesehen hatte, sagte damals im Vorbeifahren: „Da sind Sie gerade an den Richtigen gekommen, den kennen wir alle.“ Gendarm Böring scheint sich gewöhnlich etwas sehr in der Schnelligkeit zu irren. Wie sehr seine Anzeigen der tatsächlichen Unterlagen entbehren, beweisen die vielen Freisprechungen, die auf seine Anzeigen erfolgten. So auch bei dem Falle mit der Fahrgeschwindigkeit von mehr denn 50 Kilometern. Es werden aber auch oftmals Klagen über sein schroffes und ungebührliches Verhalten erhoben. Daß sie begründet erscheinen, dafür sprechen einige Zeugenaussagen, nach denen er den Chauffeur wie einen dummen Jungen angefahren haben soll und bei anderer Gelegenheit geäußert hat: „Auf Sie fahnde ich schon lange!“ Als einem seiner höheren Vorgesetzten einmal ohne Nennung seines Namens Mitteilung von einer ungerechtfertigten Anzeige gemacht wurde, soll dieser gesagt haben: „Die Anzeige ist wohl von Böring?“ Der zeigt soviel an, wie zwanzig andere.“ Auch in diesem Falle erkannte das Gericht auf Freisprechung, weil nicht erwiesen ist, daß der Chauffeur zu schnell gefahren ist. Zwischen den Aussagen des Gendarmen und denen der übrigen Zeugen ergaben sich Widersprüche. Die Glaubwürdigkeit des Gendarmen Böring aber sei erschüttert durch frühere Anzeigen mit ähnlichem Ausgange.

Militärgericht.

-t. **Aus einer kleinen Garnison.** Interessante Momente lieferte eine Berufungsverhandlung vor dem hiesigen Militärgericht. Der Kanonier Sparmann vom 28. Feld-Artillerie-Regiment zu Pirna hatte gegen eine ihm vom Standgericht des Regiments auferlegte Strafe von 10 Tagen mittleren Arrests Berufung eingelegt. Der ganze Verlauf der Verhandlung zeigte ein trübes Bild von den Leiden eines Soldaten, dem seine Vorgesetzten nicht „grün“ sind. Der Mann war im ersten Dienstjahre vollständig straffrei geblieben, aber seit dem Manöver war's mit der guten Führung merkwürdigerweise vorbei, so daß er des öfteren mit der „Lode“ Bekanntschaft machte. Er führt dies auf Schikanen seiner Vorgesetzten, Sergeant Naumann und Wachtmeister Hoffmann, zurück; die beiden hätten ihm bei jeder Gelegenheit gemeldet. Sparmann sah sich einmal genötigt, gegen den Wachtmeister Strafantrag wegen Mißhandlung zu stellen. Wir haben vor einiger Zeit über den Vorgang berichtet und wollen ihn nur kurz rekapitulieren. Sparmann konnte vom Wachtmeister trotz wiederholter Bemühungen seine Löhnung nicht erhalten; er traf ihn fast nie an. Als aber eines Tages der Wachtmeister im Regimentsbureau vom jetzigen Angeklagten nochmals um Herausgabe der Löhnung angesprochen wurde, entgegnete ihm der Vorgesetzte: „Hund, mach' daß du herauskommst!“ Als Sparmann nicht gleich ging, warf der Wachtmeister den Soldaten hinaus, daß er an die gegenüberliegende Korridorwand flog. Dafür erhielt der Wachtmeister 10 Tage gelinden Arrest. Seit dieser Zeit scheinen sich aber die Verhältnisse für Sparmann in bedenklicher Weise zugespitzt zu haben. Als ihm dann sogar vom Batteriechef eine Versetzung in die Arbeiter-Abteilung angedroht wurde, wagte der Soldat das Letzte und bat seinen Hauptmann am 14. Januar um Versetzung in ein anderes Regiment. „Warum wollen Sie versetzt werden?“ — „Weil mir der Dienst von meinen Vorgesetzten zu sehr erschwert wird und weil der Herr Hauptmann sich geäußert hat, mich in die Arbeiter-Abteilung zu bringen!“ Der Hauptmann machte den Gesuchsteller darauf aufmerksam, daß er, falls er sich beschweren wollte, den Instanzenweg nicht eingehalten habe. Wenn er sich über ihn (den Hauptmann) beschweren wolle, müsse er sich an den Oberleutnant wenden. Sparmann antwortete, daß er sich nicht beschweren, sondern nur ein Gesuch um Versetzung in ein anderes Regiment stellen wolle. Drei Tage später, am 17. Januar, wurde Sparmann ins Regimentsbureau beordert und ihm vom Hauptmann eröffnet, daß sein Gesuch wegen ungenügender Begründung abgelehnt worden sei. Hierbei fragte er ihn nochmals, ob er sich beschweren wolle. Der Soldat glaubte nun, eine Beschwerde zur Begründung seines Gesuchs anbringen zu müssen, und da er um jeden Preis von seinen augenblicklichen Vorgesetzten befreit sein wollte, antwortete er: „Jawohl, ich will mich über den Herrn Hauptmann beschweren!“ Außerdem nannte er noch den Sergeanten Naumann und den Wachtmeister Hoffmann. Darauf meldete der Hauptmann den Soldaten wegen unvorschriftsmäßigen Beschreitens des Beschwerdeweges. Das Standgericht in Pirna erkannte gegen den Angeklagten auf 10 Tage Mittelarrest. In der Berufung am Sonnabend gab der Angeklagte an, daß er den Beschwerdeweg genau kenne und auch gelegentlich der damaligen Anzeige gegen den Wachtmeister Hoffmann eingehalten habe. Er sei der Meinung gewesen, das abgelehnte Gesuch mit einer Beschwerde begründen zu müssen. Der Gerichtshof war auch der Ansicht und ebenso — eine Seltenheit — der öffentliche Ankläger, der eine Verteidigungsrede für den Soldaten hielt. Der Angeklagte habe, um den Schikanen zu entgehen, seine Versetzung beantragt; man könne kaum annehmen, daß er eine unvorschriftsmäßige Meldung, die doch wieder eine Bestrafung nach sich ziehen mußte, gemacht habe. Es scheine vielmehr ein Mißverständnis vorzuliegen. Der Gerichtshof fällte darauf ein freisprechendes Urteil.

---

spielerin kennte, das man sich von der alles verheerenden Mirandolina rauben darf. Aber man kam darüber ziemlich schnell hinweg: Frau Salbach traf das Natürlich-Weibliche glücklich genug und gab ein treffliches Zusammenspiel mit dem weiberfeindlichen, junggesellenhaft-unwirschen Baron des Herrn Mehnert, der ihr aber in der individuellen Färbung überlegen war. Herr Müller stellte einen fabelhaften, gravitätischen, [illegible] Kavalier auf die Bühne, in dem Goldoni ein Stück Simplizissimussatire gab, das also anderthalb Jahrhundert alt ist. Die gesellschaftssatirische Ader Goldonis, in diesem Falle gegen den nichtstuerischen Adel gerichtet, tritt in Mirandolina sehr deutlich hervor. Das Truffaldinomotiv schaut mit leichterer Lustigkeit in die bürgerliche Familienwelt hinein, vornehmlich aber lehrt es, wie stark Goldonis Gefühl für die venetianische Volksart der breiten Masse war: im Truffaldino brach es sich gleichsam künstlerisch Bahn. Herr Gebühr, der schon im ersten Stück als Diener Pirro wirkungsvoll-humoristisch auffiel, spielte den Truffaldino mit Lust. Er hat sichtlich ein anerkennenswertes Talent, treuherzig in Blick und Ton zu schwindeln. Der Humor dieses Künstlers geht nicht ins Groteske und meidet mit Feinheit alles, was nicht aus menschlicher Wirklichkeit unmittelbar entspringt. Er ist auf rechtem Wege. Der Florindo des Herrn Decarli war vornehmlich ein artiger Anblick.

ted.

Musikhaus. [Sonatenabend von Percy Sherwood (Klavier) und Johannes Smith (Violoncello).] Drei Sonaten. Wenn trotzdem eine ermüdende Gleichförmigkeit vermieden wurde, ist es der Auswahl und Folge der Werke zu danken, die in ihrem Gesamtcharakter starke und ausgesprochene Gegensätzlichkeit zum Ausdruck brachten. Die Felix Draeseke-Sonate D-Dur op. 51 gleichmäßig kühl, „akademisch“. Alles Rohe, jede Härte wird vermieden; leidenschaftslose Themen, deren jede Ausarbeitung ein Genuss ist; keine scharfe Ausprägung besonderer Stimmungswerte. „Piano“ Musik. Hans Pfitzners Sonate, Fis-Moll, op. 1 ist kraftvoller bewegt. Stimmungsreichtum und Stimmung [illegible] dominieren. Das charakteristische der Instrumente wird betont, keines ordnet sich dem andern unter, beide behaupten ihre volle Selbständigkeit. Eine glückliche Ehe, die trotz lieber Klangdifferenzen ein fröhliches Spiel ist. Von der dritten Sonate (Jean Louis Nicodé, Sonate G-Dur op. 23) hätten wir nur den ersten Satz. Nach ihm zu urteilen, ist Nicodé ein geistvoller Herr. Sanft aber mit Nachdruck. Wahrscheinlich bleibt er an Wert hinter Draeseke und Pfitzner ein gutes Stück zurück. Den beiden ausführenden Künstlern wurde wohlverdienter Beifall gespendet. Alles Virtuosenhafte, Wunderkunststückchen, wurden von beiden vermieden. Bei Smith eine leise Abneigung, das Auge sanft und fest zu geben. Aber sonst: ernsthafte und gewissenhafte Arbeit, wofür man unter Umständen auch dankbar sein kann.

dö.

Dresdner Kunstchronik. [Theater.] Wochenplan der Königlichen Hoftheater. Opernhaus. Montag: Die Walküre (6½). Dienstag: Figaros Hochzeit. Susanna: Frau Bopp-Glaser a. G. (7). Mittwoch: Die Regimentstochter (7½). Donnerstag: Konzert der Dreyßigschen Singakademie: Samson-Oratorium von Händel (7). Freitag: Fünftes Sinfonie-Konzert, Serie B. Solistische Mitwirkung: Herr Backhaus (Klavier) (7). Sonnabend: Siegfried (6). Sonntag: Die Afrikanerin (7). Montag: Götterdämmerung (6). — Schauspielhaus. Montag: Wallensteins Tod (6½). Dienstag: 1. Gastspiel Desprès: Phèdre (7½). Mittwoch: 2. Gastspiel Desprès: La maison de poupée (Nora) (7). Donnerstag: Für die Mittwochs-Abonnenten des 6. März: Ein idealer Gatte (7½). Freitag: Mirandolina. Der Diener zweier Herren (7½). Sonnabend: Zum erstenmal: Adam Afper. Hauptmann Blomet (7½). Sonntag: Adam Afper. Hauptmann Blomet (7½). Montag: Mirandolina. Der Diener zweier Herren (7½).

Im Königlichen Opernhause wird im Laufe des Monats April die Oper Eugen Onegin von Tschaikowsky zum erstenmal gegeben. Das Werk wird schon seit längerer Zeit vorbereitet, hat aber wegen Beurlaubung des Herrn Burrian noch nicht aufgeführt werden können.

Für das Gastspiel der Madame Desprès im Königlichen Schauspielhause am 5. und 6. März gelten folgende Eintrittspreise: 1. Rang: Balkon und Amphitheater 1. und 2. Reihe 10 M., Balkon und Amphitheater 3. und 4. Reihe 8 M., Logen Nr. 1, 2, 3, 4 8 M.; 2. Rang: Mittelbalkon und Seitenbalkon 7 M., Mittelgalerie 6 M., Seitengalerie 5 M., Sitz- und Stehgalerie 1 M.; 3. Rang: Balkon 4 M., Mittelgalerie 1. bis 3. Reihe 3 M., Mittelgalerie 4. bis 6. Reihe 2 M. 50 Pf., Seitengalerie 1 M. 50 Pf., Stehplätze 1 M. Orchestersitze 12 M., 1. Parkett 10 M., Mittelparkett 8 M., 2. Parkett 6 M., Parkett- und Proszeniumsloge 12 M.

[Bildende Künste.] Das Kunstgewerbemuseum wird Montag den 4. März in seinen alten Räumen am Antonsplatz für immer geschlossen. Die Museumsleitung hofft, im Frühling und Sommer den Umzug bewerkstelligen und das Museum Anfang Oktober in dem Neubau an der Güntzstraße eröffnen zu können.

Zum ordentlichen Professor an unserer Technischen Hochschule an Stelle des verstorbenen Professors Weißbach wurde soeben Baurat Kurt Diestel ernannt mit dem Lehrauftrag für antike Baukunst, Einrichtung öffentlicher Gebäude und künstlerische Perspektive.

Sonnabend den 9. März, abends 8 Uhr, spricht im Auftrage der Gehestiftung im großen Saale des Vereinshauses, Zinzendorfstraße, Herr Geheimer Hofrat Professor Engels (Dresden) über die Natur des Wassers.

Arbeiter-Sängerbund für Dresden und Umgegend. Der A capella-Abend am Sonnabend im Trianon hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Der Bericht über das schön verlaufene Konzert folgt morgen.

Vereine und Vorträge. Am Mittwoch den 6. d. M. veranstaltet die Gesellschaft für ärztliche Aufklärung im Logenhaus, Ostraallee 3, einen Diskussionsabend, an welchem unter anderen ein Bericht über Experimentelle Harnuntersuchungen einen Vortrag halten wird. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. Beginn abends 8½ Uhr.

Kleine Mitteilungen. Die Einweihungsfeierlichkeiten des Carnegie-Instituts in Pittsburg beginnen am 11. April und sind auf drei Tage festgesetzt. Das Institut, das Andrew Carnegie mit einem Kostenaufwand von mehr als 24 Mill. Mark errichtet hat, umfaßt vier Abteilungen für schöne Künste, ein geschichtliches Museum, eine öffentliche Bibliothek und einen Konzertsaal. In besonderen Gebäuden sind noch die technischen Lehranstalten untergebracht; mit diesen zusammen besitzt die ganze Stiftung einen Wert von 100 Mill. Mark.

Der Professor der Physiologie Orchau in Paris hat eine Vorrichtung erfunden, womit, wie es heißt, die Anwesenheit kleinster Mengen schlagender Wetter in der Luft bis zu einem halben Hundertstel festgestellt werden kann.

Literarische Umschau. [Notizen und Anzeigen.] Im Märzheft der Neuen Rundschau (S. Fischer, Verlag, Berlin) spricht Hugo von Hofmannsthal über den Dichter und diese Zeit; er legt die Bedingungen des dichterischen Schaffens dar und analysiert die Wünsche des modernen Lesers. Alfred Kerr berichtet über eine Reihe moderner Lustspiele, wobei besonders Bernard Shaw eine ausführliche Würdigung erfährt. Felix Poppenberg läßt sich über eine Reihe neu erschienener Romane und Novellen aus. Albrecht Wirth erörtert die Lage unserer Kolonien, Karl Jentsch den Ausfall der Wahlen, Friedrich Glaser die Frage der Geldnot. Die belletristischen Beiträge des Heftes bestehen in dem Roman der Helene Böhlau Das Haus zur Flamm, einer humoristischen Reiseerzählung von Joh. V. Jensen, einer Novelle aus dem Japanischen von Otto Runge und Gedichten von Max Dauthendey. Eine Reihe von Briefen des englischen Dichters Keats, die über das künstlerische Schaffen wunderbare Aufschlüsse geben, werden hier zum ersten Mal deutsch veröffentlicht.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070304/7
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft

Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen.

H. F. **Berlin**, 2. März 1907.

In der heutigen zweiten und letzten Sitzung bildete den ersten Gegenstand der Tagesordnung das Wahlrecht der Arbeiterin. Die Berichterstatter, Fräulein Dr. Bernhard-Berlin, Frau Dr. Jaffé v. Richthofen-Heidelberg und Professor Dr. Harms-Jena, legten ihren Ausführungen folgende Erklärung zugrunde: „Die Konferenz fordert zur Sicherung und Hebung der Rechtslage der Arbeiterinnen: 1. bei den Krankenkassen, daß bei der bevorstehenden Reform der Versicherungs-Gesetzgebung die Selbstverwaltung der Krankenkassen ihrer kulturfördernden Wirkung wegen in vollem Umfange aufrecht erhalten bleibt, und daß bei den beiden anderen Versicherungszweigen gleiche Rechte für Arbeiter und Arbeiterinnen vorgesehen werden; 2. bei den Gewerbegerichten, daß den Arbeiterinnen das aktive und passive Wahlrecht anerkannt wird nach Maßgabe der den Arbeitern zustehenden Rechte; 3. bei den Arbeitskammern: a) die baldige Einrichtung von gesetzlichen Interessenvertretungen für die lohnarbeitenden Klassen. Diese Interessenvertretungen (Arbeitskammern) sollen sich aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Zahl zusammensetzen; b) daß den Arbeiterinnen für die Arbeitskammern auf der Basis voller Gleichberechtigung mit den Arbeitern das aktive und passive Wahlrecht eingeräumt wird; c) daß die Arbeitskammern als selbständige Organisationen ins Leben gerufen werden, da — von anderen Gründen abgesehen — beim Anschluß an die Gewerbegerichte das Wahlrecht der Frauen nach den zurzeit herrschenden Auffassungen nicht durchführbar wäre.

Frau Dr. Jaffé von Richthofen führte in längerer Rede aus: Während es bei den Gewerbegerichten heiße: „Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, die als Schöffen gewählt werden können", heiße es bei den Kaufmannsgerichten ausdrücklich: „Frauen sind vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. (Heiterkeit.) Es gebe eine so große Anzahl Frauen, die gezwungen seien, selbständig den Kampf ums Dasein zu führen, daß es eine arge Ungerechtigkeit, ja Rückständigkeit sei, daß man Frauen noch als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt. Es sei zu hoffen, daß in dieser Beziehung sehr bald eine Änderung eintreten werde. (Lebhafter Beifall.)

In der Besprechung bezeichnete es Frau Lily Braun als notwendig, die Landarbeiterinnen und Dienstmädchen in die Gewerbegerichte einzubeziehen. Charakteristisch sei es, daß in einem Bericht im Tag es so dargestellt werde, als habe noch niemals vorher eine Arbeiterinnen-Konferenz stattgefunden. — Fräulein Dr. Alice Salomon-Berlin: [illegible], daß eine Arbeiterinnen-Konferenz, in der alle Richtungen zu Worte kommen, bisher noch nicht stattgefunden habe. Auf den [illegible] Frauenkonferenzen seien doch immer nur Sozialdemokratinnen zu Worte gekommen. — Frau Lily Braun: Die sozialdemokratischen Arbeiterinnen-Konferenzen hatten jedenfalls den Vorzug, daß es wirkliche Arbeiterinnen-Konferenzen waren; eine Arbeiterinnen-Konferenz könne aber diese Konferenz kaum genannt werden. (Lebhaftes Oho!)

Frau Delbeck-Berlin: Sie wolle darauf hinweisen, daß man den Frauen alle Pflichten auferlege, ihnen aber keinerlei Rechte gewähre. Die Männer seien vielfach im Unrecht, wenn es gelingen werde, die Männer zu bessern, dann werde es auch den Frauen besser gehen. (Lebhafter Beifall.) — Frau Kaltenborn-[illegible]: Eine sehr große Anzahl Arbeiterinnen wisse gar nicht, daß ihnen das Wahlrecht zu den Krankenkassen zustehe. Die Rechtlosigkeit erkläre den Arbeiterinnen so selbstverständlich, daß sie es gar nicht fassen können, daß sie noch ein Recht haben. — Sie halte es für notwendig, zunächst für Aufklärung und dafür zu sorgen, daß die Arbeiterinnen von dem ihnen zustehenden Wahlrecht den richtigen Gebrauch machen, ehe man neue Rechte fordere. Wenn die Forderung laut werde, daß dem Wahlrecht der Arbeiterinnen [illegible] Bezeichnung anhafte, dann werde sie [illegible], daß Wahlrecht der Arbeiterinnen in entsprechender Weise zu erweitern.

Prof. Dr. Harms-Jena befürwortete im Schlußwort nochmals seinen Antrag bezüglich der Arbeitskammern. Der Staat müsse die Arbeitgeber zwingen, mit den Arbeitern zusammen zu verhandeln; nur dadurch werde es möglich sein, den sozialen Frieden herbeizuführen. (Beifall.) — Nach nochmaliger Erörterung gelangte die vorstehend mitgeteilte Erklärung das Wahlrecht der Arbeiterin betreffend zur Annahme. Zu dem Verhandlungsthema: Frau Gerber-Würzburg über die Fabrikarbeiterin als Hausfrau und Mutter. Die Referentin befürwortete eine längere Erklärung, in der es heißt: Die gesundheitsschädlichen Einflüsse, welche für die Arbeiterinnen, die als Arbeiterinnen im Fabrikbetrieb bestehen, wirken in erhöhtem Maße ungünstig auf die schwangere Frau und auf das werdende Kind. Zu diesen ungünstigen Vorbedingungen tritt der Umstand, daß der Säugling infolge der baldigen Wiederaufnahme der Arbeit der Mutter der Brustmilch entbehren und sich mit minderwertigen Surrogaten begnügen muß. Die starke Beteiligung der Frau an der Fabrikarbeit unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen führt ferner dahin, daß sie ihren Hausfrauenpflichten, sowie ihren Aufgaben als Mutter der heranwachsenden Jugend gegenüber nicht genügend nachkommen kann. Die Nachteile berechtigen nicht zu dem Versuche, die verheiratete Frau und Mutter aus der Fabrik auszuschließen, da es in den überwiegenden Fällen die wirtschaftliche Not ist, welche die Frauen zur Gewerbsarbeit drängt. Zur Verminderung der allseitig anerkannten Schäden fordert die Konferenz: 1. ausgedehnte Schutzmaßnahmen für die Schwangeren und Wöchnerinnen; 2. direkte und indirekte Maßnahmen, welche der Fabrikarbeit die Verbindung von Beruf, Hausfrauenpflichten und Mutterschaft erleichtern. Im weiteren wird in der Erklärung die Einführung einer staatlichen Mutterschaftsversicherung gefordert.

Die Leistungen der Mutterschaftsversicherung sollen bestehen in a) Unterstützung auf 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung bei gesetzlicher Arbeitsruhe und bei Ersatz des Lohnbetrages, von dem die Beiträge gezahlt werden, in voller Höhe für weibliche Mitglieder, für weibliche Angehörige in Höhe des ortsüblichen Lohnes erwachsener weiblicher Personen; b) freier Gewährung der Hebammendienste und der ärztlichen Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden; c) Gewährung freier Hauspflege im Bedarfsfalle nach Ermessen des Kassenvorstandes; d) Gewährung von Stillprämien in Höhe von 25 M. an stillende Mütter, welche nach 3 Monaten noch stillen und von weiteren 25 M. an solche, die nach weiteren 3 Monaten noch stillen. Im weiteren wird in der Erklärung verlangt: Beschränkung der Arbeitszeit; weitere Einschränkung der Frauenarbeit in besonders gesundheitsschädlichen Betrieben, Ausbildung der jungen Mädchen in Hauswirtschaft und Kinderpflege entweder in der ersten Klasse der Volksschule oder in der obligatorischen Fortbildungsschule. Zur Erleichterung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit der beruflich arbeitenden Frau müßte eine Reihe moderner Einrichtungen auch im Arbeiterhaushalt gemacht werden. — Der Mitberichterstatter, Professor Dr. Mayer (Berlin), schloß sich der Erklärung an. Er führte aus: Es sei festgestellt, daß die künstlich ernährten Säuglinge 6 bis 7 mal mehr sterben als die an der Mutterbrust genährten. Die an der Mutterbrust genährten seien auch bedeutend gesünder, geistig bedeutend befähigter und körperlich entwickelter als die künstlich Ernährten. Leider gehe, infolge der immer weiter fortschreitenden Industrialisierung die Zahl der an der Mutterbrust Ernährten immer weiter zurück. 1885 waren es in Berlin von 1000 Säuglingen 570, 1905: 318. In einigen Industriegegenden Deutschlands werden nur noch 5 Prozent aller Säuglinge an der Mutterbrust ernährt. Derartige Erscheinungen seien vom politischen und volkswirtschaftlichen Standpunkt im höchsten Grade bedauerlich, ja in hohem Maße geeignet, die Weltmachtstellung Deutschlands zu erschüttern. Angesichts des Umstandes, daß in Deutschland jährlich 2 bis 3 Milliarden Mark für Alkohol ausgegeben werden, sei es enorm möglich, die staatliche Mutterschaftsversicherung einzuführen. (Beifall.) — Fräulein Ella Lüders (Berlin) gab der Hoffnung Ausdruck, daß für die staatliche Mutterschaftsversicherung alle Parteien des Reichstags stimmen werden. Nach sehr langer Besprechung, an der sich auch einige Arzinnen beteiligten, gelangte die Erklärung zur Annahme.

Damit erreichte die Konferenz ihren Schluß.

Neues aus aller Welt.

50 Meter Damm versunken. Der Bau der Döberitzer Heeresstraße scheint im Sacrowersee einen unergründlichen Gegner gefunden zu haben. Schon wiederholt war der in dieser sumpfigen Ausbuchtung der Havel aufgeschüttete Kiesdamm in die Tiefe gesunken. Nachdem glücklich ein 170 Meter langer Kiesdamm in dem Sacrowersee aufgeschüttet war, brachen plötzlich 50 Meter des Dammes zusammen und versanken gerade in dem Augenblick, als ein Zug von 18 Lorис ihn passierte. Sechs der kleinen Wagen und fünf italienische Arbeiter verschwanden in den eisigen Fluten. Da sofort Hilfe von Kähnen aus gebracht wurde, konnten die Arbeiter sämtlich gerettet werden, während die Loris noch im Grundschlamm liegen, der etwa eine Tiefe von 17 Metern hat.

Newyork, 3. März. Die Ortschaft Washington (Arkansas) wurde gestern durch einen Zyklon heimgesucht. Nicht ein einziges Haus ist unversehrt geblieben. Die Zahl der umgekommenen Bewohner soll bedeutend sein; bisher sind zwei Tote und mehrere Schwerverletzte aus den Trümmern hervorgezogen worden. Die Ortschaft hat 2000 Einwohner.

Newyork, 3. März. Durch eine gestern in der Kohlengrube in Holden unweit Scranton stattgefundene Explosion wurden 30 Bergarbeiter getötet oder schwer verletzt. Bis jetzt sind 4 Leichen sowie 8 Schwerverletzte zutage gefördert.

Newyork, 3. März. Die Ortschaft Washington (Arkansas) wurde gestern durch einen Zyklon heimgesucht. Nicht ein einziges Haus ist unversehrt geblieben. Die Zahl der umgekommenen Bewohner soll bedeutend sein; bisher sind zwei Tote und mehrere Schwerverletzte aus den Trümmern hervorgezogen worden. Die Ortschaft hat 2000 Einwohner.

Schiffsunfälle.

Von dem am Sonnabend vor Cuxhaven durchgekommenen Hamburger Fischdampfer Schillingsholm wird berichtet, daß zwischen ihm und dem englischen Dampfer R. A. Smith ein Zusammenstoß auf See stattgefunden habe, bei dem der englische Dampfer gesunken ist. Die Mannschaft des untergegangenen Schiffes wurde von dem Hamburger Dampfer an Bord genommen. — Der Dampfer Schillingsholm ist Sonnabend nachmittag in Hamburg eingetroffen. Dem Dampfer ist der Steven vollständig gebrochen und der Bug oberhalb der Wasserlinie völlig eingedrückt. Das Schott hat dicht gehalten, so daß der Dampfer vor dem Sinken bewahrt wurde. Die gerettete Mannschaft des englischen Dampfers berichtet, daß sie 58 Seemeilen nordwestlich von Helgoland in dichtem Nebel von dem Schillingsholm an Steuerbordseite mit solcher Heftigkeit getroffen wurden, daß das Schiff sich augenblicklich mit Wasser zu füllen begann und in kurzer Zeit sank, nachdem die Mannschaft sich in Rettungsbooten nach dem Hamburger Dampfer begeben hatte. Bald nach der Katastrophe lichtete sich der Nebel.

Am Sonntag stießen auf der Reede von Dover die beiden deutschen Dampfer Mariska und Helene zusammen. Der letztere sank, wobei 8 Mann der Besatzung ums Leben kamen. Der übrige Teil der Besatzung wurde in Dover gelandet.

Im Kanal herrscht dichter Nebel. Dem Dampfer Vaterland von der Red Star Line, der auf Goodwin Sands aufgelaufen ist und Passagiere an Bord hatte, sandte der Hafenmeister einen Schleppdampfer zur Hilfe.

Aus London wird berichtet: Sonntag abend wurde ein großer Dampfer beobachtet, der Notsignale abgab. Bald darauf landeten zwei kleine Boote mit deutschen Seeleuten, die mitteilten, daß es ein deutscher Dampfer mit einer Ladung Apfelsinen und Wein sei, der auf der Höhe von Goodwin Sands einen Zusammenstoß gehabt habe. Zwar sei der Maschinenraum dicht, doch liege das Schiff mit dem Vorderteil tief im Wasser. Der Kapitän sei mit zwei Ingenieuren und dem Rest der Besatzung in einem Boote geblieben, da man fürchte, daß der Dampfer wegsinken werde. Ein Schleppdampfer wurde zur Hilfeleistung abgesandt. In der Meldung wird der Name des Dampfers nicht genannt.

Am Sonnabend teilte der französische Marineminister Thomson im Ministerrate mit, daß der bei der Insel Ponto gestrandete Kreuzer Jean Bart auseinandergebrochen sei und verschiedene Abteilungen voll Wasser ständen. Die Besatzung werde auf den verschiedenen zur Hilfeleistung bei dem Kreuzer beschäftigten Schiffen untergebracht werden. Die Untersuchung über die Ursache der Strandung sei eingeleitet worden.

Briefkasten.

Friseure. Versammlungsbericht verspätet eingegangen, darum nicht verwendbar.

Schmiedeberg. Es bleibt dabei: Steuern zu Gemeinde-Anlagen können vom Lohne abgezogen werden.

Dresdner Theater.

Dienstag den 5. März 1907.

Opernhaus. (Altstadt.) Figaros Hochzeit. Oper in vier Akten. Musik von W. A. Mozart. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. (Neustadt.) Gastspiel Susanne Desprès: Phädre. Anfang 7½ Uhr.

Residenztheater. Die lustige Witwe. Anfang 7½ Uhr.

Zentraltheater. Husarenfieber. Lustspiel in vier Akten von Gustav Kadelburg und Richard Skowronnek. Anfang 8 Uhr.

VICTORIA-SALON.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.
Im Tunnel: Gr. Kabarett. Anf. 8 Uhr. Sonnt. 5 Uhr.

Die rationelle Ernährung gesunder Kinder bedingt eine Nahrung, welche der Muttermilch möglichst ähnlich ist. Eine solche Nahrung bietet Kufekes Kindermehl, welches nicht nur das Mißverhältnis der Bestandteile, das durch die notwendige Verdünnung der Kuhmilch entsteht, ausgleicht, sondern auch die Kuhmilch im Magen des Kindes feinflockig, der Muttermilch ähnlich, gerinnen und dadurch leichter verdaulich macht und endlich den Nährgehalt der Kuhmilch durch leicht verdauliche Eiweiß- und Mineralstoffe noch erhöht. Die mit Kufekes Kindermehl und Kuhmilch ernährten Kinder gedeihen daher auch wie Brustkinder, sind ruhig, schlafen gut, haben geregelte Verdauung und normale Zunahme des Körpergewichts.

Gardinen, Stores, Vitragen
Kein Laden! ca. 10 000 Meter 10 000 ca. Kein Laden.
Gardinen, in reichster Ausw., abgep. Fenst., das ganze Fenster 2.25
Gardinen, [illegible] 3.75
Gardinen, in Meterware, das Meter 25, 35, 60 bis 85 Pf.
Vitragen, bis 50 Prozent unter dem regulären Wert.
Portierengarnitur 2.50. Portierengarnitur, dreiteilig, 5.—
Tischdecken, [illegible], das ganze Gedeck, dreiteilig, 6.—
Plüschtischdecken [illegible], das ganze Gedeck, dreiteilig, 13.—
Steppdecken zu [illegible] billigen Preisen.
Tischdecken, [illegible], von 1.— an.
Sofabezüge, [illegible], Rips, Gobelins oder Phantasiestoff, der ganze Bezug 6.—, 7.—, 8.— bis 12.—
Sofabezüge, Plüsch, Moquette, gerecht, gewebt oder Sattelbahchen, der ganze Bezug 14.—, 17.—, 20.— bis 24.—
Teppiche, in Riesenauswahl, zu enorm billigen Preisen.
Teppiche, mit unmerklichen kleinen Farben- und Webfehlern, für die Hälfte des früheren Preises.
Starers Möbelstoff- u. Teppichlager
Portieren- und Tischdecken-Fabrik
No. 47, I. Pillnitzerstrasse No. 47, I.

Würmer
jeder Art, bei Kindern und Erwachsenen, als Maden-, Spul- und Bandwürmer, entfernt der [illegible] durch die bewährten [illegible]
Dr. Küchenmeisters Wurmpräparate.
Zur Darmreinigungskur im März für jeden Menschen [illegible]
Salomonis-Apotheke
Dresden-A., Neumarkt 8.

3 eleg. Plüsch-[illegible]garnituren, [illegible] 49, 55 und 49 M., Pillnitzerstraße 47, I. Etage.

Schönes Konfirmandenkleid 7.50 M. Einsegnungskleid 6.50 M. bei J. Arlt, [illegible], Leisnigerstr. 28.

Preisermässigung
Althee-Honig-Sirup
Chocoladen-Hering.
Da ich von jetzt ab gut erhaltene leere Sirupgläser mit 5 Pf. zurücknehme, kostet
ca. **1 Pfund** Inhalt **30 Pf.**

Frauenartikel [illegible]
Mutterspritzen etc.
Preislisten gratis. 10% Rabatt.
Richard Freisleben
nur Postplatz.

Blusen-[illegible] Abrador

Groß u. Posten
Gutgehaltene Herren-Jacketts
Stück 2 M., sowie auch gut erhaltene [illegible] Frühj.-Ueberzieher von 8–10 M., Joppen, Herren-Anzüge, Stiefel u. Hosen, groß. Posten hochmod. neue Muster-Anzüge für Herren von 18–25 M., Westen, Stück 50 Pf. zu verkaufen.
Große Brüdergasse 3, 3 Tr.
Reich. Kein Laden.

Kover, Betten u. Damenrod, mit u. ohne Anz., bill. [illegible], auch Teilzahl. **Gr. Brüderg. 15, 3.**

überall zu haben.

Sämtliche hygien. Bedarfsartikel.
Ehefrauen
wenden sich rechtzeitig an das hygienische Gummiwarenhaus Frau M. Fröhlich
[illegible]

Saalpostkarten für Vereine
empf. Verlagshaus Dresden, [illegible] 12.

Eleg. Kind.-rw., Sport-Sitz-u. [illegible]wagen, Kinderstühle, [illegible], b. j. verk. Kein Laden. Litzeng. 8, p.

Zum Senefelder
Kaulbachstrasse 16.
Werten Partei- und Gewerkschafts-genossen bringen unsere Restaurationslokalitäten u. schönen Saal in Erinnerung. E. Adam u. Frau.

10 Prozent Rabatt!!!
Kinderwagen
neueste Rohrmuster, von 20 M. an.
Kastenwagen
in neuesten Farben, von 28 M. an.
Sportwagen von 5 M. an.
Leiterwagen von 3 M. an.
Kinderstühle von 60 Pf. an.
Ruhestühle von 2 M. an.
Reisekörbe
sowie alle Korbwaren
staunend billig mit
10 Prozent Rabatt!!!
in barem Gelde.
Bernh. Göthe
Potschappel
Ecke Tharandter- u. Kirchstr.

Wurmmittel
für Erw. 50, für Kind. 30 Pf.
Bandwurmmittel
Kinder 1 M., Erwachs. 2 M.
Prompt. Versand nach auswärts gegen Einsendung von Briefmarken oder Nachnahme.
Annen-Apotheke
Ammonstr., Ecke Annenstraße [illegible]

Für Wiederverkäufer!!
Oster-Postkarten
100 Stück, farbiert, von 75 Pf. an.
Nach auswärts 20 Pf. Porto.
Verlagshaus Fr. Knauthe
Dresden-A., Röhrhofsgaff 12.

Gute [illegible], Herrenkleider, Schuhe, [illegible] **Gebler**, Schuldenstr. [illegible]

[illegible] **Kinderwagen** zu verk. **Löbtau**, Grillenburgerstr. 9, p.

Wer leiht ehrlichem Genossen 50 M. geg. Sicherh. und hohe Zinsen auf 3 Monate? Off. unt. L. P. an d. Exp. d. B.

Mutterspritzen
Sonitannen v. 1 M. an, Leibbinden und alle hygienischen **Frauenartikel.**
Preisliste gratis. 15 Proz. Rabatt.
Frau Heusinger
Am See 37.

Bruno Gottschall
Markgrafenstraße 32, I.
empf. sich zur Anfertigung eleganter **Herren-Garderobe.**
Reparaturen prompt. Solide Preise.

A. Rencker, Uhrmacher u. Optiker
Verkauf u. Reparatur
Billig. Gute
Fachkundige Bedienung
N. Sarre-Strasse

Für Maurer, Zimmerer, Steinsetzer, Schmiede, Klempner, Mechaniker, Fleischer, Maler, Kutscher, Arbeiter usw. empfehle
haltbare Arbeitskleidung
eigener Fabrikation.
Emil Hohlfeld, Ritterstr. 24

Ganze Wand voll [illegible] Leber- u. Bauernwurst, Pökel-, Rauchfleisch, Speck [illegible]

Alte Federbetten kauft Federreinigung [illegible] 12

Nähmaschine, 20 M.,
[illegible]

[illegible] 1. März [illegible] Saale des [illegible] widerrechtlich den silbernen Schal an sich genommen, wird ersucht, denselben sofort im Bureau der [illegible] (Volkshaus) abzugeben, da dieselbe erkannt worden ist.

Ehren-Erklärung.
Nehme die gegen Herrn Albin Löller ausgesprochene Beleidigung zurück. Paul Hofmann, [illegible]

Reichstag.

8. Sitzung vom Sonnabend, den 2. März 1907, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky, v. Einem, v. Stengel.

Die erste Etatsberatung wird fortgesetzt.

Abg. Schädler (Z.):

Einen Erfolg hat die Auflösung des Reichstages gehabt: Der Reichstag hat jetzt in seiner Mitte einen Oberhofmeister, einen Oberscharfmacher und einen Oberzeremonienmeister. (Heiterkeit.) Eine gute Vorbedeutung für die Erfolge der konservativ-liberalen Paarung war es, daß Herr Winckler für eine der ersten Aufgaben des Reichstags den Schutz der Arbeitswilligen, als die Neuauflage des Zuchthausgesetzes bezeichnete. (Sehr gut! im Zentrum.) Herr Dr. Semler sagte, als man ihm bei seinen Angriffen gegen uns zurief, Beweise! „Ich hab's gesagt." (Schallende Heiterkeit.) Das geht noch über Pythagoras. (Erneute Heiterkeit.) Jedenfalls ist es ein Beweis seiner persönlichen Bescheidenheit. Auch auf das Klatschen bei der Auflösung ist Herr Semler zu sprechen gekommen. Beim Klatschen auf der äußersten Linken hat er die Frauen nicht gemerkt, beim Klatschen seiner Freunde sah ich viele, die es unter der Bank taten, damit es der Präsident nicht sieht. (Stürmische Heiterkeit.) Dr. Semler hatte dem Feste seiner Partei nicht beigewohnt; seine Stimmung war also durch die Rede des Kollegen Gröber erzeugt. (Oh, oh! bei den Nationalliberalen.) Ja, es kommt in den stenographischen Bericht, und ich würde vorschlagen, daß die ganze Dehnung des Oh! hineinkommt. (Große Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Daß man einen Kulturkampf machen wolle, sagte man auch früher nicht; aber stand doch gleich nach der Auflösung in der Nationalzeitung die infame Bestechungsgeschichte von Leo XIII. Sie sehen also, Herr v. Semler! (Zurufe) — ich gönne ihm das „von" von Herzen — (Große Heiterkeit.) Sie sehen also, Herr Kollege Semler, darauf kommt es nicht an, daß man mit flammenden Worten zum Kulturkampf auffordert. (Sehr wahr! im Zentrum.) Kolonialdirektor v. Dernburg (Zurufe bei den Nationalliberalen) nun, in Ihrer nationalliberalen Presse hat ja gestanden, daß er einen italienischen Adel hat (Heiterkeit), also der Kolonialdirektor Dernburg zeigte die Phantasie eines orientalischen Märchenerzählers (Abg. Semler (natl.) ruft: Unerhörte Beleidigung!) Das haben Sie nicht zu beurteilen, Herr Kollege Semler! Dazu ist das Präsidium da. (Sehr gut! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie sich übrigens gern zu Polizeidiensten hergeben, so habe ich nichts dagegen. (Bravo! und Heiterkeit im Zentrum.) Im Dezember hatte der Kanzler zugestanden, daß der Aufstand zu Ende war, da haben wir nicht verlangt, daß vom 1. April die Schutztruppe auf 2500 Mann herabgesetzt wird, sondern wir haben Vorbereitungen verlangt, damit, wenn der Friede hergestellt ist, die Regierung nicht sagen kann, wir haben keine Vorbereitungen getroffen, um Truppen zurückzuziehen. Das Märchen, daß wir die Festsetzung der Truppen zum 1. April auf 2500 Mann verlangt haben, sollte man endlich in eine Rumpelkammer oder in ein Museum für Altertümer werfen. Der Gang der Ereignisse hat uns recht gegeben, die Unterwerfung der Bondelzwarts, die doch nicht von den Schwarzen in Berlin mit den Schwarzen in Afrika verabredet war. Der Wahlkampf ist ja jetzt herum, da kann man ja der Wahrheit ruhig die Ehre geben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit.) Wir denken nicht daran, in die Befugnisse des Kaisers einzugreifen. Es war ein Mitglied des Zentrums, Reichensperger, der zuerst die Wiederherstellung des Kaisertums forderte. Wir sehen in dem Kaiser den Hort zum Schutze des Rechts und der christlichen Ordnung. Das Eingreifen in die Befugnisse des Kaisers überlassen wir ruhig den Freunden des Herrn Reichskanzlers, der Deutschen Volkspartei, die in ihrem Programm von 1895 das kaudinische Joch der Mitwirkung des Reichstags bei Erklärung von Krieg und Frieden aufgestellt hat. (Sehr gut! im Zentrum.) — Wenn man uns wegen unserer Haltung am 13. Dezember den Vorwurf antinationaler Gesinnung macht, so liegt darin ein Bruch mit allen Traditionen des Reichstags und ein Angriff auf das Budgetrecht des Reichstags. (Sehr richtig im Zentrum.) — Das Zentrum hat die Beratung der Eisenbahnvorlage nicht verschleppt, den längsten Raum in den Kommissionsberatungen nahmen die Vorträge der Regierungsvertreter ein. Auch haben wir für die Vorlage gestimmt, nachdem einer unserer Anträge abgelehnt wurde.

Dieser Antrag ist übrigens in die neue Vorlage der Regierung aufgenommen, anscheinend als Ueberbleibsel der alten Zentrumsfreundschaft. (Heiterkeit im Zentrum.) Der Herr Reichskanzler verwahrte sich dagegen, daß man ihm einen Bruch der Verfassung zumute. Das hat niemand getan. Wohl aber sind Angriffe auf das jetzige Wahlrecht von seiten der Blockparteien erfolgt. Ich erinnere nur an den bekannten Artikel der „Hamburger Nachrichten", der von den „Leipziger Neuesten Nachrichten" ohne Kommentar abgedruckt. Auch Herr Semler hat sich gegen das geheime Wahlrecht ausgesprochen. (Hört, hört! beim Zentrum und den Sozialdemokraten.) Auch die „National-Zeitung" schrieb, das allgemeine Wahlrecht verwildere, sich selbst überlassen. Bekannt ist auch der Vorschlag des Herrn Ballin, um den Einfluß der Massen bei den Wahlen zu brechen. Das Wort des Kanzlers in allen Ehren, aber pupillarische Sicherheit bietet es auch nicht. Ich möchte wissen, wie lange der Mietskontrakt in Wilhelmstr. 77 abgeschlossen ist. (Heiterkeit.) Manchmal geht es dort sehr rasch, wie das Schicksal des zweiten und dritten Kanzlers zeigt; auf das Wort des vierten Kanzlers eine Hypothek zu nehmen, würde ich daher niemand empfehlen. Nach den Worten des Reichskanzlers muß der Beamte seine politische Ueberzeugung für die Regierung zum Opfer bringen. Dadurch wird der Beamte zum Diener der Regierung degradiert, zu ihrem Handlanger und Schildknappen, dagegen protestieren wir mit aller Entschiedenheit. (Lebhafter Beifall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Sehr würdig ist es auch nicht, wenn der höchste Beamte des Reiches den Klingelbeutel ausstreckt, um Wahlen in seinem Sinne zu machen. (Zurufe links.) Ich glaube selber, daß die Linke nicht weiß, was die Rechte gegeben hat. (Große Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Herr Liebermann von Sonnenberg will von dem Reichskanzler nichts bekommen haben, auch die Freisinnige Vereinigung nicht. Sollten vielleicht die Polen und Sozialdemokraten etwas bekommen haben? (Heiterkeit.) Es wäre doch interessant zu wissen, wo die Gelder hingekommen sind. Vielleicht läßt der Reichskanzler durch Herrn v. Zedlitz Rechenschaft darüber durch einen Artikel im „Tag" ablegen. Bei der bekannten 12 000 M.-Affäre im Reichsamt des Innern zur Förderung der Zuchthausvorlage verurteilte der Reichskanzler die Annahme des Geldes rückhaltlos. Damit hat er sein jetziges Verhalten selbst verurteilt. Damals sagte er: „Meine Herren, Sie kennen mich ja noch gar nicht". Jetzt kennen wir ihn, und zwar gründlich als einen Mann mit einem doppelten Gesicht, wie der Gott Janus bei den alten Römern. (Zustimmung im Zentrum.) Uns machte der Herr Kanzler Vorwürfe wegen Wahlabkommens mit den Sozialdemokraten. Ach! Wenn es nach dem Block gegangen wäre, so wäre es zu einem Generalabkommen zwischen ihm und der Sozialdemokratie gekommen. Der Kanzler treibt hier eine Politik mit doppeltem Boden, wenn er uns die Unterstützung der Sozialdemokratie als moralisches Unrecht anrechnet; in seinem Silvesterbundbrief hat er uns mit der Sozialdemokratie auf gleichen Boden gestellt, nachträglich freilich tut er so, als ob der Kampf nur gegen die Sozialdemokratie geführt werden sollte. (Sehr richtig im Zentrum.) Bodenlos dumm müßten wir sein, wenn wir vom Reichskanzler, der in diesem Wahlkampf Parteimann, Parteiführer gewesen ist, Belehrungen über unser Verhalten entgegennehmen wollten. (Sehr gut! im Zentrum.)

Herr v. Liebert sprach gestern von einem Volksgericht der letzten Wahlen. Das akzeptieren wir gern, haben wir doch ein Plus von einer Million Stimmen gehabt. Wenn Herr Bassermann meinte, bei der Stichwahl waren die Sozialdemokraten unter die Soutane gekrochen, so haben die Blockparteien sich ihrerseits unter den Schutz des bischöflichen Kirchenstabes begeben. (Sehr gut! im Zentrum.) Wir sind in alter Stärke ungebrochen wiedergekehrt. Der Herr Reichskanzler soll ja nach der „Vossischen Zeitung" die Absicht haben, noch einmal den Appell an das Volk zu wagen. Wir lassen uns nicht irre machen. Möge der Herr Reichskanzler das Konzert dirigieren, Dissonanzen hat es schon genug gegeben. Wir stehen auf unserem alten Standpunkt: für das Volk und seine Rechte. Versuchen Sie es, Sie beißen noch einmal auf Granit! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Gothein (frs. Vg.):

Wahlbeeinflussungen der Bischöfe verurteilen wir ebenso wie alle anderen Wahlbeeinflussungen. Das Zentrum aber hat es stets verteidigt, wenn die Kapläne von der Kanzel herab Wahlpropaganda trieben. (Lebhaftes: Sehr richtig! links.) — An eine Gefährdung des jetzigen Wahlrechts glauben wir jetzt weniger als je, zumal die unsinnige Sozialistenfurcht gewisser Kreise geschwunden ist. Im preußischen Landtage hat das Zentrum übrigens stets unsere Anträge auf Verbesserung des Wahlrechts abgelehnt. (Sehr wahr! links.) — Herr Schädler hat sich auch auf den verstorbenen Abg. Reichensperger berufen. Dieser aber würde sich nie solche Witze erlaubt haben, wie Herr Schädler, er hätte es nie fertig gebracht, mit antisemitelnder Spitze von der orientalischen Phantasie des neuen Herrn Kolonialdirektors zu sprechen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) — Nachdem die Herren Gröber und Schädler uns jetzt wieder erzählt haben, wie reaktionär, national und patriotisch das Zentrum seit Jahren gewesen ist, werden die Sozialdemokraten wohl einsehen, wie falsch sie gehandelt haben, als sie Demokraten wie Blumenthal und Quidde zugunsten von Zentrumsleuten durchfallen ließen. Das war viel schlimmer, als wenn die Freisinnigen — gegen unseren Willen — einen Mann wie Herrn v. Oldenburg gewählt haben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Herr Bebel meinte, Zentrum und Sozialdemokratie wären gemeinsam angegriffen gewesen und so in dieselbe Schlachtlinie gedrängt. Ein guter Taktiker aber läßt sich seine Schlachtordnung nicht vorschreiben. — Das System der Verteilung von Geldern zur Wahl durch den Herrn Reichskanzler können wir unter keinen Umständen billigen. Wir haben kein Geld von dem betreffenden Komitee bekommen, hätten natürlich auch nichts angenommen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Den Sozialdemokraten kann ich nur raten, sich nicht zu nahe mit dem Zentrum zu alliieren, sonst ist es ganz naturgemäß, daß sich das Volk bei den Wahlen noch mehr gegen sie wendet. Das Zentrum entrüstet sich über die amtlichen Wahlbeeinflussungen, aber im vorigen Reichstag haben Sie alle konservativen Wahlen auch bei den unerhörtesten amtlichen Wahlbeeinflussungen für gültig erklärt. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Ihre Befürchtungen vor einem neuen Kulturkampf sind grundlos, wir verlangen nur die Trennung von Kirche und Staat, wie sie in Amerika durchgeführt ist, und wo die Katholiken, wie der Papst selbst zugegeben hat, vollkommen frei sind. — Ueber den rohen Ton im Wahlkampf sind bewegliche Klagen von der rechten Seite geführt worden. Nun, ein konservativer Wanderredner nannte meine Partei eine Sch . . . . gesellschaft. (Heiterkeit.) Auch mir hat man Sauherdenton vorgeworfen, weil ich vom Brotwucher gesprochen hätte. Nun, für schön halte ich das Wort nicht, aber wir wissen doch alle, von wem das Wort herstammt. (Sehr gut! bei den Freisinnigen und Heiterkeit.) Graf Posadowsky hat behauptet, daß in England höhere Zölle bezahlt werden als bei uns. Weiß er denn nicht, daß wir Schutzzöllner haben, welche die Preise der Produkte im Inland erhöhen. Durch unsere Zölle ist den Agrariern ihr Grund und Boden um 1365 Millionen Mark erhöht worden. Den Alkoholzoll in England hat er angeführt und dabei zu meinem Bedauern gesagt, daß der Alkohol im dortigen Klima zu den notwendigen Lebensmitteln gehört. Dabei besteht dort eine stärkere Antialkoholbewegung als bei uns. Daß in England ein sehr einträglicher Zoll auf Silber und Tafelgeschirr besteht, hat der Staatssekretär bezeichnenderweise nicht angeführt. — Die Gewaltpolitik gegen die Polen billigen wir nicht; selbst wenn sie Erfolg hätte, ist sie unsittlich; aber sie hat keinen Erfolg, sie erreicht das Gegenteil dessen, was beabsichtigt wird. (Beifall bei den Freisinnigen.) Die russische Revolution billigen auch meine Freunde, in diesem verrotteten Staatswesen ist sie notwendig. (Beifall links.) Herr Liebert spottete darüber, daß Schöpflin Hirtenknabe gewesen sei. Nun, Rosegger und Defregger waren es auch; es kommt nicht darauf an, was einer war, sondern was er ist. (Beifall links.) Herr Schädler meint, daß der Reichskanzler sein liberales Programm nicht durchführen werde. Nun, sollte sein Gedächtnis schwach werden, so werden wir es ihm schärfen. (Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Bei reaktionären Gesetzesvorlagen werden wir den Reichskanzler bekämpfen; hoffentlich finden wir dann die Unterstützung des Zentrums; doch fürchte ich, daß dann Sie, meine Herren, versagen. (Beifall bei der freisinnigen Vereinigung.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es ist mehrfach der Verdacht ausgesprochen worden, daß man an eine Abänderung des allgemeinen Wahlrechts denkt. Man bezieht sich einmal darauf, daß ein sehr angesehener Schiffsleiter seine Ansicht über das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hat. Jedenfalls ist dieser Herr, was man ja bei seinen weittragenden wirtschaftlichen Kenntnissen bedauern könnte, nicht Mitglied dieses hohen Hauses. Weiter hat man auf eine Unterhaltung mit dem verstorbenen Minister Miquel Bezug genommen, welche in den Memoiren des gleichfalls verstorbenen Fürsten Hohenlohe wiedergegeben ist. Nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich kann nicht alles, was in Memoiren steht, für beschworen ansehen. (Sehr gut! rechts.) Memoirenwerke sind propria scripta (eigene Schriften) und die sind in einem Prozeßverfahren nicht beweiskräftig. Ich habe den Eindruck aus vielen Memoirenwerken gewonnen, daß dort der Schriftsteller immer recht hat, er hat immer alles vorausgesehen, er hat immer das richtige Urteil. (Heiterkeit rechts.) Minister Miquel war ein Mann von seltener Universalität des Geistes, und er liebte es, wie alle geistreichen Männer, die verschiedensten Projekte durchzudenken, aber daraus folgt noch lange nicht, daß er jemals bereit gewesen wäre, eine Vorlage auf Abänderung des allgemeinen Wahlrechts zu vertreten. Seien Sie doch nicht so nervös! Es wird über alles diskutiert in der Welt, und daß sich auch immer Männer in der Wissenschaft und in der Praxis finden, die das allgemeine Wahlrecht, das eine so ungeheure Bedeutung im deutschen Volksleben hat, diskutieren, ist selbstverständlich. Wie aber der Herr Reichskanzler dazu steht, das, glaube ich, hat er ganz unwiderleglich in klarer Weise hier wiederholt dargelegt.

Herr Gothein hat meine Darlegungen über die Belastung des deutschen und des englischen Volkes durch Zölle bemängelt. Von einem Zoll auf Silberwaren kann ich in der englischen Statistik nichts finden, er müßte denn in der Position „Zoll auf andere Artikel" enthalten sein. Diese beträgt aber nur 7 Millionen von den 700 Millionen der englischen Zölle.

Ferner: ich bin gewiß der eifrigste Unterstützer der Temperenzbewegung und würde eine Verdrängung des Alkoholgenusses für einen großen wirtschaftlichen Fortschritt für das deutsche Volk, vor allem für die arbeitenden Klassen, halten. (Bravo!) Aber ich habe gestern lediglich Tatsachen festgestellt und es ist eine Tatsache, daß in weiten Kreisen des englischen Volkes der Alkoholgenuß bei dem feuchten englischen Klima für eine unbedingte Notwendigkeit gehalten wird. Infolgedessen bedeutet der Alkoholzoll eine schwere Belastung der arbeitenden Klassen in England. Die Theorie, daß der Preis der Waren um den Schutzzoll verteuert wird, halte ich im übrigen für falsch. Die Verteuerung hängt ab von dem Verhältnis dessen, was eingeführt und was im Inlande erzeugt wird. Ich berufe mich hierfür — und das wird den Herren von der äußersten Linken vielleicht angenehm sein — auf einen sehr interessanten Artikel des Herrn Schippel aus den „Sozialistischen Monatsheften" über „Europäische Landwirtschaft und Freihandel", in welchem er nachweist, daß in Deutschland die Brotpreise in der Zeit der freien Getreideeinfuhr teurer waren als in der Brotzollperiode. (Zuruf links: Was beweist das?) Daß ein Zoll in gewissem Grade preissteigernd wirkt, ist unzweifelhaft, ich bestreite nur, daß die durch Zölle geschützten Waren unter allen Umständen um den Betrag des Zolles im Preise steigen müssen. Diese Theorie halte ich nicht für erwiesen. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Wölzl (wildlib.): Die von Herrn Gröber zitierte katholikenfeindliche Aeußerung des Kandidaten für München II habe nicht ich gemacht, sondern Rechtsanwalt Kohl als Verteidiger in einem Prozeß.

Abg. Erzberger (Z.): Der Abgeordnete Gothein hat davon gesprochen, ich hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht. Er hat sich dabei wohl auf die falsche Darstellung in der „Nordd. Allgem. Ztg." und auf eine durchaus unwahre Aktennotiz des Chefs der Reichskanzlei gestützt.

Präsident Graf Stolberg: Sie haben von einer durchaus unwahren Aktennotiz des Chefs der Reichskanzlei gesprochen; das ist nicht zulässig. (Oho! und Lachen im Zentrum.) Sie dürfen eine solche Aktennotiz hier nicht als durchaus unwahr bezeichnen.

Abg. Winkler (kons.) macht im Rahmen einer persönlichen Bemerkung längere Ausführungen über das Verhältnis zwischen Regierung und Beamten. (Unruhe links und im Zentrum und Rufe: Persönlich!)

Abg. Gothein (frs. Vg.): Wenn Graf Posadowsky den englischen Silberzoll nicht gefunden hat, so muß es daran liegen, daß infolge des erdrückend hohen Zolles fast gar kein Silber nach England eingeführt wird. Jedenfalls bedeutet der Zoll eine starke indirekte Steuer auf alle Silberwaren. Ich habe weiter nicht gesagt, daß unter allen Umständen sich die Preise im Inland um den Betrag des Zolles erhöhen, sondern ich habe gesagt, daß die Preise durch den Zoll über den Weltmarktpreis erhöht werden. Die „Nordd. Allgem. Zeitung" und die Notiz des Chefs der Reichskanzlei gelten mir ebensoviel wie die Aussage des Abgeordneten Erzberger.

Abg. Kohl (Z.): Ich habe nicht gesagt, die Sozialdemokratie sei ein Produkt der göttlichen Vorsehung, sondern: es sei ganz gut, daß die göttliche Vorsehung in der jetzigen Zeit des furor protestanticus die Sozialdemokratie so stark habe werden lassen. (Große Heiterkeit links.)

Präsident Graf Stolberg: Das ging über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinaus. (Heiterkeit.)

Abg. Erzberger (Z.): Gegenüber Herrn Gothein weise ich darauf hin, daß ich die Unrichtigkeit der angeführten Quellen bereits zweimal nachgewiesen habe. Einmal ist das Datum der Registraturnotiz völlig falsch und dann hat der Registrator auch die Notiz erst um ein Jahr zu spät angelegt.

Gegenüber der Bemerkung des Herrn Präsidenten konstatiere ich, daß ich bereits wiederholt den Ausdruck „unwahr" in diesem hohen Hause gebraucht habe, ohne gerügt worden zu sein.

Präsident Graf Stolberg: Ich habe nicht den Ausdruck „unwahr" an sich gerügt, sondern gesagt, Sie dürfen nicht offizielles Aktenmaterial einer Reichsbehörde als durchaus unwahr bezeichnen. (Lebhaftes Oho! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Es handelt sich nicht um offizielles Aktenmaterial, sondern um eine einseitige Notiz eines Beamten. Ein Beamter kann irren wie jeder andere Mensch. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Ich kann also nur wiederholen, es ist nicht wahr, was der Chef der Reichskanzlei in der „Nordd. Allgem. Zeitung" veröffentlicht hat.

Abg. Gothein (frs. Vg.): Gegenüber Herrn Kohl bemerke ich: wenn die göttliche Vorsehung die Sozialdemokratie gegeben hat, dann hat sie sie auch gewollt. (Große Heiterkeit.) Wenn die Angabe des Herrn Erzberger richtig ist, so müssen wir eine Darstellung vom Bundesratstisch erwarten.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr.
Fortsetzung der ersten Etatsberatung. Gesetz betr. die Berufs- und Betriebszählung.
Schluß 3¼ Uhr.

Versammlungen.

Holzarbeiter Dresden. Die Jahresversammlung fand am 20. Februar im Trianon statt. Aus dem Jahres- und Kassenbericht ist zu entnehmen: Die Mitgliederzahl stieg von 4092 auf 4491. Die Einnahmen der Haupt- und Lokalkasse betrugen 143 907,72 M., dazu Kassenbestand am 1. Januar 1906 16 669,70 M., in Summa 160 577,42 Mark. Die Ausgaben belaufen sich auf 116 997,54 M. Verausgabt wurden an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 24 846,82 M., an Sterbeunterstützung 1905 M. und an Streikunterstützung 12 306,56 Mark. Die Arbeitslosenmeldungen beliefen sich auf 3316 Fälle. Offene Stellen waren 1613 gemeldet, besetzt wurden 1498. Lohnbewegungen mit Streik entstanden 4 mit 302 Streikenden. Durch Lohnbewegungen wurde erreicht für 901 Kollegen eine Lohnerhöhung von 2,6 Pf. pro Stunde. 850 Kollegen erreichten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 2,06 Stunden wöchentlich. Beschäftigt sind im Bezirk Dresden 5611 Personen, davon sind organisiert in der Zahlstelle Dresden 4491, in anderen Zahlstellen 220. Die Jahres-Fragekarten hatten 3429 Kollegen zurückgegeben. 3419 konnten verwendet werden. Von den 3419 Beteiligten waren 1284 Kollegen 45 003 Tage arbeitslos. Politisch organisiert sind 1226. Leser der Arbeiter-Zeitung waren 2476. — In die Verwaltung wurden gewählt: Lauter, Hanßke, Göttfried, Gärtner, Diebel, Brechling, Fischer-Potschappel, Hentschel, Denninger, Kraubs und Beck. Als Revisoren wurden die bisherigen einstimmig wiedergewählt. Als Kartelldelegierte wurden gewählt: Lauter, Hanßke, Fröhlich, Scholz, Brechling, Hentschel, Göttfried und Beck. Die in den Bezirks- und Branchen-Versammlungen gewählten Leitungen wurden bestätigt. Lebhaften Unwillen erregte es, daß der Tischlermeister Seiler, hier, von der Stadt übernommene Arbeiten, Schulbänke außerhalb Dresdens machen läßt. Die Baudirektion hat Untersuchung des Falles versprochen. Zu verurteilen ist auf alle Fälle, daß Meister in dieser Weise verfahren. In Dresden haben die Besitzer der Holzbearbeitungsmaschinen nichts zu tun, müssen Leute entlassen, und die städtische Arbeit wird nach anderen Orten geschafft, um den Lohn zu drücken. Die Verwaltung wird beauftragt, sofort weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu tun. Mit einem Appell an alle Kollegen, die Arbeiterpresse zu abonnieren, sich politisch und genossenschaftlich zu organisieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Eing. 27./2.)

Somsdorf. Am 22. Februar fand im Gasthofe zu Somsdorf eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: Der neue Reichstag. Genosse Karl Sindermann hatte das Referat übernommen. Am Schlusse seiner vorzüglichen Ausführungen ersuchte der Referent nochmals alle Anwesenden, sich den politischen wie gewerkschaftlichen Organisationen und den Konsumvereinen anzuschließen, ebenso die Arbeiterpresse zu abonnieren, um den Ausfall

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070304/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

der Reichstagswahlen auf diesem Gebiete wieder wett zu machen. Andächtige Stille der Versammelten begleitete die Worte des Redners. Reicher Beifall wurde ihm am Schlusse zuteil. In der Debatte ermahnte Genosse Hofer, die gehörten trefflichen Worte zu behalten und das vom Referenten Gesagte in Taten umzusetzen. Denn auch in den Dohnsdorfer Arbeiterwohnungen sieht es noch traurig damit aus, es ist nun die höchste Zeit, die bürgerlichen Sudelblätter zu entfernen. Genosse Emil Burger nimmt an dieser Stelle Gelegenheit, die Dohmannsdorfer Wähler auf die Gemeinderats-Ergänzungswahl hinzuweisen, und ersucht in eindringlichen Worten, daß jeder von seinem Wahlrecht Gebrauch mache und seine Stimme dem Kandidaten des Sozialdemokratischen Vereins gebe. (Eing. 28./2.)

Gruppe Löbtau. Infolge der am 15. Februar über das Thema: Was lehren uns die Reichstagswahlen? abgebrochenen Versammlung fand am 26. Februar im Burggarten eine Mitglieder-Versammlung gleichen Themas statt, die ebenfalls einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Die zahlreichen Debatteredner gaben nach den verschiedenen Richtungen hin ihre Meinung über den Ausfall der Wahlen zu erkennen, alle aber waren darin einig, daß in Zukunft jeder innere Zwist gemieden werden müsse und unsere ganze Kraft der Volksaufklärung und Erziehung zu widmen sei. Auch der Terrorismus der Behörden und die schmähliche Kampfesweise unserer Gegner wurden an verschiedenen Beispielen treffend gekennzeichnet. — Den Kreisparteitagsbericht gab Genosse Hermann. Nach der Wahl des Zentralkommissionsmitgliedes Steigner erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß die Genossen Hanke-Cotta, Müller-Potschappel und Hermann-Löbtau in das Wahlkomitee delegiert werden. Weiter gab Hermann den Zeitungsbericht und die Umwandlung des Volkshauses in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht bekannt. Genosse [illegible] fragte an, wann der in einer der letzten Versammlungen versprochene Volkshausbericht gegeben würde. Dies soll in der nächsten Mitgliederversammlung geschehen. Genosse Wiedner wünscht in den Abendstunden eine Sprechstunde der Redaktion eingeführt, da vielen Arbeitern es ohne finanzielle Opfer nicht möglich sei, mittags die Redaktion aufzusuchen und führt einen derartigen Fall an. Redakteur Müller ist der Ansicht, daß dies nicht ohne weiteres möglich sei. Würde aber die Redaktion von einem solchen Falle, wie dem mitgeteilten, vorher in Kenntnis gesetzt, so würde sich gern ein Redakteur abends zur Entgegennahme bereit erklären. Bis jetzt seien ihm derartige Fälle nicht bekannt geworden. Gleichzeitig äußert der Redakteur Wünsche noch über die Fehler des großen Reichstagswahlkampfes, die bei weitem nicht das betragen, was Hermann berichtet. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß in Zukunft Genosse Maribel den Zeitungsbericht geben möge. An Stelle des freiwillig zurückgetretenen Unterkassierers Jacob wählte man Genossen Geißler. Zwei Anträge fanden ihre Erledigung. Genosse Liebe regt an, in [illegible] Versammlungen abzuhalten mit ähnlichen Themen, wie: Die [illegible]. Der Vorsitzende teilt dazu mit, daß sich die Verwaltung bereits mit dieser Frage beschäftigt habe. (Eing. 28./2.)

Vierter Wahlkreis. In einer gut besuchten Parteiversammlung legte am Sonntag, den 24. Februar im Gasthof [illegible] das Wahlkomitee des 4. Wahlkreises Rechenschaft über seine Tätigkeit ab. Der Vorsitzende, Genosse Kuhn, führte aus: Das Wahlkomitee hatte sein Augenmerk darauf gerichtet, immer die Grundsätze der Partei in den Vordergrund zu rücken. Es war bestrebt, den Kampf nur mit ehrlichen Mitteln zu führen. Da uns diesmal große Säle zur Verfügung standen, richteten wir unsere Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Versammlungen. Soviel Parteien im Kreise vorhanden waren, soviel Kandidaten hatten wir. Redner dankte dann den Gewerkschaftsführern für ihr Verhalten während der Wahl. Haben sie sich doch ausnahmslos der Partei zur Verfügung gestellt. An Versammlungen haben wir 35 abgehalten, gegen 11 bei der vorletzten Wahl. Außerdem sind 13 gegnerische Versammlungen von unsern Rednern besucht worden. Plakate gaben wir drei Stück heraus, Flugblätter im ganzen [illegible] Stück. Der Freisinn habe sich am Anfang des Wahlkampfes entrüstet über die unanständige Kampfesweise des Reichsverbandes, am Schlusse derselben habe er sich aber dieselbe gefallen. Unsere anständige Kampfesweise zeuge von der Intelligenz der Industriearbeiter. Mit dem Wahlresultat müssen wir zufrieden sein, trotzdem sind aber die Erfolge der Gegner nur Scheinerfolge. Die Taktik der Freisinnigen ging dahin, uns so viel Stimmen wie möglich abzuringen, um dann noch in der letzten Reichstagswahl-Versammlung seine Taktik zu ändern. Ihr Vertreter Dr. v. Mangoldt führte im Anfang seiner Rede aus: Der Kampf zwischen Freisinn und Sozialdemokratie sei in diesem Wahlkampf in schöner Weise geführt; am Schlusse bemerkte er jedoch, die Sozialdemokraten hätten nur mit Lug und Trug gearbeitet. Zweck war nur, die Versammlung stimmungsvoll zu machen, um dann im letzten Augenblick mit einem wahrscheinlich im Konzept schon vorliegenden Flugblatt an die Öffentlichkeit treten und über die Sozialdemokratie herfallen zu können. Nachdem Redner sodann die Stimmresultate der einzelnen Bezirke besprochen, kommt er auf das Verhalten der Intellektuellen zu sprechen. Die Partei habe in letzter Zeit zu wenig Aufklärung über unsere Arbeit im Parlament gegeben. Unsere Stellung zu den wichtigsten Gesetzentwürfen müsse mehr bekannt werden. Das Wahlkomitee glaubt seine Schuldigkeit getan zu haben und er, Redner, müsse den Parteigenossen den Dank desselben aussprechen für ihre opfervolle Tätigkeit. Wir müssen versuchen, alle Schlappen wieder wett zu machen. Alle Parteigenossen sollen in der Debatte versuchen, durch sachliche Ausführungen dem Ganzen zu dienen, dann wird es uns möglich sein, die Schlappen wieder auszuwetzen und über Lüge und Verleumdung zu siegen. Nachdem Genosse Winkler die Abrechnung bekannt gegeben hatte, nahm als erster Redner in der nun folgenden Debatte Genosse Kaden das Wort. Als Abgeordneter des Kreises sei er verpflichtet, das Wort zu ergreifen. Müsse er doch seinen Dank abstatten für die Tätigkeit der Genossen im verflossenen Wahlkampfe. Wir haben viel gelernt. Bei früheren Wahlen haben wir auch kleine Schlappen erlitten, haben sie aber stets wieder ausgewetzt. Mit Ausnahme der vorletzten Wahl zeigt sich stets eine reguläre, gesunde Entwicklung. Die große Zunahme der Stimmen bei der vorletzten Wahl mußte bei allen Parteigenossen Bedenken erregen. Zieht man nun die beiden letzten Wahlen als Richtschnur an, so haben wir die gesunde Entwicklung. Unsere Gegner gaben sich die größte Mühe, die Gegner in unseren Versammlungen [illegible], umgekehrt gaben diese uns keine Redefreiheit und brachten nur über uns die größten Verleumdungen vor. Dies ist ihnen hier meiste gelungen. Hauptsächlich schadeten sie durch Äußerungen unserer Presse vor 30 und mehr Jahren in verleumderischer Weise aus, weil sie wußten, daß man dieselben nicht mehr kontrollieren konnte. Ob der Reichsverband allein die Mittel zu seiner wüsten Agitation aufgebracht habe oder ob der Reichskanzler seine Finger dazwischen habe, müsse erst noch aufgeklärt werden. Dieser Verband treibt auch nach den Wahlen den Schwindel weiter. Um hierüber Aufklärung zu schaffen, müssen wir unsere Organisationen weiter ausbauen, müssen angesichts der [illegible] Niederlage unsere Arbeit verdoppeln. Wenn wir dem Arbeiter begreiflich machen, daß er ein Verräter am Volke ist, wenn er [illegible] in einem nationalen Verein einschlägt, kann der Erfolg kein zweifelhafter sein. Die Mehrheit der Regierung ist keine so glänzende, man müsse erst abwarten, ob die Freisinnigen nicht ihre Grundsätze abwerfen. Sollte sie aber einen Pardon machen, der auf eine Mobilmachung oder neue Steuern hinausläuft, so muß sofort an die Wähler herangetreten werden. Soweit wie möglich rechnen wir auch im Reichstag mit den nationalen Verleumdern ab und treten sie dann den Beweis nicht an, sind sie eben elende Verleumder. (Sehr richtig!) Das Volk steht nur, das seine Rechte erkannt und wird in Zukunft sich auch nicht zurückwerfen lassen. Wenn jeder auf seinem Posten bleibt, kommen wir zum Siege, trotz aller Verleumdungen und Lügen! (Beifall.) Genosse [illegible] fordert die Genossen zu intensiverer Arbeit auf. Genosse Dr. Duncker: Wir wollen nicht nur anklagen, sondern dem Gegner eine viel größere Macht entgegenstellen. Das Hauptmoment bei dem Wahlausfall ist, daß wir still standen, während die Gegner sich stark vermehrt haben. Dieser Umstand gebe zu denken. Stillstand ist Rückschritt. Wir müssen die Dinge ansehen, wie sie nackt vor uns stehen. Der einzelne Parteigenosse muß besser arbeiten. Auf den Bruderzwist einzugehen, halte ich für überflüssig. Wer aus bürgerlichen Kreisen zu uns kommt, kommt als Idealist und wenn nicht, springt er sofort wieder ab, wenn er etwas scharf angefaßt wird. Viel gefährlicher bei kommenden Wahlen kann uns eine Strömung in der Partei, vertreten durch die Genossen David, Calwer, Bernstein, werden, sehen doch jetzt schon alle Augenblicke im Handbuch des Reichsverbandes Äußerungen dieser Genossen wieder. Wir müssen erleben, daß, kaum ist der Wahlkampf beendet, diese Genossen wieder auf der Bildfläche erscheinen und uns Knüppel zwischen die Beine werfen. In einem zukünftigen Wahlkampfe werden uns diese Äußerungen wieder serviert. Wir dürfen uns durch diesen Wahlausfall nicht nach rechts drängen lassen. Selbst Genosse Heine hat nach seinen Ausführungen in der bürgerlichen Presse eingesehen, daß wir auf eine bürgerliche Demokratie nicht bauen können. Wir brauchen eine einige Partei nach innen und außen. (Sehr richtig!) Ebenso ist es mit unserer negierenden Tätigkeit im Parlament. Haben wir unsere Grundsätze verleugnet? Haben wir nicht unter diesen Grundsätzen Siege erfochten? Durch Ausbau unserer Presse und durch Herausgabe von Flugblättern müssen wir aufklären. Vor allem aber eine planmäßige Zeitungsagitation. Der Reichsverband hat 10 Millionen Flugblätter herausgegeben. Das muß uns anspornen, viel stärker zu arbeiten. Vor allem gehören dazu aber Geldmittel und wenn es nicht langt, müssen wir eventuell unsere Beiträge verdoppeln, denn wir haben von niemand Geld zu erwarten. In den Vordergrund muß auch gestellt werden, daß wir eine grundstürzende Änderung der heutigen Verhältnisse vornehmen wollen. Ein Vorwärtsschreiten ist nur möglich, wenn jeder Genosse seine ganze Person so viel als möglich der Partei zur Verfügung stellt. (Beifall.)

Genosse Seybold spricht dem Wahlkomitee den Dank der Versammlung aus. Wenn Kuhn sagt, wir haben in einzelnen Orten besser abgeschnitten als in allen anderen, so muß man auch bedenken, daß die Gegner in diesen Orten auch nicht gearbeitet haben. Vor allem haben uns aber die inneren Streitigkeiten geschadet, wie der Bremerkonflikt usw. In den Kreisen der kleinen Handwerker werden wir wohl in Zukunft wenig Anhänger finden, weil sie als Gegner stets die Gewerkschaften vor sich sehen. Wir können aber die Erhöhung der Lebensmittelpreise vor Augen haben, die selbstverständlich eine Erhöhung der Löhne bedingt. Der Verlust der Intellektuellen kann uns nicht so gleichgültig sein. Wir müssen unsere Arbeit mehr ins rechte Licht rücken, denn sie sind über dieselbe nicht aufgeklärt, weil sie nur die gegnerische Presse lesen und doch haben wir zweifellos für die Lehrer z. B. das meiste herausgeholt. Wir müssen auch Gegenwartsforderungen aufstellen, sonst kann uns nicht gedient sein. Im Einbringen von Gesetzentwürfen muß mehr getan werden. Wenn der Gegner herausgefordert wird, Stellung zu unseren Entwürfen zu nehmen, kann uns der Erfolg nicht ausbleiben.

Genosse Schuster glaubt, einen Widerspruch in den Ausführungen des Genossen Duncker zu finden. Wenn wir die Intellektuellen vor den Kopf gestoßen haben, kann Redner wohl sagen, daß wir unsere Politik nicht nach diesen Leuten richten können. Der Mittelstand kommt erst zu uns, wenn er durch den Kapitalismus ins Proletariat hinabgestoßen ist. Die Arbeiter, die noch nicht zu uns gehören, können wir hauptsächlich durch Gegenwartsfragen zu uns herüberziehen. Sind Meinungsverschiedenheiten vorhanden, können wir dieselben nicht unterdrücken, nur die persönliche, unsachliche Kampfesweise muß aufhören. Betreffs der positiven Arbeit pflichte er dem Genossen Seybold bei.

Hahn geht näher auf die gegnerischen Organisationen ein. Unsere Parteigenossen auf dem Lande haben die Pflicht, der Arbeiterpresse mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn hier ist der Herd der Verleumdung, den wir dämpfen müssen. Uns fehle ein Verbindungsorgan, in dem die Genossen der einzelnen Wahlkreise ihre Erfahrungen und Ansichten in ausgiebiger Weise besprechen. Vor allem aber fehlt uns ein Parteisekretär, der der Zentralpunkt der ganzen Agitation ist. Er dürfe aber nicht rednerisch tätig sein.

Genosse Haute gab wertvolles kritisches Material zum besten.

Genosse Bauer ist mit den Arbeiten des Wahlkomitees in technischer Beziehung nicht zufrieden. Ehe man in die Agitation eintritt, muß man den Kampfesplan bereits in der Tasche haben.

Genosse Dr. Duncker bestreitet, nur allein das Endziel im Auge gehabt zu haben, sondern Gegenwart und Zukunft. Nicht durch Bescheidenheit kommen wir vorwärts, sondern nur, wenn wir fordern. Vor allem aber haben wir notwendig, erst die Proletarier heranzuholen; haben wir diese, dann können wir an die Kreise der Intellektuellen denken, eher nicht.

Genosse Buck: Der Ausfall der letzten Wahl ist für uns Selbstkritik. Diskutieren wir sachlich und nicht persönlich, wie in den letzten Jahren, dann können wir auch der Masse unsere Ideen beibringen. Wir müssen uns der Kampfesweise der Gegner anpassen, müssen Realpolitik treiben. Die Sozialdemokratie braucht alle Kreise, auch die der Intellektuellen. Das Wahlresultat von 1903 hat die Folge gehabt, daß Illusionen in weite Teile der Bevölkerung gedrungen sind, die wir nicht erfüllen konnten. Jetzt haben sich diese Leute dem Liberalismus zugewendet, sehen sie aber in Zukunft, daß sie sich wieder geirrt, dann kommen sie wieder zu uns. — Nach einigen aufmunternden Worten fand diese interessante Versammlung nach nahezu vierstündiger Dauer ihr Ende. (Eing. 28./2.)

Am 1., 2., 4., 5. u. 6. März

5 enorm billige Tage!

Frühjahrs-Ausverkauf!

Enorm billige, zum Teil auf die Hälfte ermässigte Preise.

! Die zum Ausverkauf gestellten Waren sind teils nicht mehr komplette Serien, teils aus Restbeständen unsrer Maass-Stoffe angefertigt! !

Herren-Konfektion.

Zirka 200 Frühjahrs-Anzüge, früher Mk. 30—60, Mk. 19.50, 24, 30, 36
" 60 Frühjahrs-Paletots, früher Mk. 24—55, Mk. 12, 19.50, 25, 29
" 80 Loden-Pelerinen, früher Mk. 9—15, Mk. 7.50, 9, 11
" 40 Touristen-Anzüge, früher Mk. 24—48, Mk. 12, 18, 24, 30

Zirka 200 Beinkleider, früher Mk. 7—24, Mk. 4, 6, 9, 12
" 150 Phantasie-Westen, fr. Mk. 4.50—12, Mk. 2, 2.75, 4.50, 6
" 100 Loden-Joppen, früher Mk. 6—15, Mk. 3, 5, 7.50, 12
" 30 Tennis-Anzüge, früher Mk. 15—36, Mk. 9.50, 12, 15, 24

Jünglings-Konfektion.

Zirka 60 Konfirmanden-Anzüge, fr. Mk. 15—28, Mk. 9.50, 12.50, 15, 18
" 70 Jünglings-Anzüge, früher Mk. 14—30, Mk. 8, 10, 14, 20

Zirka 30 Jünglings-Paletots, früher Mk. 12—32, Mk. 8, 12, 15, 20
" 40 Jünglings-Pelerinen, früh. Mk. 8—12, Mk. 5.50, 6.50, 7.50

Knaben-Konfektion.

Zirka 200 Knaben-Stoffanzüge, früh. Mk. 4—24, Mk. 2.50, 4, 8, 14
" 30 Knaben-Pijeks, früher Mk. 6—15, Mk. 3.50, 4.50, 6, 8
" 50 Knaben-Pelerinen, früher Mk. 4—9, Mk. 3, 4, 5, 6

Zirka 200 Knaben-Waschanzüge, früher Mk. 3—9, Mk. 2, 3, 4
" 120 Knaben-Waschblusen, früher Mk. 1.25—7, Mk. 0.50, 1.50, 2.50
" 150 Knaben-Mützen, früh. Mk. 1.50—4.00, Mk. 0.50, 1.25, 2.00

3 u. 5 Frauen-Strasse 3 u. 5
vis-a-vis „Zum Pfau".

R. Eger & Sohn.